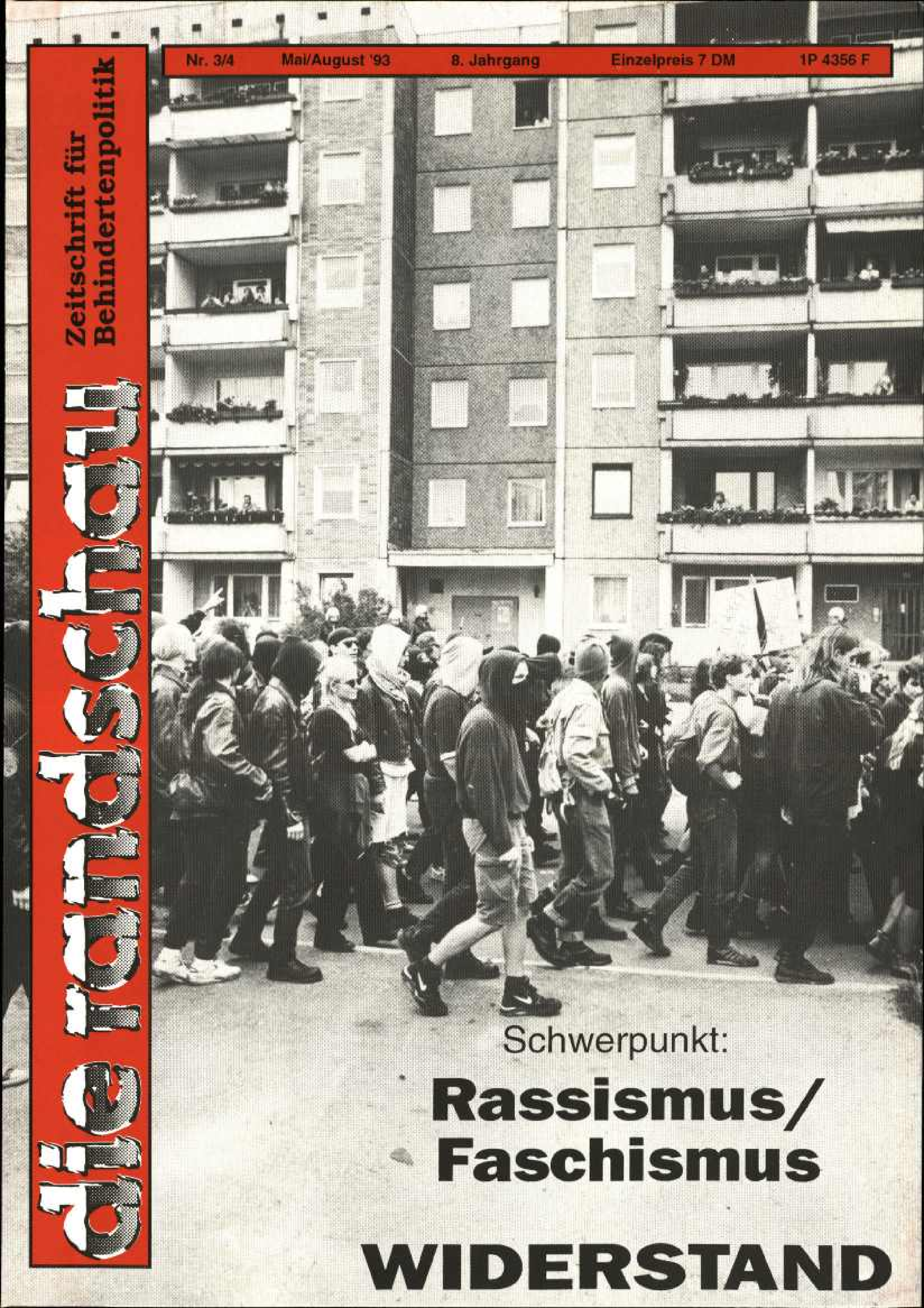

die randschau
Zeitschrift für Behindertenpolitik
Nr. 3/4
Mai/August '93
8. Jahrgang
Einzelpreis 7 DM
1P 4356 F
Schwerpunkt:
Rassismus/ Faschismus
WIDERSTAND

Wie angekündigt, hier also der Schwerpunkt RASSISMUS II, ein Schwerpunkt, der zunehmend spannender wurde, sozusagen von Artikel zu Artikel. Eine Menge 'Stoff' zum Nachdenken und wieder keine 'leichte Kost'. Das können und wollen wir unseren LerserInnen auch nicht ersparen. (Allerdings ist niemand gezwungen, die ganze "randschau" auf einmal zu lesen. Da kann es schon recht heftig und unverdaulich werden. Jedenfalls bei diesem Thema.)
Unsere ursprüngliche Vorstellung, einen Einstieg in die Antifa-Szene zu ermöglichen, haben wir ziemlich schnell aufgegeben, weil es einfach unsinnig ist, Strukturen, die nur bedingt Öffentlichkeit zulassen, aufzeigen zu wollen. Dafür kann ein Blick auf die inzwischen recht zahlreichen Zeitschriften in diesem Spektrum hilfreich sein - und bietet hoffentlich genügend Ansatzpunkte für eine weitere Auseinandersetzung bzw. Kontakte.

Was wir jetzt nicht mehr geschafft haben - das läßt sich jedoch nachholen - wäre ein Überblick über anti-rassistische/antifaschistische Not-Telefone bzw. Not-Telefone gegen Gewalt, nicht nur in Berlin (da wären die Infos relativ leicht zu haben.) Entsprechende Infos könnt Ihr gerne an "die randschau" schicken.

Welche Ideologie steckt hinter dem rechten Menschenbild, was bedeutet das für behinderte Menschen (natürlich nicht nur für sie)? Der Beitrag von Andreas Speit geht ausführlich auf den ideologischen, strukturellen und personellen Hintergrund der Neuen (alten) Rechten, ihr 'Ideal' vom Menschen (eher: vom Volk) und den damit

EDITORIAL

verbundene Zusammenhang zur Eugenik ('Züchtung' der 'Höherwertigen' und Ausmerze der 'Minderwertigen') ein. Das biologistische Weltbild der Neuen (alten) Rechten braucht nicht unbedingt die offene Propagierung von Selektion und Ausmerze, denn die sind diesem Weltbild immanent. Die 'Kleinarbeit', das meint: Akzeptanzschaffung, erledigen, wie wir wissen, ja auch andere.

Volker van der Locht ist es gelungen, Michel Foucault zu 'übersetzen', für alle, die mit den Begriffen und der Abstraktheit der Wissenschaften so ihre Schwierigkeiten haben. Er nimmt einen in "lettre international" erschienenen Foucault-Artikel zum Anlaß, über "Staat" und "Rassismus" nachzudenken, über die Macht des Staates, "Sterben zu machen" und "Leben zu machen". Für behinderte Menschen in dem einen wie in dem anderen Fall tödlich.

Faschismus - dieser Begriff ist nicht einfach zu definieren geschweige denn abzugrenzen. Wann sind Begrifflichkeiten wie "Faschos" bzw. "Faschismus" angemessen oder auch nicht? Es kommt auf das genaue Hinschauen an, meint der Medizinhistoriker Gerhard Baader. Als Historiker und als Verfolgter des Nazi-Regimes weiß er, wovon er redet. Mindestens so wichtig wie das Hinschauen findet Baader das Handeln, allein die Theorie wäre völlig nutzlos. Menschen sind Handelnde, Subjekt und nicht einfach Objekt der Geschichte; die sich so, wie sie war, natürlich nicht wiederholen wird; was aber nicht bedeutet, daß wir uns aus der Verantwortung, uns einzumischen, entlassen könnten.
Aufruf zum Widerstand könnte auch der Titel des Beitrags von Hannelore Witkofski sein. Eine herbe Kapitalismuskritik die sicher nicht auf ungeteilte Zustimmung stoßen und hoffentlich zahlreiche LeserInnenzuschriften provozieren wird

Ganz praktische Möglichkeiten antirassistischer Arbeit zeigt Sigrun Schewe am Beispiel von RADAR und ARIC in den Niederlanden auf. ARICs, Anti-Rassistische-Informations-Centren, sind auch in Deutschland geplant. Sigrun Schewe möchte anregen, sich zwecks Mitarbeit "verschärft Gedanken zu machen".

Wie sehen die großen Verbände bzw. Interessenvertretungen behinderter Menschen die aktuelle Situation bzw. die Diskussion zum Thema Gewalt gegen Behinderte? Die Redaktion startete dazu eine kleine Umfrage. Ist das Ergebnis charakteristisch? Einige Aussagen sind jedenfalls, gemessen am oben beschriebenen Kontext, an Verharmlosung kaum noch zu überbieten. In diesem Rahmen muß der Behindertenbeauftragte des Landes Niedersachsen, Karl Finke, (vgl. das Interview mit ihm) als vergleichsweise 'radikal' gelten. Den Gipfel schießt allerdings die Bundesregierung ab. Ihr liegen "keine Erkenntnisse darüber vor, daß Behinderte in stärkerem Maße als andere Bürger Opfer von Gewalttaten sind". Nichts desto trotz verurteilt die Bundesregierung "die ihr bekanntgewordenen Angriffe auf Behinderte". ■

Ursula Aurien

INHALT



Wenn Richard v. Weizäcker, Bundespräsident, für das Lebensrecht Behinderter in die Bresche springt und alle seinen Auftritt bejubeln, kann auch 'die randschau' nicht zurückstehen: Von der BAG-H Tagung in Bonn, berichtet Ursula Aurien auf S. 31

Mit Datum vom 28. Mai erreichte uns ein Hilferuf der z.Zt. in Nicaragua weilenden Ärztin und Krankengymnastin Brigitte Schoderer: Sie ist **"auf der Suche nach Informationen und Ansprechpartnern für Behindertenprojekte in der Dritten Welt"**. Ihr Interesse gilt der **Arbeit mit erwachsenen Körperbehinderten, speziell Querschnittgelähmten.** Die Situation für behinderte Menschen in Nicaragua ist als "ausgesprochen desolat zu bezeichnen". **Mit Hilfe der Erhebung sozialer und medizinischer Daten** will Brigitte Schoderer die **Grundlage für eine bessere Versorgung** der behinderten Menschen **auf therapeutischer und informatorischer Ebene schaffen**. Im Bereich Leon - der zweitgrößten Stadt des Landes - hat sie inzwischen mit dieser Erhebung begonnen.
Allerdings kehrt Brigitte Schoderer demnächst nach Deutschland zurück, deshalb ist sie **auf der Suche "nach einer geeigneten Person, die die oben beschriebene Erhebung während der kommenden 1 bis 1 1/2 Jahre fortführen könnte**, beispielsweise im Rahmen einer Doktorarbeit." In zwei Jahren will Brigitte Schoderer selbst ganz gezielt mit der Arbeit in Nicaragua beginnen.
Außerdem sollen **medizinische und orthopädische Hilfsmittel** organisiert werden. Auch hier ist sie auf der Suche nach **Adressen und Informationen. Post bitte an: Dr. med. Brigitte Schoderer, Lokstedter Weg 100 b, 20251 Hamburg**

"Vor allem Menschen mit schwerer geistiger und mehrfacher Behinderung sind bei den Bemühungen um Normalisierung der Lebensbedingungen bislang weitgehend vergessen worden" heißt es in einer Pressemitteilung anläßlich des Erscheinens einer **Studie** der Dipl.Päd. Monika Seifert **ZUR WOHNSITUATION VON MENSCHEN MIT GEISTIGER BEHINDERUNG IN BERLIN.** Seiferts Untersuchung im Rahmen der Berlin-Forschung beschreibt die Lebensbedingungen von Menschen mit geistiger Behinderung in unterschiedlichen Institutionen und liefert Orientierungsdaten für den Bedarf an zusätzlichen Wohnplätzen bis zum Jahr 2000. Monika Seifert arbeitet am **Bereich Geistigbehindertenpädagogik am Institut für Sonder- und Heilpädagogik der Freien Universität Berlin,** Königin-Luise-Str. 24 -26.

DVU auf Stimmenfang

In einer Rede des Abgeordneten Weidenbach im Bremer Landtag gibt sich die DVU als Anwalt der Behinderten. Da werden Kürzungen im Sozialbereich, Diskriminierungen und Gewalt gegen Behinderte heftig angegeriffen und verurteilt. Gewalttäter, gleich welcher Art, hätten in der "deutschen demokratischen Rechten" keinen Platz. Die desolate soziale Lage behinderter Menschen dient dabei als Köder für einen offenen Rassismus gegen "Nichtdeutsche":
"Statt rigiden Sozialabbau zu Lasten bedürftiger Deutscher zu betreiben und finanzielle Umverteilung zugunsten fragwürdiger und auch nichtdeutscher Zwecke vorzunehmen, sollten Sie die Übernahme von Pflegekosten für bedürftige Mitbürger zur gesamtstaatlichen Aufgabe erklären."in: Deutsche National Zeitung v. 28.5.93

Wir sitzen alle in einem Boot

Nachdem Bernd Köppl (Bündnis 90/Grüne Berlin) im Alleingang einen Vorstoß in Richtung Pflegeversicherung (das Land Berlin sollte ein positives Votum abgeben) versucht hatte, wurde er sanft an die Leine genommen, flugs wurde ein öffentlicher Diskussionstermin anberaumt, der 9.6.93, und praktischerweise moderierte Bernd Köppl auch gleich selbst. Sein Beitrag zum Thema: Da muß man später nachbessern.
Uschi Marquardt vom Ostberliner Zentrum für selbstbestimmtes Leben bezeichnete die geplante Pflegeversicherung als Alptraum. Darüber zeigte sich Ellis Huber, Berliner Ärztekammerpräsident, zwar erschrocken und plädierte für ein selbstbestimmtes Leben (er habe von den Ambulanten Diensten viel gelernt), doch ob er die Forderung nach einer bedarfsdeckenden und einkommensunabhängigen Assistenz (und dafür taugt nun mal die Pflegeversicherung überhaupt nicht) unterstützt oder nicht, ist nach wie vor unklar. Die Frage sei: Wieviel Geld steht zur Verfügung? Geld kann man nur fordern, wenn es auch optimal eingesetzt wird (aha) und Selbsthilfe geht vor professioneller Hilfe (hören wir das nicht immer wenn's um's sparen geht?).
Staatssekretär Tschoepe hatte außer Eigenlob (für die SPD) nur Zynismus zu bieten: "Man kann sich alles Mögliche wünschen." Die Ansprüche seien immer zu hoch, gemessen daran würden alle Leistungen (Bsp. Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherung) nichts taugen. Anscheinend witterte er auf seiten der "engagierten Behinderten" eine quasi konzertierte Aktion zwecks Abschaffung der Arbeitsplätze im Heim: es sei hochmütig, nicht an die Leute, die im Heim arbeiten, zu denken. Der Arbeitsplatz im Heim sei schließlich für viele eine Lebensaufgabe. Die beiden Herren Huber und Tschoepe sahen offenbar Bedarf, die zahlreichen behinderten TeilnehmerInnen zu beruhigen: Es sollten doch bitte keine unnötigen Feindbilder aufgebaut werden; nicht streiten, zusammen kämpfen! Wir sitzen doch alle in einem Boot.
Das habe ich glatt vergessen. Da muß mir nur noch einer sagen, wofür wir denn gemeinsam kämpfen.
Apropos: Derr Antrag, sich positiv zur Pflegeversicherung zu äußern, wurde von der CDU (leicht verändert) übernommen und verabschiedet. **(U.A.)**

Behinderte Frauen und ADG

Zu einer bundesweiten Tagung für behinderte Frauen lädt das Bildungs- u. Forschungsinstitut zum Selbstbestimmten Leben Behinderter vom **5. - 7. 11. 1993** in Köln-Rhiel ein. Thema: Die Forderungen behinderter Frauen an ein ADG für Behinderte. **bifos, Werner-Hilpert-Str. 8, 34117 Kassel, Tel.: 0561 / 71 33 87 (Fax: 71 31 32)**

Kleinanzeigen



Mit dem 6 km/h - Zirkuswagen unterwegs. In den Ferien. Der ist nicht behindertenspezifisch ausgebaut, aber vielleicht dennoch nicht alles unmöglich. Kostenabsprache nach Eueren Zahlungsmöglichkeiten. Auch für Veranstaltungen.
Anfrage an: Uwe Müller, Neisserstr. 12, Ratingen, Tel.: 02102 / 47 38 56 (Bitte Tel.-Nr. hinterlassen - rufe zurück!)

Opel Kadett E Caravan, Bj. 11/85, 90 PS, mit Automatik, Servolenkung und vielen Extras, mit Handbedienungsgerät zu verkaufen. Preis VB. **Tel.: 0221 / 79 81 86 (Stecher)**

Evgl. Jugendcamp 1994

Die Evangelische Jugend im Rheinland sucht für ihr Jugendcamp vom 2.-5. Juni 1994 interessierte MitarbeiterInnen. Das Camp wird in Altenkirchen/ Westerwald unter dem Motto "Windige Zeiten" stattfinden. In Werkstätten und Foren, mit Musik, Theater, Kleinkunst in einer Zeltstadt, in der Stadthalle, der Landesjugendakademie und auf öffentlichen Plätzen soll Begegnung miteinander ermöglicht und zu folgenden Themen gearbeitet werden: ● Bewahrung der Schöpfung; ● Gewalt und Rechtsextremismus; ● Reisen, Freizeiten, Interkulturelles; ● Männer und Frauen; ● Partnerschaft; ● Behinderte/Nichtbehinderte
Ein wesentlicher Teil dieses Camps soll es sein, den letztgenannten Themenbereich Behinderte/ Nichtbehinderte nicht als Sonderfall darzustellen, sondern vielmehr in allen Themenbereichen und Foren den Aspekt behinderten Lebens miteinzubeziehen und darzustellen.
Gesucht werden noch interessierte MitarbeiterInnen, die in einer Arbeitsgruppe (evtl. zusammen mit nichtbehinderten Jugendlichen) eine Dokumentation dieses Camps aus Sicht behinderter Menschen leisten.
InteressentInnen wenden sich an:
J. Danielowski, Landespfarramt f. gemeindenahe Behindertenarbeit, In der Maar 7, 53175 Bonn, Tel.: 0228 / 31 90 20

Peer Counseling Training Programm

Das Autonomes Behindertenreferat im AStA der Uni Mainz hat in Zusammenarbeit mit der Interessenvertretung 'Selbstbestimmt Leben' Deutschland - ISL e.V. - eine Überarbeitung eines Handbuches für die Ausbildung von ehrenamtlichen Peer Counselorn des Independent Living Resource Centres San Francisco veröffentlicht. An ein Vorwort von Tobias Reinarz vom Kölner Zentrum für selbstbestimmtes Leben gibt die 60 Seiten umfassende Broschüre einen Einblick in die Ausbildung von Peer Counselorn und einen Überblick darüber, auf was es bei der Beratung von Behinderten durch Behinderte ankommt. Die Broschüre kann für **13 DM bei der Pressestelle der ISL e.V., Kurt-Schumacher-Str. 2, 34117 Kassel unter Beifügung eines V-Schecks in Höhe von 13 DM bestellt werden.**
Infos über Seminarangebote zu Peer-Counseling gibt es beim 'bifos' (Adresse nebenstehend).

ABO - ABO - ABO

Neue Postleitzahlen
Die Umstellung der Postleidzahlen ist vollzogen. Allein fünf Leute/Institutionen erhalten die jetzige Ausgabe noch mit den alten. Diese und all jene, deren PLZ/Adresse nicht richtig ist, bitten wir, sich an die unten abgedruckte Adresse zu wenden. Danke.

Überweisungen/Abo-Rechnungen
Überweisungsträger, die nicht lesbar sind, erreichen die Abo-Abteilung immer wieder. Manche werden noch einmal eine Rechnung erhalten. An dieser Stelle ein Tip: Vermeiden läßt sich dies, wenn deutlich der Absender auf dem Überweisungsträger vermerkt ist!

die randschau, Abo & Vertrieb, Mombachstr. 17, W-3500 Kassel, Tel.: 0561 / 8 45 78 Fax: 0561 / 89 65 32

IN DEUTSCHLAND NICHTS NEUES -

Die 'Bio-Ethik' der Neuen Rechten

Neofaschismus und Behinderte

Die "alte Rechte ist tot. Sie hat es wohl verdient". Dieser Ausspruch von Alain de Benoist, einer der führenden Köpfe der 'Nouvelle Droite', der 'Neuen Rechten' aus Frankreich , 1985 in seinem Buch 'Kulturrevolution von Rechts', beschreibt einen Prozeß innerhalb des neofaschistischen Spektrums, welcher mittlerweile eine nicht zu unterschätzende Rolle im neofaschistischen, aber auch konservativen / bürgerlichen Spektrum spielt.
Unterschätzt oder kaum beachtet bzw. ganz negiert wird dieser Prozeß bei einen Großteil der Medien und den etablierten Parteien. So wird ständig von Gewalt und nicht von Rassismus gesprochen oder geschrieben; die rasssistisch-nationalistisch motivierten Täter - Anpöbeleien, Brandanschläge und Morde - werden zu Opfern gemacht, und die wirklichen Opfer werden vergessen oder gar als selbstschuldig betitelt. Im gleichen Atemzug wird der immer mehr erstarkende Neofaschismus in der Bundesrepublik heruntergespielt, als kurzzeitige Erscheinung dargestellt und teilweise als einfach 'dumm' verkauft.

Aus der Mitte der Gesellschaft

Doch gerade letztere wird nicht nur der Situation nicht gerecht, es unterschätzt auch den Einfluß des neofaschistischen Spektrums auf den 'allgemeimen' biologistischen-rassistischen Konsens, insbesondere innerhalb der Mittelschicht und den sog. 'Eliten'. Unwidersprochen ist, daß die 'neue Euthanasiediskussion' im wesentlichen ohne ein einziges Mitglied der Republikaner oder einer anderen neofaschistischen Struktur sich in der bundesrepublikanischen Gesellschaft etablieren konnte. Dies bedeutet aber nicht, daß der Neofaschismus nichts mit der Basis und der Struktur, die die Gewalt gegenüber Behinderten ermöglicht, zu tun hätte.
Ganz im Gegenteil. Die Kontinuität des Biologismus / Rassismus und dem darin immer innewohnenden eugenischen Bewußtsein, dem 'Lebensunwert-Denken', stand in der deutschen Geschichte immer in einen 'komplizierten' Verhältnis zwischen



konservativen, liberalen, (aber auch linken / sozialistischen) Parteien / Gruppen und dem rechten, faschistischen Spektrum und deren Theorien und Ideologien. Dieses Verhältnis drückte sich in den drei klassischen Feldern der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik am deutlichsten aus: die rassen- und sozialhygenische Gesundheitserziehung, die Zwangssterilisation und die 'Euthanasie' und damit impliziert, die 'Züchtung' 'rassisch-höherwertigen Lebens'. Klassisch bedeutet in diesem Sinne zum einem, daß, wie allg. bekannt, die bevölkerungspolitischen Maßnahmen keine 'Erfindung' des Faschismus im 3. Reich gewesen sind, sondern schon lange vorher von annerkannten Persönlichkeiten aus der Wohlfahrtspflege, der Medizin, Justiz etc., aus der Mitte der Gesellschaft heraus vorgedacht und geplant wurden. Und es bedeutet zum anderen, daß Biologismus und Rassismus zwar ein wesentlicher Baustein (neo)-faschistischer Ideologien, aber damit noch lange nicht ausschließlich ein Privileg dieser sind.
Biologismus und Rassismus waren - und sind - immer Anknüpfungspunkte zwischen (neo)-faschistischen und konservativen, liberalen, sozialdemokratischen, alternativen Ideologien in Deutschland gewesen. Welche Auswirkungen dieses Verhältnis haben kann, wird an dem Rechtsruck in diesem Land mehr als nur sichtbar. In diesem Spannungsverhältnis konnte die 'Neue Rechte' sich seit Anfang der 80er Jahre immer mehr etablieren.

Die 'Neue Rechte', eine intellektuelle Wehrsportgruppe

Schon Anfang der 70er Jahre fanden die ersten Versuche statt, die heutige 'Neue Rechte' theoretisch, ideologisch, philosophisch und konzeptionell zu entwickeln. Da das Erscheinungsbild der 'Neuen Rechten', auf den ersten Blick, sich nicht in das 'allgemein übliche klassische' faschistische Spektrum einordnet, wurde auch erst Anfang der 80er Jahre ihr Treiben bemerkt, was daran liegt, daß genau solche Strömungen selten bis garnicht vom Antifaschismus beachtet oder gar wissenschaftlich aufgearbeitet wurden. Die 'Neue Rechte' ist keine Partei, sondern ein Geflecht von Gruppen und Zirkeln, die sich in einer Grauzone zwischen und innerhalb den rechten parteiförmigen Organisationen NPD, REP, DVU, FAP und Deutsche Liga einerseits und der CDU/CSU, den Burschenschaften, aber auch den wertkonservativen Kreisen/Personen innerhalb der FPD (z.B. Hans Martin Roth), der SPD/Jungsozialisten ('Hofgeismarer Kreis' (0)) anderseits bewegen. Punktuell kann ihr Einfluß, aber auch bis in Teile der Alternativ- und Ökologiebewegung (ökofaschistisches Spektrum) verfolgt werden.
Die 'Neue Rechte' selbst begreift sich als überparteilich / parteiunabhängig, die 'metapolitisch und metaphilosophisch' gesellschaftliche (kulturelle, politische, wirt-

schaftliche) Fragestellungen diskutiert und Perspektiven entwickelt. Sie drücken dies wie folgt aus: "Jenseits jeglicher politischen Zugehörigkeit, jenseits jeglicher ideologischer Denkart wollen ...(wir) ... Alternativen zum Ausdruck bringen; nicht etwa die Alternativen einer spaltenden Partei, sondern die einer zusammenführenden Gemeinschaft; solche Alternativen, die nicht das Erzeugnis einer stets dogmatischen Ideologie sind, sondern vielmehr die geistige ethische und menschliche Summe einer neuen Schule des Denkens, welche die modernen Erkenntnisse innerhalb der geistigen Eigenart des indoeuropäischen Erbes zusammenfassen und zu einer neuen Einheit bringen" (1).

Wer sich alles hinter der 'neuen Rechten' verbirgt, läßt sich nicht immer deutlich sagen. Als 'offizielle' führende TheoretikerInnen treten neben dem breiten Spektrum, welches in 'neu-rechten' Publikationen erscheint, Pierre Krebs, Alain de Benoist, Guillaume Fay, Sigrid Hunke, Karlheinz Weißmann, Gerd-Klaus Kaltenbrunner und Armin Mohler auf.

Neben ihren Diskussionszusammhängen, Zirkeln, Seminaren, Konferenzen und Tagungen sind die 'neu-rechten' Publikationen 'Criticon', 'elemente', 'Junge Freiheit', 'Nation Europa' und 'Mut' ein wichtiges Standbein für die 'Neue Rechte'. Es sei hier kurz eingeschoben, daß es in etlichen europäischen Ländern, z.B. in Frankreich, Spanien, Italien, die 'Neue Rechte' gibt. Die 'Nouvelle Droite' in Frankreich kann pauschal als 'Vordenkerin' und 'Initiatorin' der europäischen 'Neuen Rechten' betrachtet werden. Untereinader stehen sie in gutem Kontakt. Sie führen gemeinsame Tagungen und Konferenzen durch. Als Spinne im Netz der 'Neuen Rechten' in der Bundesrepublik kann das 'Thule-Seminar', Sitz in Kassel, Vorsitzender ist Pierre Krebs, betitelt werden. Es ist eines der entscheidenden Brain-Trust-Centren und Ideologieschmieden, wo das skizzierte Spektrum zwischen Neofaschismus, Wertkonservativismus und Konservativismus verkehrt.

Das 'Thule-Seminar' bringt die Schriftenreihe 'Thule-Konkrt'/'Thule Forum' heraus. Neben dem 'Thule-Seminar' ist die 'Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung e.V.' unter Leitung von Armin Mohler ein weiterer Hort der Ideologiebildung der 'Neuen Rechten' (2). Sein Nachfolger, Heinrich Meier, ist ebenso ein Feind des 'bürgerlichen-liberalen' Denkens und macht im Sinne Armin Mohlers weiter. Das Besondere ist hier, daß anhand der 'Siemens-Stiftung' belegt werden kann, wie eine Vernetzung konservativen und faschistischen Gedankenguts mit Kapitalintresse vonstatten geht.

Der Kampf um die Köpfe

Daß der vorhin dargestellte 'metapolitische' Anspruch in keinster Weise losgelöst ist vom Machtanspruch der 'Neuen Rechten', wird sichtbar beim Betrachten ihrer 'Revolutionstheorie'/Strategie: "Eine politische Revolution bereitet sich immer im Geist vor, durch eine langwierige ideologische Entwicklung innerhalb der zivilen Gesellschaft. Um zu ermöglichen, daß die neue politische Botschaft Fuß faßt (Tätigkeit der Partei), muß man zuerst Einfluß auf die Denk- und Verhaltensweisen innerhalb der zivilen Gesellschaft nehmen (metapolitische oder kulturelle Tätigkeit). Die politische Mehrheit stützt sich also zuerst auf eine kulturelle, d.h. eine ideologische Mehrheit" (3). Die direkte Anlehnung an Antonio Gramsci, die hier sichtbar ist, wird nicht geleugnet, sie wird von ihnen mit dazu benutzt, ihre 'Weltoffenheit' zu belegen. Konkret bedeutet dies, daß es ihnen nicht direkt darum geht, Mehrheiten in Parlamenten zu bekommen, sondern das Denken - den Zeitgeist - zu bestimmen. Daß ihnen dies in vielen Bereichen innerhalb der 'Zivilgesellschaft' gelungen ist, hat mehrere Ursachen. Eine entscheidende ist, daß es der 'Neuen Rechten' in den letzten Jahren gelungen ist, ein geschlossenes Welt- und Menschenbild zu entwerfen, mit dem, in ihrem Sinne, konkrete Politik gemacht werden kann. Gerade das Nichtvorhandensein eines solchen 'modernisierten' Menschen-und Weltbildes innerhalb des Neofaschismus ließ den Neofaschismus für viele uninteressant erscheinen. Daß dem heute nicht mehr so ist, braucht nicht groß ausgeführt zu werden.

Ein weiteres Element dieser Strategie ist es, Postulate der biologischen Wissenschaft vom Menschen (Ethnologie, Anthropologie, Genetik) für sich nutzbar zu machen (4) und sich so einen 'wissenschaftlichen' / 'objektiven' Anstrich zu geben. Hierbei spielt die 'Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V.' eine entscheidende Rolle, auf welche später genauer eingegangen wird.

Modernisierter Faschismus ?

Die zentralen Momente dieses Welt- und Menschenbildes lassen sich mit folgenden 'Schlagwörtern' / Oberbegriffen skizzieren: der einzelne Mensch ist ein biologisch, genetisch determiniertes Wesen, welches nur im Rahmen seiner 'biologischen' Varianten sich entwickeln kann. Aus diesem Moment heraus ergibt sich, daß der Mensch kein soziales Wesen ist (Bio-Humanismus), und sich jeglicher Hierarchie / jeglicher Elite unterzuordnen hat. Welchen Platz Frauen in dieser Gemeinschaft haben, läßt sich kurz schildern: sie brauchen 'bloß' ihrer 'natürlichen/biologischen' Aufgabe gerecht zu werden: 'reinrassige, gesunde, dem arischen Ideal' entsprechende Kinder zu gebären und das Heim zu behüten. Neben etlichen neofaschistischen 'Lebensschutz-Organisationen' - 'Aktion Lebensrecht für Alle e.V. (ALfA), 'Christliche Liga', 'Europäische Ärtzteaktion (E-A) (5) - kümmert sich die 'Skingirl Front Deutschland' (SFD) darum, 'Zucht und Ordnung' / 'rassisches Bewußtsein' in der Szene zu verankern (6).

Doch zurück zum Menschen- und Weltbild. Wie diese Hierarchien, diese Eliten zustande kommen, wird unterschiedlich hergeleitet, z.B. aus 'völkischen', 'rassistischen' und 'mystischen' Argumentationen. In diesem Kontext ergibt sich, daß die Identität des Einzelnen sich nur über sein 'Volk', seine 'Rasse' ableiten läßt. 'Du bist nichts. Dein Volk ist alles'. Dieses völkische Denken geht so weit, daß jeder Mensch in sich eine 'innere Landschaft' hat, die durch seinen direkten 'Lebensraum', in welchen er hineingeboren wurde, geprägt ist. Um dies zu begründen, werden 'wissenschaftliche' Erkenntnisse aus der Verhaltensforschung / der Tierwelt von Konrad Lorenz (der sich zu Lebzeiten nie dagegen gewehrt hat, dies sogar mit forcierte (7)) und Irenäus Eibl-Eibesfeld und pseudowissenschaftliche Erkenntnisse, z.B. aus der Psychologie, es sei nur auf C.G. Jung (Archetyp, Territorialtrieb) und Arthur Jensen hingewiesen (8), miteinander vermengt. Dies gepaart mit einer bestimmten Anzahl von Eigentümlichkeiten (kulturellen, geschichtlichen, sprachlichen) definiert die 'Volksseele', die 'nationale Identität. Da nun jede 'Rasse', jedes 'Volk', jede 'Kultur' unterschiedlich und in sich geschlossen ist, kann man sie nicht gleichberechtigt neben einander stehen lassen oder gar gleich behandeln. Die Forderung nach sozialer Gleichheit ist deshalb für die 'Neue Rechte' der größte 'Sündenfall' der Menschheitsgeschichte (Wider die All-Gemeinheit !). So wie jeder Mensch seinen Platz in der (Volks)-Gemeinschaft hat, so sind auch die 'Völker', 'Rassen' und 'Kulturen' hierarchisch gegliedert. Sie alle haben ihren festen Platz, ihre 'nationale Identität'. Deshalb spricht die 'Neue Rechte' von einen 'Nationalismus auf Gegenseitigkeit' (Ethnopluralismus). Erst wenn andere 'Völker' ausbrechen aus diesem Schema, z.B. durch Fluchtbewegungen, gefährden sie nicht nur sich selber, sondern auch die anderen 'Völker', welche dann 'eingreifen' müssen. Koste es, was es wolle. Es braucht nicht groß erwähnt zu werden, daß die 'weiße europide Rasse', insbesondere die 'germanisch nordische Rasse', zu denen gehört, die die anderen 'Völker' lenken und führen. An diesem Punkt wird die Gefahr 'minderwertigen Blutes' für die 'germanisch nordische Rasse' betont. Ein wichtiges Grundprinzip ist deshalb die Erhaltung der 'Art'. Nur wenn sich der einzelne Mensch und die einzelnen 'Völker' dessen bewußt werden und sich in diese biologische Ordnung eingliedern, finden sie ihre 'wahre' Identität und letztendlich ihren 'Lebenssinn'.

Bio-Politik

Aus diesem 'ideologischen Background' heraus läßt sich ein "bio-politisches Programm" (9) ableiten, woraus ersichtlich wird, welchen 'Platz' Behinderte bei ihnen haben. Denn konkret äußert sich die 'Neue Rechte', wie alle neofaschistischen Parteien und Gruppen öffentlich (noch) kaum direkt hierzu.

(Eine Ausnahme macht die 'Deutsche National Zeitung', die zum 'Frey-Konzern' gehört, sprich zur 'Deutschen Volksunion' (DVU). Sie leugnen jeglichen Zusammenhang zwischen der gestiegenen Gewalt gegenüber Behinderten und ihren Aussagen. Desweiteren betonen sie, daß Behinderte auf die 'DVU' setzen können (10)).

Das 'bio-politische Programm' der 'Neuen Rechten' läßt sich in sechs Punkten zusammenfassen:

"1. Die Qualität der Nachkommen muß Vorrang gegenüber ihrer Zahl haben. Das bedeutet: nicht quantitative, sondern qualitative Bevölkerungspolitik.
2. Staatliche Familienpolitik darf daher nicht um jeden Preis kinderreiche Familien fördern; denn zwei Kinder aus einer erbgesunden Familie sind wünschenswerter als fünf Kinder mit zweifelhaftem oder krankem Erbgut.
3. Die staatliche Familienförderung (Kindergeld, Steuerermäßigung etc.) muß überprüft und unter Berücksichtigung eugenischer Erkenntnisse neu gestaltet werden. Für Europa ergibt sich folgender Prioritätenkatalog:
4. Förderung der Forschung in den Bereichen Eugenik, Anthropologie und Bevölkerungspolitik.
5. Kontrolle und spätere Beendigung der Verschiebung großer Volksgruppen.
6. Geburtenkontrolle unter dem Gesichtspunkt einer positiven Eugenik, d.h. qualitative Bevölkerungspolitik" (11).

Zwischen den Zeilen kann herausgelesen werden, daß ein wesentlicher Schwerpunkt des 'bio-politischen Programms' ist, 'rassisch minderwertiges - unwertes' Lebens zu verhindern und die 'Aufzucht' 'guten Blutes' Priorität hat. Die 'Republikaner' formulieren in ihren Aussagen zur Familienpolitik ('Förderung der Familie', 'Schutz des ungeborenen Lebens', 'Familiengründungsdarlehnen und 'steuerrechtliche Entlastung kinderreicher Familien') dasselbe. In den letzten Jahren konnte auch verstärkt bemerkt werden, wie immer häufiger Ideologietheoreme, vorgedacht und formuliert von der 'Neuen Rechten', von anderen neofaschistischen Strukturen übernommen werden. So wird langsam der alte Begriff 'Lebensschutz' durch den Begriff 'Bio-Politik' ersetzt oder aber zumindest mit den 'neuen' Inhalten unterfüttert. Siehe hier z.B. bei der FAP oder dem ökofaschistischen (z.B 'Weltbund zum Schutz des Lebens' (WSL) (12) und 'lebenschützerischen' Spektrum (E-A, ALfA).

Hier schließt sich eigentlich der Kreis, und es wird sichtbar, daß die Aussagen der 'Neuen Rechten' als Vordenker des Neofaschismus und des Wertkonservativismus bis Konservativismus sich nicht unterscheiden zwischen den drei Feldern der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik und ihrem 'bio-politischen Programm'.

Daß sie keine 'Euthanasie'maßnahmen offen propagieren, liegt eher an ihrer 'historischen Scham' und an taktischen Überlegungen, als daß sich ihr Denken geändert hat. Dies belegen auch die Gewalttaten von Neofaschisten und/oder rassistisch / nationalistisch / faschistisch motivierten Jugendlichen gegenüber Behinderten. Das Lebensrecht von Behinderten steht für sie zur Diskussion und die Verminderung 'minderwertigen / behinderten Lebens' vor der Geburt ist für sie die 'Minimalforderung'. In den 'neuen Euthanasiediskurs' reihen sie sich 'leise' mit ein, propagieren ihn aber nicht offen. Dies tun bekanntlich ja auch andere federführend.

Die Stimme ihrer Herren

Daß die 'Neue Rechte' zu den alten Schlußfolgerungen kommt, ist an sich auch nicht verwunderlich. Denn auch dieses 'Welt- und Menschenbild' ist nichts Neues. Neu ist im wesentlichen, wie sie für sich versuchen, aktuelle 'wissenschaftliche' bzw. pseudowissenschaftliche Erkenntnisse zu nutzen, und wie sie ihr 'Welt - und Menschenbild' verkaufen. Essentails dieses 'Welt- und Menschenbildes' finden sich auch schon in den Vorläufern der NSDAP, den völkischen, rassistischen, mystischen Strömungen, sowie in 'nationalrevolutionären' und 'konservativ-revolutionären' Kreisen, als auch in den Blut-Boden-Rasse-Religionen. Hierfür stehen Namen wie Graf Gobineau, Houston Steward Chamberlain, J. W. Hauer, Julius Evola, Oswald Spengler, Moeller van den Bruck, Carl Schmitt, Edgar Julius Jung, Ernst Jünger, Ernst Niekisch, um nur ein paar zu benennen, die heute wieder in diesen Kreisen eine Renaissance erleben. Dies leugnet die 'Neue Rechte' auch nicht.

Sie stellt sich bewußt in diese Tradition. Teilweise nenen sie sich selbst auch 'junge Konservative', 'Wertkonservative' oder einfach 'Rechte', 'Nationale' und / oder 'deutschnational'. Was sie allerdings leugnen, ist, daß die eben benannten und der bürgerliche, wertkonservative, rechte 'Klüngel' in den verschiedensten Formen und auf den verschiedensten gesellschaftlichen Ebenen mit dazu beigetragen hat, daß sich ein biologistisches und damit ein rassistisches und sexistisches Menschenbild 'theoretisch' seit Ende des 18. Jahrhunderts über das 19. Jahrhundert bis in die Weimarer Republik hinein in Deutschland entwickeln konnte, welches spätestens in der Weimarer Republik eine kulturelle / politische Hegemonie erlangte.

Mystik des Blutes

Daß das 'Neue' auch nicht ohne das 'Alte' auskommt, wird auch an der bereits vorhin erwähnten 'Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V.' (GfbAEV) - Kontaktadresse ist ein Postfach in Hamburg - deutlich. Sie ist eine der wesentlichen Strukturen, die offen versuchen, ihrem biologistischen, rassistischen und faschistischen Aussagen einen 'wissenschaftlichen' Anstrich zu geben. Sie selbst begreifen sich als eine 'wissenschaftliche' Institution. Die GfbAEV gibt vierteljährlich die 'Neue Anthropologie, Erbe und Verantwortung' (NA) heraus. Die Namen sind Programm. Schwerpunkt der Zeitung und der GfbAEV ist, zu belegen, welche 'Eigenschaften' vererbbar sind und wie diese das Leben des Einzelnen und der Gesellschaft beeinflussen. Wie in diesen Ideologietheoremen üblich, spielt das 'Blut' und die 'Reinhaltung' des (Volks)-Blutes hierbei eine Hauptrolle. Es sei hier nur an die 'Erbforschungen' im 3. Reich erinnert, um den Tenor und die Zielsetzung dieser Struktur darzustellen. Daß auch dies wieder kein Privileg des Faschismus ist, zeigen auch die Tendenzen in vielen wissenschaftlichen Bereichen, wo die Biologie wieder zur Leitwissenschaft erhoben wird.

Vorsitzender und verantw. Redakteur ist Jürgen Rieger, welcher getrost als 'Staranwalt' des neofaschistischen Spektrums benannt werden kann. Er hat eine lange Karriere im neofaschistischen 'Klüngeln' (z.B. Mitglied der 'Wiking-Jugend', ehem. NPD, Kontakte zur 'Artgemeinschaft' und zur Verbotenen 'NF') Im 'wissenschaftlichen Beirat' finden wir etliche Persönlichkeiten aus dem 'neu-rechten' Kreis, z.B. Alain de Benoist. Als Autoren tun sich aber auch Personen aus dem 'klassischen' Neofaschismus hervor, z.B. Dr. Rolf Kosiek, langjähriger NPD-Funktionär. (13) Sowohl die 'NA', als auch die GfbAEV dienen als Treffpunkt zwischen der 'alten' und der 'Neuen Rechten', worüber auch Kontakte zur militanten Neofa-Szene gegegeben sind. Auch die Geschichte der GfbAEV macht ihren Charakter deutlich. 1956 formierte sich in Hamburg die 'Gesamtdeutsche Arbeitsgemeinschaft', die sich im Januar 1963 in einen Verein 'Studiengruppe zur Förderung geistiger Erkenntnisse', womit 'Rassenerbideen' gemeint waren, umstrukturierte. Parallel zu dieser Struktur gab es die 'Deutsche Gesellschaft für Erbgesundheitspflege e.V.' Aus diesem Klüngel heraus wurde der 'Gesamtdeutsche Rat für Biopolitik', Mai 1965, gegründet. Es sei hier nur kurz erwähnt, daß diese Strukturen beste Beziehungen zu dem Blut-Boden-Rasse-Religionsgemeinschaften pflegten und pflegen. In den 70er Jahren wurde nun die GfbAEV gegründet (14).

Der Zeitgeist steht rechts

Unter dem Deckmantel der Philosophie im allgemeinen und der Wissenschaft im besondern, konnte die 'Neue Rechte' sich mit ihrem Welt -und Menschenbild nicht nur einen Namen im Neofaschismus machen, sondern gleichzeitig immer mehr Fuß im hier skizzierten Spektrum fassen. Auch wenn sich ihr biopolitischer Diskurs kaum unterscheidet von dem, was in den sich 'unpolitisch gebenden' Wissenschaftsbereichen bereits entwickelt hat, sie sich also dort 'nur' einreihen, so spielt sie doch

eine entscheidende Rolle im Bereich des 'Metapolitischen'. Zusammen mit anderen stellen sie ein philosophisches Fundament zur Verfügung, auf welches zurückgegriffen werden kann zur Legitimation der (End)-Lösung der 'Sozialen Frage'.
Und faktisch wird es und ist es egal, ob aus neofaschistischen oder utilitaristischen Beweggründen heraus die Selektion, Zwangssterilisation und Liquidierung des 'Anderen, des Fremden, des unwerten Lebens' propagiert, organisiert und praktiziert wird. ■

Andreas Speit, Braunschweig

Dank an alle, die geholfen haben.

Anmerkungen:

(Neo)-faschistische Literatur:
1. Alain de Benoist: Heide sein, zu einen neuen Anfang. Die Europäische Glaubensalternative. Thule-Konkret, Grabert-Verlag Tübingen 1982
3. Kollektiverklärung. in: elemente. Jan/März 1987
10. Schluß mit der Diskriminierung Behinderter. in: Deutsche National Zeitung. 15.01.1993

0. **Alois Pfreimdt**: Der "Hofgeismarer Kreis" in der SPD. in: Der Rechte Rand. Nr. 20, Nov. 92/Jan. 93
2. **Raimund Hethey/Peter Kratz** (Hg): In bester Gesellschaft. Verlag Die Werkstatt. Göttingen 1991
4. **Sebastian Reinfeld/Richard Schwarz**: Bio-Macht. DISS-Text Nr. 25, 1992
5. **Frauen gegen 218**. Bundesweite Koordination (Hg): Vorsicht Lebensschützer. Konkret Literatur Verlag. Hamburg 1991 und **Jutta Dittfurt**: Feuer in die Herzen. Carlsen. Hamburg 1992
6. Frauen in der faschistischen Skinheadszene. Antifaschistisches Info Nr. 22, Mai/Juni 1993
7. **Iring Fetscher**: Der neue Biologismus. in: Martina Kirfel/ Walter Oswalt (Hg): Die Rückkehr der Führer. Europaverlag. Wien 1991
8. **Martina Koelschtzky**: Die Stimme ihrer Herren. Pahl-Rugenstein. Köln 1986
9. siehe 4.
11. **Patrick Moreau**, zitiert nach 4.
12. siehe 2., weiter **Volkmar Weik**: Natur und Mythos. DISS-Text Nr. 21. 1992
13. **Astrid Lange**. Was die Rechten lesen. Beck'sche Reihe. München 1993
14. **Friedrich Wilhelm Haack**: Wotanas Wiederkehr. Blut-Boden-und Rasse-Religionen. Claudius. München 1981

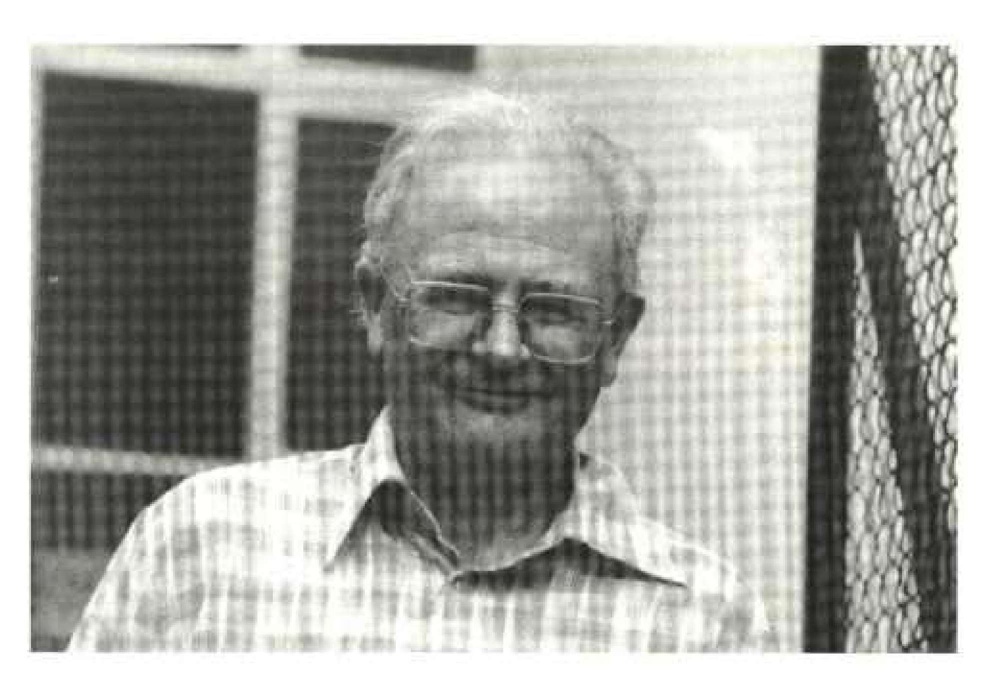
ZEITSCHRIFTEN

aus dem anti-rassistischen/antifaschistischen Spektrum
- unvollständige Auswahl-

● **Antifaschistisches Infoblatt**
L. Meyer, Gneisenaustr. 2 a, 10961 Berlin
● **atom** Sondernummer: **Rassismus und Neofaschismus in Deutschland**
Postfach 1109, 21301 Lüneburg
● **DER RECHTE RAND** Informationen von und für AntifaschistInnen
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
● **SPLITTER** unabhängiger antirassistischer Gruppen aus Berlin und Brandenburg
Asyl e.V., Wilhelmstr. 9, 10963 Berlin
● **Schwarzer Faden**
Postfach 1159, 71117 Grafenau
● **ÖkoLinx** (Frankfurt/Main)
Jutta Ditfurth, Neuhofstr. 42, 60318 Frankfurt/Main
● **UM BRÜCHE**
BAOBAB Infoladen Eine Welt e.V., Winsstr. 53 und Infoladen 'Dritte Welt', Thomasstr. 11 - 13, 12053 Berlin
● **ZAG** Zeitungsprojekt antifaschistischer und antirassistischer Gruppen
ZAG/Antirassistische Initiative, Yorckstr. 59, 10965 Berlin

Interview
"...in einer Tradition der systematischen Menschenvernichtung"

Die Verortung der neuen (alten) Täter von Rechts hängt im allgemeinen vom Standpunkt des Betrachters ab. Die einen sehen massenhaft vereinzelte orientierungslose Jugendliche und verunsicherte Erwachsene, andere dagegen 'Faschos'. Wann ist es angemessen, von Faschos oder Nazis, von Faschisten und von Faschismus zu sprechen?
Dazu im Folgenden ein Interview mit Gerhard Baader in Berlin, ein Interview, das mehr Fragen aufwirft, als schnelle Antworten liefert. Eine Aufforderung zum genauen Hinschauen und - nicht zuletzt - ein vehementes Plädoyer sich einzumischen.
Baader ist Medizinhistoriker (vgl. u.a. die Dokumentation des Gesundheitstages 1980 zu Medizin im Nationalsozialismus) und Verfolgter des Nationalsozialistischen Regimes. Mit ihm sprach Ursula Aurien.



Du sagst, gerade in einer Zeit wie jetzt wäre es wichtig, handlungsfähig zu sein. Was meinst du damit?

Risiko zu übernehmen, kritisch zu analysieren, keinen rassistischen Übergriff hinzunehmen, sich mit Minderheiten zu solidarisieren, vor sie zu stellen in dem Bewußtsein, daß man selber eine dieser Minderheiten ist und nicht sich durch seine Traumata bestimmt verkriechen. Wohlwissend nicht dem Mainstream der Gesellschaft anzugehören, nicht sich ducken, sondern das zu tun, von dem man meint, daß es für einen richtig und notwendig ist, sich dazu seine Koalitionspartner zu suchen bzw. sich in die bestehenden antifaschistischen Gruppen oder Gruppierungen einzuordnen und sich selber dort einzubringen. Das geht hinein bis zum aktiven Versuch, ein Stück Gegenöffentlichkeit und Gegenatmosphäre im Land zu schaffen. Das heißt, nicht klein beigeben.

Es wird häufig von "Faschos" gesprochen bzw. "faschistisch". Ich frage mich, ob das immer angemessen ist.

Ich halte das für eine ganz ganz gefährliche Sache und zwar aus zwei Gründen: Erstens einmal werden damit die Opfer relativiert und ihrem Andenken ins Gesicht geschlagen. Zweitens verniedlicht man das Phänomen. Man muß die Differenzierung zwischen Faschismus und Nationalsozialismus treffen. Wenn wir von Faschismus sprechen im Sinne der Dinge, die heute wieder bei uns zum Leben kommen, so

geht es nicht, so schlimm sie sein mögen, um faschistische Bewegungen auf der ganzen Welt, von Chile angefangen bis zu Südkorea mit einer quasi demokratischen Regierung. Wir sprechen nicht einmal vom Franco-Spanien und Italien Mussolinis. Wir sprechen vom Weiterleben, vom Wiederauflackern, von Tendenzen nationalsozialistischen Denkens und nationalsozialistischer Traditionen, denn darauf berufen sich auch diese - ich möchte nicht von Neo-Nazi sprechen - ich würde sagen, Nazis laut, klar und deutlich. Das heißt, sie stellen sich mitten hinein in die Tradition bis hin zum fabrikmäßig durchgeführten Genozid. Das ist das, wenn einer heute sagt "Man hat Dich zu vergasen vergessen".

Was heißt, daß das Phänomen verniedlicht würde und meinst Du, man kann sehr wohl von Nationalsozialmus oder Nazis sprechen...

Ja

...aber nicht von Faschisten?

Das könnte man auch, aber ich glaube, daß das nicht hilfreich ist für die gegenwärtige Auseinandersetzung. Wenn ich jeden "Faschisten" nenne, dessen Nase mir nicht paßt, in dem Augenblick verniedliche ich das Phänomen, nicht einmal nur des Nationalsozialismus, auch des Faschismus. Faschismus ist eine ganz bestimmte, konkrete Ausprägung, die kann ich zunächst nach äußerlichen Sachen beschreiben. Ich muß da ganz vorsichtig sein, daß ich nicht zusätzlich eine Vermengung zweier Begriffe vornehme. Wenn ich nämlich diesen Faschismus so allgemein beschreibe, dann kommen die Dinge, die ich benenne, sehr in die Nähe zu dem, was man als Totalitarismus bezeichnet. Dann könnte man dazu kommen, daß man totalitäre Systeme, etwa auch die des gewesenen realen Sozialismus, in die Nähe des Faschismus rückt.

Was ja auch teilweise gemacht wird.

Ja und das ist genau wieder eines der Dinge, die ich für die ganz schlimmen Sachen halte. Niemand wird den Gulag verniedlichen wollen. Leute, die die deutschen Lager und den Gulag überlebt haben, sagten: Der Gulag, er war schlimm, aber wir konnten bei Glück und wenn Sachen normal liefen, konnten wir überleben. In den deutschen Lagern, auch wenn wir sie überlebt haben, konnte in jedem Augenblick Mord und Tod auf uns warten. Ist meine gewaltsame Unterbringung mit Beraubung meiner bürgerlichen Freiheit, ist diese von vornherein auf meine physische Vernichtung ausgerichtet oder ist mein Tod ein Ergebnis mit von schlimmen Bedingungen, unter denen ich festgehalten werde? Dies sind noch immer zwei Kategorien. Da kann ich sehr leicht auf die Ebene kommen, Totalitarismus und Faschismus gleichzusetzen und zu sagen: Alles ist derselbe Stiefel. Deshalb hab' ich eigentlich sehr viel gegen den allgemeinen Faschismusbegriff.

Wenn ich mir im Klaren bin, daß hier wieder etwas aufbrechen kann oder etwas aufbricht, das in einer Tradition der systematischen Menschenvernichtung steht - das ist dasjenige, das ein wissenschaftliches Konzept gewesen ist - werde ich Wurzeln bekommen, die weit älter als der Nationalsozialismus sind. Dann werde ich Realitäten bekommen, die diese unsere Gesellschaft bis zum heutigen Tag ausmachen und die jetzt von Neuem wieder in ungeahnter Weise aufbrechen. Aufbrechen von nationalsozialistischen Traditionen in Deutschland nach 1985, ich würde diese Zahl nehmen, das ist Bitburg, bedeutet etwas ganz Spezifisches. Die undemokratischen Strukturen, die wir als Faschismus bezeichnen: die Unterdrückung politischer Gegner, die in faschistischen Regimen durch die Geheimpolizei und durch Gewaltsamkeit überall stattfindet, das Überhandnehmen des Einflusses des Heeres oder von Einheitsparteien - wenn wir's darüber nur definieren, kommen wir ganz in die Nähe von Totalitarismus generell und dann begibt man sich auf eine ganz gefährliche Schiene.

Wie sind diese Phänomene, die zum Teil über reinen Totalitarismus hinausgehen, zum Teil ihn auch kennzeichnen, wie realisieren sie sich in einer bestimmten Gesellschaft, in bestimmten historischen Situationen oder Abläufen? Wie weit gehen die zurück? Wie weit können wir die nachverfolgen? Wie weit sind bestimmte Grundkonstanten einer Entwicklung im Sinne einer langen Dauer - etwa jetzt über 100 Jahre in Zentraleuropa - nachzuvollziehen, die im Nationalsozialismus, das heißt in einer bestimmten Ausprägung des Faschismus, zu einer ganz bestimmten wahrnehmbaren Spitze geführt haben, mit Menschenvernichtung, Imperialismus, Rassismus, Genozid und allem, was wir da benennen können: Manipulation, Vernichtung durch Arbeit, ökonomische Expansionspolitik, militärische Expansionspolitik, expansionistische Bevölkerungspolitik.
Wie weit sind die Grundlagen dazu weiter gesellschaftliche Realität in einem Land, das bis zum heutigen Tag nicht zu einer wirklichen politischen Kultur gekommen ist und wie weit artikulieren diese Nazis etwas anderes als den Mainstream, als das, was die Mehrheit der Bevölkerung stillschweigend akzeptiert und höchstens von der Form der Realisierung zurückschreckt und sagt: *So* aber nicht.
Das hatten wir bereits 33: *Antisemitismus ja, Juden raus ja, aber nicht so.* Und Mitwirkung bis zum letzten Augenblick und bis zur letzten Konsequenz, vielleicht mit einem Bewußtsein: es ist ja schlimm und *so* sollte es doch nicht sein. Wenn wir uns die Mehrheit ansehen, das gilt heute wieder: *So nicht, aber eigentlich, wir brauchen doch die Asylbeschränkungen.*

Du sprichst von deutschen Verhältnissen und vom deutschen Faschismus. Das, was jetzt passiert, ist doch nicht nur eine deutsche Angelegenheit.

Ich meine, daß wir bei uns sehr genau hinzuschauen haben. Denn es ist immer auch sehr leicht, sich zu solidarisieren mit den Verfolgten anderswo und sich zu empören über die Verhältnisse woanders.

Wir hatten vorher von den totalitären Regimen gesprochen. Auf der anderen Seite auch die Militärdiktaturen, - das ist ein Charakteristikum von faschistischen Dingen - dann müßte man sagen, dann wäre der Nationalsozialismus kein Faschismus gewesen, denn er war keine Militärdiktatur. Das Militär hat nur mitgespielt. Ich kann natürlich hergehen und ein allgemeines Raster von Faschismus entwerfen. Wenn ich dieses entwerfe, hätte ich die Aufgabe, und das ist furchtbar schwer, es gegenüber Diktatur und gegenüber "bloß" totalitären Regimen abzugrenzen. Da kommt man immer sehr in die Bredoullie, und es ist dann sehr leicht, Unvergleichbares zu vergleichen, besonders, wenn ich nur strukturell vorgehe. Ich würde meinen, daß die Blickrichtung immer in die konkrete gesellschaftliche und politische Situation gehen muß, daß ich dann dazu kommen kann, diese als faschistisch zu bezeichnen. Aber das habe ich dann auch zu begründen.

Der allgemeine Faschismusbegriff, das hilft mir nicht sehr viel weiter. Ich frage mich, was heißt Faschismus in Deutschland. Ich frage mich, was hieß Faschismus in Deutschland. Was war die deutsche Ausprägung der faschistischen Bewegung, historisch zunächst einmal in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts, vielleicht sogar mit früheren Vorstufen. In welcher gesellschaftlichen Situation hat sie sich dann durchsetzen können und was war das Ergebnis und wie weit ist das heute weiter gesellschaftliche Realität?

Wenn ich das tue, bekomme ich ein Instrumentar, mit dem ich nämlich auch analytisch vorgehen kann und das mir hilft für die aktuelle Auseinandersetzung, mit all den Dingen, die man unterhalb dieser faschistischen Ebene so hat: Wieso ist Ausländerfeindlichkeitin Deutschland etwas anderes, als an anderen Orten? Wieso sind Gedanken um Diskriminierungen von Menschen in Deutschland etwas so konkret anderes, als an anderen Orten? Wieso ist, wenn Antisemitismus heute wieder geäußert wird, das in Deutschland etwas anderes, als an anderen Orten? Wieso ist, wenn wir expansionistische Vorstellungen, jetzt mal auf ökonomischer Basis in Richtung Osten haben, wieso ist das etwas anderes, als das bloße kapitalistische Profitstreben anderer kapitalistischer Länder in diesem Bereich? Wieso ist die deutsche Stellungnahme für Kroatien eine so qualitativ andere, als wenn es die Unfähigkeit kapitalistischer Staaten ist,

überhaupt mit einem solchen Konflikt umzugehen? Das sind Fragen, die allerdings nur zu beantworten sind, wenn ich bereit bin, den Nationalsozialismus als deutschen Faschismus zu begreifen.

Aber es ist auch sehr einfach, sich vom Nationalsozialismus zu distanzieren.

Genau darum gehts ja. In dem Augenblick, wo ich klar sage, der Nationalsozialismus ist die Spitze des Eisbergs, an dem sich bestimmte Dinge realisiert haben, die eine viel ältere Geschichte haben, und die heute noch an Orten, wo wir es lieber nicht sehen wollten, politische Realität sind und gesellschaftliche Realität sind - in dem Augenblick kann ich, ohne die billige Münze *und Du bist ein Faschist* zu verwenden, faschistische Strukturen wahrnehmen.

Wenn bis zum heutigen Tag das Blutsprinzip in der Staatsbürgerschaft das Einzige ist, das zählt, da geht etwas weiter, das älter als der Nationalsozialismus ist, aber das im Nationalsozialismus eine bestimmte Zuspitzung gefunden hat und selbstverständlich ein Kennzeichen der Ausprägung des Faschismus in Zentraleuropa gewesen ist. Das ist in den Nachbarländern, so sehr es Ausländerfeindlichkeit geben kann, ist das etwas, was nicht zur Debatte steht.

Mir ist hilfreicher, nicht einen abstrakten Faschismusbegriff zu suchen, sondern eine bestimmte Beschreibung, wo ich auch sage, daß es ganz schwierig wird, wenn ich nur strukturell argumentiere zwischen Totalitarismus, Faschismus und Diktatur. Ich kann bestimmte unterschiedliche Elemente ausmachen, aber es wird nicht einfach. Ich werde gezwungen sein, mich auf Utopien und Kernziele zu konzentrieren, die menschenverachtend, menschenvernichtend oder bloß machtpolitisch sind. Trotzdem wird auch das schwierig werden. Denn Stalin wollte die Kulaken ausrotten, Hitler wollte die Juden ausrotten. Wenn Du nur darauf argumentierst, sind die Unterschiede schwer. Wenn Du aber die Begrifflichkeit Faschismus an der konkreten gesellschaftlichen und historischen, politischen und auch geographischen Situation - mit der Frage des Kolonialismus und all der Aussgrenzung und Unterdrückung anderer Hochkulturen durch die europäische Hochkultur - wenn wir das jeweils immer in einem solchen Kontext sehen, dann bekommen wir ein brauchbares Begriffsinstrumentar, das nicht nur Dinge beschreibt, sondern das uns auch etwas in die Hand gibt in der konkreten aktuellen Auseinandersetzung.

Wenn ich den Nationalsozialismus als deutschen Faschismus wahrnehme, dann muß ich diesen Faschismus in der konkreten deutschen Situation nachfragen nach seinen Wurzeln und nach seinem Weiterleben, nach seinen Spezifika. Was wird verdrängt, was wird nicht wahrgenommen? Es gab einmal Judenhäuser, dort hat man jüdische Menschen zusammengepfercht, heute gibt's Türkenhäuser. Die werden bisweilen angezündet. *So natürlich nicht, aber, ...* Alles diese Dinge sind Sachen, die natürlich viel älter sind. Sachen, die auf der anderen Seite ein Stück davon zeigen, wo wir angelangt sind, und da gilt - wir sind beim Faschismusbegriff - die Frage: hilft mir ein allgemeiner Faschismusbegriff weiter? Ich würde für mich sagen, sehr wenig. Der Nationalsozialismus war sicher auch eine Diktatur, war sicher auch ein totalitärer Staat. Aber genügt das? Nein, er war zusätzlich ein faschistischer Staat. Wenn ich nach dem faschistischen Staat frage, dann muß ich fragen: wie hat sich dieser Fschismus hier in der konkreten mitteleuroäpischen Situation niedergeschlagen? Was sind die Spezifika dieses Faschismus zu anderen Faschismen; etwa zum italienischen Faschismus, zum Faschismus Francos, zum Faschismus Pinochets. Nur dann wird mir das hilfreich sein. In der konkreten Situation.

Es gibt Leute, die sagen, ich kann die Täter von heute nicht als Nazis benennen, weil sie nicht in einer Partei sind.

Zum Faschismus gehört nicht unbedingt und allen Umständen bloß die Partei. Der deutsche Faschismus im Nationalsozialismus hat als zentralen Punkt die Partei gehabt. Dies muß nicht zwangsläufig sein. Der Faschismus Pinochets hat als zentralen Punkt das Militär gehabt, die Massenbewegung war nur etwas, was nach vorne geschaltet war. So ist die Organisationsform eigentlich nicht das Entscheidende.

Ich glaube, wenn man sagt, das sind keine Nazis, daß da eher ein sehr vielschichtiges anderes Ding zum Tragen kommt. Ob sie Nazis sind, darüber könnte man ja sogar noch streiten. Daß ihre Hintermänner, die sie nach vorne schicken, Nazis sind, das ist kein Zweifel. Die sitzen im Übrigen zum überwiegenden Teil in den alten Bundesländern, sind darüber hinaus weitgehend Leute mit der weißen Weste, mit dem weißen Kragen. Das geht hinein bis weit in unsere Universitäten. Ich darf nur an das sogenannte Heidelberger Manifest erinnern.
Das zweite ist: Was sind diese jungen Leute, die Molotow-Coctails werfen...

Das wollte ich gerade fragen.

...und die Häuser anzünden. Damit sind wir bei einer schwierigen Sache. Das ist sicher auf der einen Seite ein Stück Jugendbewegung. Jugend, die ganz genau weiß, daß sie mit einer einzigen Sache die ältere Generation oder Teile von ihr nicht mehr in Schrecken versetzen kann als durch solche Dinge, wo einfach ein Stück Herausforderung da ist.

Jetzt bleibt aber die Frage: Wieso meinen sie, die Herausforderung just in dieser Weise machen zu können? Das bedeutet, im Rahmen dieser sogenannt demokratischen Gesellschaft wird eine Atmosphäre, eine präfaschistische Atmosphäre erzeugt und zwar von den offiziellen Vertretern dieses Staates auf der einen Seite - mit einer ganz großen Resonanz in breiten Kreisen der Bevölkerung - auf der anderen Seite auch die Tatsache, daß dieses neue Deutschland sich überhaupt nicht im Klaren ist über seine Rolle, die es in der Völkergemeinschaft spielen soll und kann.

Ich glaube, das ist der entscheidende Punkt, weshalb es schwierig ist zu sagen, das sind Nazis und das sind keine Nazis, sondern wir sagen müssen, wir befinden uns in einer nachdemokratischen präfaschistischen Gesellschaft, die bereits an bestimmten Orten, bestimmten Äußerungen klar faschistische Züge hat, nicht allgemein abstrakt faschistische Züge, sondern faschistische Züge in der Tradition der Ausprägung des Faschismus, der im Nationalsaozialismus einen gewissen Höhepunkt erreicht hat in Zentraleuropa im Laufe dieses Jahrhunderts.

Was können wir dem entgegensetzen? "Präfaschistisch" hat etwas von Zwangsläufigkeit.

Zwangsläufig gar nicht. Bestimmte historische Bedingungen, die sind nicht zwangsläufig. Das machen Menschen. Das machen Bedingungen wie ökonomische, gesellschaftliche. Aber das machen Menschen, das sind Handelnde. Die sind nicht aus der Pflicht zu nehmen.
Unsere Kinder können uns einmal ebenso fragen, wie die 68er ihre Eltern gefragt haben: *Und was habt ihr getan?* Und wir stehen gottseidank nicht in einer solchen Situation wie Menschen zwischen 33 und 45, die in einer Extremsituation standen. Aber auch wir können in unserer Situation total versagen.

Wenn ich an Jugoslawien denke.

Ich möchte nicht nur an Jugoslawien denken, ich möchte an hier und jetzt denken. Ich möchte daran denken, wie wir etwa Asylbewerber verstecken oder nicht verstecken. Ich würd' dran denken, wie wir eine Gegengesellschaft zusammen mit den Menschen, die seit Jahrzehnten bei uns wohnen und hier schon die Unseren geworden sind, ganz gleich, welchen Paß sie heute noch haben oder welchen sie einmal zusätzlich zum deutschen haben können, aufbauen können. Danach werden wir gemessen werden. Theoretisch sich über den Faschismusbegriff zu unterhalten, kann ein sehr schönes intellektuelles Gedankenspiel und Glasperlenspiel sein. Es kommt darauf an, Konkret zu fragen: Wo sind Elemente von Faschismus um uns und wie kann ich gegen sie wirken, wie kann ich auch im Ernstfall gegen den Mainstream der Gesellschaft stehen und, wenn auch nur wenig, aber etwas tun. ■

STERBEN MACHEN, UM LEBEN ZU MACHEN

Rassismus als staatliche Machttechnik gestern und heute

Im folgenden Text möchte ich einen Rassismusbegriff vorstellen, den Michel Foucault in einem 1976 gehaltenen Vortrag entwickelt hat. Aufgrund des historischen Ansatzes Foucaults wird in den anschließenden Ausführungen ein Rückblick auf die Geschichte des Rassismus gemacht. Ergänzend habe ich Texte von Günther Anders zur Bewertung aktueller Ereignisse hinzugezogen.

Die Entstehung der Biomacht

Foucault setzt den Beginn der Entwicklung des Rassismus in die Zeit der Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert. Vor dieser Zeit herrschte in der Staatstheorie das Prinzip vor, der Souverän, d.h. der Machthaber, habe das Recht über Leben und Tod seiner Untertanen. Dieses Prinzip wurde jedoch einseitig ausgeübt. Denn kein Herrscher, und verfügte er über noch so viel Macht, war in der Lage, ummittelbar Leben zu machen. Er hatte aber die Möglichkeit, die ihm Unterworfenen zu töten. Über den Vollzug des Todes oder dessen Androhung nahm der Herrscher somit Einfluß auf das Leben. "Leben lassen und Sterben machen" lautete dieses Prinzip, das zu Beginn des 18. Jahrhunderts durch ein umgekehrtes Prinzip nicht ersetzt, sondern ergänzt wurde. Es lautet: "Leben machen und Sterben lassen".

Die Ersetzung des alten durch das neue Prinzip ist nach Foucault durch eine Änderung der Machttechnologie eingeleitet worden. Eine erste Änderung hat zu Beginn des 18. Jahrhunderts stattgefunden. Es ist eine Machttechnik, die sich auf den individuellen Körper der Untertanen richtet. Sie besteht in der Ordnung, Sortierung, Dressur und des In-Reih-und-Glied-Stellen des Menschen, um sie gemäß einer übergeordneten Systematik zuzurichten. Es ist die Zeit des aufkommenden Merkantilismus, also die Entstehung einer die traditionelle Handwerksarbeit sprengenden Großproduktion. Der damit einher gehenden Zusammenballung einer größeren Anzahl von Arbeitern folgt eine Straffung der Arbeitsweise mit einer parallelen Anpassung des Verhaltens der Arbeitenden: Pünktlichkeit, Leistungsregelmäßigkeit bei der Arbeit sind gefragt und die noch "Unerzogenen" müssen diszipliniert werden. Es ist eine Machttechnologie, wie Foucault schreibt: "von Rationalisierung und strenger Ökonomie einer Macht, die sich durch ein System von Überwachung, Hierarchie, Aufsicht, Schrift und Berichten" auszeichnet. Es ist eine "disziplinäre Arbeitstechnik", institutionell sichtbar z.B. in Kaserne, Klinik und Gefängnis.

Seit Mitte des 18. Jahrhunderts entsteht eine neue Machttechnik, die die erste nicht ausschließt, sondern einfügt und modifiziert. "Die neue Technologie, die sich installiert, richtet sich an die Vielzahl der Menschen, aber nicht insoweit sie sich in Körper bündelt, sondern im Gegenteil als eine, die eine Gesamtmasse bildet, die von allen Vorgängen berührt wird, die dem Leben eigen sind - Vorgänge wie die Geburt, der Tod, die Produktion, die Krankheit etc."

Diese Macht ist nicht individualisierend, sondern vermassend. Sie richtet sich nicht auf den Körper-Menschen wie die Disziplinarmacht, vielmehr auf den Lebewesen-Menschen. Damit einher entwickelt sich der Begriff der Bevölkerung und für die damit verbundene Bevölkerungspolitik wird es wichtig, die Masse der Menschen zu erfassen, sie statistisch aufzubereiten, Geburts- und Sterberaten zu errechnen und das Aufstellen von Prognosen. Ziel ist die Optimierung des Lebens wie Erhöhung der Geburten oder Senkung von Krankheiten. Mittel der Macht werden die Einübung von Hygieneverhalten oder Gesundheitsvorsorge. Insgesamt handelt es sich bei dieser Machttechnologie um eine Regulierungsmacht, die ein Verhalten in die Bevölkerung injiziert. Da es eine Technik ist, die sich vornehmlich dem Leben, das heißt den biologischen Lebensprozessen, widmet, kann sie auch als Biomacht bezeichnet werden.

Diziplinar- und Regulierungsmacht schließen einander jedoch nicht aus. Als Beispiel wählt Foucault die Sexualität, die im Verlauf des 19. Jahrhunderts einen zentralen Stellenwert in der politischen Argumentation erhält. Das Argument, Selbstbefriedigung würde zu dauerhaften Krankheiten führen, zielte auf den individuellen Körper-Menschen, sich diszipliniert zu verhalten. "Gib Aids keine Chance. Kondome schützen." ist eine moderne Variante dieses Prinzips. Mit der These einer ausschweifenden Sexualität und nachfolgender hoher Kinderzahl zielte "man" auf die biopolitische Dimension des ungeregelten Nachwuchses mit seiner spezifischen Erbfolge, die noch in etlichen Generationen zu spüren wären. Das ist der Kontext, in dem diverse Degenerationstheorien entstanden sind.

Disziplinar- und Regulationsmacht werden auch institutionell miteinander verschränkt. Kasernen, Kliniken und Gefängnisse als Ausdruck disziplinierender Herrschaftstechnologie wurden bereits erwähnt. Sie werden aber verknüpft mit regulierenden Instanzen, die wiederum mit einer Zentralisierung der Macht auf staatlicher Ebene verbunden sind. So muß, um ein Beispiel zu nennen, das Regulationsinstrument der Bevölkerungserfassung bei den Männern angewendet werden, um sie in den der Dsziplinarmacht zugehörigen Kasernen zu dressieren. Neudeutsch heißt das allgemeine Wehrpflicht.

Foucault nennt in dem Zusammenhang der diziplinierenden und regulierenden Instanzen auch die Versicherungen. In Deutschland hat Bismarck in den 80er, 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts ein bis heute bestehendes Sozialversicherungssystem eingeführt. Optimierend für die Sicherung des Lebens wirkt dieses System insofern, als es in bestimmten Fällen der Krankheit die Heilung (Lebensoptimierung) sicherstellt. Regulierend ist es deshalb, weil erst ein Begriff der Bevölkerung gefunden werden mußte, der die Definition und Erfassung der Sozialversicherungspflichtigen gestattete. Auf dieser Basis konnte erst die Höhe der Versicherungsbeiträge berechnet, sowie das Finanzvolumen und der zu vergebende Leistungsumfang bestimmt werden.

Rassismus und Biomacht

Das mit der Biomacht verbundene Ziel des "Leben machen und Sterben lassen" schließt das alte Herrschaftsprinzip "Leben lassen und Sterben machen" aus. Denn mit dem Anspruch, Leben zu optimieren, kann das Recht des Herrschers, seine Untertanen zu töten, nicht aufrecht erhalten werden. Um beide Prinzipien dennoch zu vereinbaren, hat es des Rassismus bedurft, den Foucault folgendermaßen definiert: "Er ist zunächst ein Mittel, einen Einschnitt vorzunehmen in diesen Bereich des Lebes, dessen sich die Macht angenommen hat: den Schnitt zwischen dem, was leben soll und dem, was sterben soll."

Mit der Qualifizierung der vormals undifferenten Bevölkerung in ein Gemisch aus werten und unwerten Rassen wurde das Sterben machen wieder in die Politik

eingefügt, jedoch auf andere Weise als vor der Modernisierung der Gesellschaft durch die Biomacht. Denn der Rassismus wird nach Foucault "die Rolle haben, die Herstellung einer positiven Beziehung zu ermöglichen, des Typs: "Je mehr du tötest, je mehr du sterben machst oder je mehr du sterben läßt, desto mehr wirst du leben". Es ist eine kriegerische Beziehung in dem Sinn: "Um zu leben, mußt du wohl oder übel deine Feinde massakrieren".

Allerdings handelt es sich nicht um einen Krieg im klassischen Sinn, denn es gibt keine militärische Beziehung zwischen dem "werten" und "unwerten" Leben, sondern eine biologische. "Je mehr die minderwertigen Spezies dazu tendieren, zu verschwinden, je mehr anormale Individuen eleminiert werden, je weniger Degenerierte es im Verhältnis zur Spezies geben wird, desto mehr werde ich - nicht als Individuum, sondern als Spezies - leben, stark und widerstandsfähig sein, mich vermehren können."

Foucault versteht unter Rassismus mehr als nur die Vernichtung eines fremden Volkes. Mit den im Zitat bezeichneten Degenerierten faßt er all die Gruppen unter die Opfer des Rassismus, die von der Macht als Feinde der Bevölkerung, als Feinde des Überlebens der dominierenden Rasse definiert wurden. Damit werden, wie von uns selbst häufig formuliert, auch Krüppel unter die Menschen gefaßt, die von Rassismus betroffen sind. Sein Rassismus-Begriff entspricht also dem, was in der Krüppel/Behinderten-Szene als Biologismus bezeichnet wird.

In der heutigen Diskussion über Rassismus, Sexismus und Biologismus findet erst ansatzweise eine Annäherung statt, obwohl die Geschichte zeigt, daß die unterschiedlichen Formen der Unterdrückung fremder Völker, Frauen und Krüppel viele Gemeinsamkeiten aufweisen. Bekanntestes Beispiel einer gemeinsamen Wurzel sind die im 19. Jahrhundert praktzierten anthropologischen Messungen wie Kopfumfang etc. Die daraus resultierenden Einschätzungen wie: kleinerer Kopf, kleineres Gehirn gleich mindere Intelligenz, betrafen in vergleichbaren Variationen Schwarze, Frauen und auch Krüppel/ Behinderte.

Die Verbindungen zwischen Rassismus und Krüppelvernichtung, auf die ich vordringlich eingehen möchte, sind aber vielschichtiger - und nicht erst mit der Euthanasie. Es ist weitgehend bekannt, daß der Rassismus, so wie wir ihn heute verstehen, mit der kolonialen Unterwerfung begann. Bekannt ist auch, daß die Kolonisierung der Völker einher ging mit der Missionierung derselben. Vor dem Hintergrund dieser Tatsachen wirkt es geradezu entlarvend, daß sich der 1848 gegründete evangelische Wohlfahrtsverband "Innere Mission" nannte. Als Träger vielfältiger Aussonderungseinrichtungen hat die Innere Mission bei der kolonialen Unterwerfung der "wilden", "barbarischen" Unterschichten unauslöschliche Spuren hinterlassen. Es ist im übrigen heute in der Geschichtswissenschaft ein bekannter Ansatz, die Entstehung des modernen Anstaltsstaates als innere Kolonisation zu begreifen - eine Kolonisation, die parallel zur äußeren Unterwerfung der Völker durchgesetzt wurde.

Nach Foucault beinhaltet Rassismus die Möglichkeit des "Sterben machens" im Rahmen der "lebensoptimierenden" Biomacht. Kann in diesem Kontext die Anstaltseinweisung der als abweichend definierten Menschen als Rassismus verstanden werden? Ich meine ja, denn beide Aspekte, der Lebensoptimierung und der Lebensvernichtung, waren bereits Praxis der modernen Fürsorgestaaten des 19. Jahrhunderts.

Wenn Foucault die Versicherungen den "rationellen Mechanismen" der Bio-Politik zuordnet, so spricht er zugleich eine unserer Alltagserfahrungen der Diskriminierung an. Denn die Inanspruchnahme der Versicherungsleistungen ist gekoppelt an die Bedingung einer jahrelangen Zeit der Beitragseinzahlung, insbesondere bei der Rentenversicherung. Welche(r) Krüppelmann/-frau erhält auch eine Lebensversicherung, wenn die Einkommensverhältnisse schlecht und die Lebenserwartung als gering eingestuft wird? Umgekehrt werden die "Unwerten" nicht nur materiell schlechter gestellt, weil sie keine oder zu geringe Versicherungsbeiträge bezahlen. Sie werden darüber hinaus vielfach einem Aussonderungsapparat unterworfen, der letztlich vernichtet. Oder Foucault: "Natürlich verstehe ich unter Töten nicht nur die direkte Tötung, sondern auch das, was indirekter Tod sein kann: den Akt, jemanden dem Tod auszusetzen, für bestimmte das Todesrisiko zu vermehren oder einfach der politische Tod, die Ausweisung, die Verstoßung etc." "Lebendig begraben", so lautet doch eine unserer Alltagsweisheiten zur Charakterisierung der Sondereinrichtungen. Verstanden als "Tod der Lebendigkeit" trifft sie den Kern des Foucault'schen Verständnisses des "Sterben machens" im Rassismus.

Rassismus und Staat

"Sie sehen, daß wir da im Grunde sehr weit von einem Rassismus entfernt sind, der wie herkömmlich nur Verachtung und Haß der Rassen wäre." Denn es sind doch die vielgerühmten Sozialgesetze wie das Bundessozialhilfegesetz, die die Aufrechterhaltung gewährleisten.

In gleichem Maße versuchen staatliche Institutionen auch bei ihrer Politik gegen Ausländer, die rassistische Note zu verschleiern. Nicht erst seit den Asylrechtsänderungen im Grundgesetz hat es die vom Gesetzgeber bestimmten Möglichkeiten der Abschiebung von Flüchtlingen gegeben. Abschiebung? Foucault würde das als indirekten Tod durch Verstoßung und Ausweisung bezeichnen. Spitzfindig wird von den Polit-Managern der CDU/ CSU/FDP/SPD zwischen politischen Flüchtlingen und Wirtschaftsflüchtlingen unterschieden. Erstere sollen Aufnahme finden, womit sich die politsche Prominenz die Weltoffenheit ihrer Republik versichern. Letztere werden abgeschoben. Das heißt, mit der staatlich legitimierten Rückkehr in die Armutsregionen werden die Wirtschaftsflüchtlinge einem "erhöhten Todesrisiko" ausgesetzt.

Angesichts der Tatsache, daß nur die wenigsten Flüchtlinge einen Weg in die reiche Bundesrepublik oder andere Industriestaaten finden, existiert das Todesrisiko für eine ungleich größere Zahl von Menschen. Als vielbeklagter Hunger in der sogenannten 3. Welt hat er Eingang in unsere Medien gefunden. Bereits mit Foucaults Definition "jemanden dem Tod aussetzen" kann das Vorhandensein des (Ver)-Hungerns als Rassismus bezeichnet werden, dies gilt um so mehr, wenn wir die offizielle Politik in diesem Land betrachten. So werden seit Jahren Forderungen der armen Länder nach einer gerechten Weltwirtschaftsordnung abgeblockt, werden Knebelverträge bundesdeutscher Banken bei der Kreditvergabe gedeckt und bleibt ein Zustand der Verschuldung und Verarmung, letztlich des Tötens (Foucault) erhalten.

Das Wort "Töten" nimmt natürlich niemand in den Mund. Umgekehrt wird das Szenario einer "Bevölkerungsexplosion" an die Wand gemalt, um uns weiszumachen, die Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika sind eine Bedrohung für uns. Um dem "Ticken der Bevölkerungsbombe" Einhalt zu gebieten, führen die modernen Rassisten von heute umfangreiche Programme durch, mittels derer viele Menschen sterilisiert oder durch Langzeitverhütungsmittel an der Vermehrung gehindert werden. Daß solche Programme unter anderem mit Geldern der Entwicklungshilfe oder Forschungsetats, also vom Parlament bewilligten Mitteln, finanziert werden, sei nur am Rande erwähnt. Es ist eine Politik, die Foucault als das Fundament des Rassismus bezeichnet hat: des "Sterben machens" der "minderwertigen" Spezies.

Diese Politik wird begleitet durch Maßnahmen, die die Vermehrung der "höherwertigen" Spezies zum Ziel hat. In diesem Zusammenhang steht die -218-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Denn mit der Festlegung der Beratung auf Austragung einer Schwangerschaft bei gleichzeitiger Aushöhlung der bisher gültigen Notlagenindikation hat das Staatsorgan des Gerichts der Pflicht zum Kind Verfassungsrang eingeräumt. Nur unter erschwerten Bedingungen soll die Verhinderung des Nachwuchses, sprich Abtreibung, zugestanden werden. Daß dabei

der eugenisch indizierte Schwangerschaftsabbruch eine Form des Rassismus ist, ist offensichtlich. Werden damit doch die als "minderwertige" Spezies definierten behinderten Kinder am Leben gehindert.

Ausblick in eine mörderische Zukunft

Wenn Foucault den Rassismus als kriegerische Beziehung beschreibt, wobei die "höherwertige Rasse" die "minderwertige" tötet, um zu überleben, so handelt es sich um eine mittelbare Verbindung von Lebensvernichtung und Lebensoptimierung. Denn mit der Vernichtung der "minderwertigen Rasse" wird die Größe der "hochwertigen Rasse" nicht unmittelbar beeinflußt. Umgekehrt wird auch eine Geburtenförderungspolitik bei der "hochwertigen Rasse" keine direkte Wirkung auf die Vernichtung der "Minderwertigen" haben. Rassismus nach Foucault bedeutet also, die unterschiedlichen Maßnahmen der Lebensoptimierung so zu gestalten, daß sich die "werte" Spezies maximal vermehren kann und die "unwerte" maximal getötet wird.

Es ist Günther Anders' Verdienst, den qualitativen Sprung beschrieben zu haben, nämlich die unmittelbare Verwertung der Vernichteten zur Lebensoptimierung. Es ist die Verwandlung des Menschen zur Ressource. Anders: "Die Verwandlung des Menschen in Rohstoff hat wohl (wenn wir von Kannibalen-Zeiten absehen) in Auschwitz begonnen. Daß man aus den Leichen der Lagerinsassen (die selbst bereits Produkte waren, denn nicht Menschen wurden getötet, sondern Leichname hergestellt) gewiß die Haare und die Goldzähne, wahrscheinlich auch das Fett entnahm, um diese Rohstoffe zu verwenden, das ist ja bekannt."

Gleich einer Kuh, deren Haut zu Leder verarbeitet wird, wurden im Faschismus Menschen zu verwertbaren Nutztieren degradiert und ihre Körperteile zu Konsumprodukten verarbeitet. Nutztiere? Die Betonung liegt auf Tiere. Wahrscheinlich ist das der Ort, wo Bio-Ethiker a la Peter Singer wirken, wenn sie das Dogma von der "Heiligkeit des Lebens" und den sogenannten Speziezismus kritisieren. Denn mit solchen Ansätzen, die behaupten, es gäbe Menschen, die auf oder unterhalb der Stufe der Tiere stünden, schließen sie Menschen vom Mensch-Sein aus und machen sie zum bearbeitbaren Rohstoff. Die Folgen eines solchen Denkens sind bekannt. Nicht nur, daß "unwerte" Frauen wie in der Tierzucht als Gebärmaschinen (offiziell Leihmütter) mißbraucht werden, auch behinderte Kinder wie anenzephale Neugeborene, dienen als biologisches Material für Organstransplantationen oder Zelltherapien.

Es geht künftig aber nicht nur um behinderte Neugeborene wie bei Singer & Co. Das zu erwartende Transplantationsgesetz wird uns alle zu potentiellen Organspendern oder Rohstoff für die Lebensoptimierung (Foucault) machen. Dies gilt flächendeckend. In Anlehnung und Weiterentwicklung Foucaults heißt das: "Sterben machen, um Leben zu machen" oder, um es mit Günther Anders' Worten auszudrücken: "Nicht Sterbliche sind wir Heutigen, primär vielmehr Ermordbare." ■

Volker van der Locht, Essen

Literatur:

Anders, Günther: Die Antiquiertheit des Menschen. Bd. 2, 4. Aufl., 1992
Foucault, Michel: Leben machen und Sterben lassen. Zur Genealogie des Rassismus. in: Lettre international, Heft 20, Frühjahr 1993
Peukert, Detlef: Grenzen der Sozialdisziplinierung. Köln 1986

Wie können wir Widerstand leisten - zwischen Angst und Wut?



Mit der Frage nach dem "wie" scheint die Frage nach dem "ob" bereits positiv beantwortet. Die Frage nach dem "wogegen Widerstand leisten" muß jedoch vor dem "wie", den Formen und Möglichkeiten, gestellt werden.

Daß wir in einem kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystem leben, ist eine Binsenwahrheit. Die Kriterien der kapitalistischen Bewertung von Menschen sind: weiß, männlich, heterosexuell, nichtbehindert und mittelständisch orientierter Metropolenbürger. Die Zuteilung der sozialen und ökonomischen Privilegien richtet sich dabei danach, wie nah Mensch diesem Ideal kommt. Das sind auch in den Metropolen immer weniger, weil immer mehr Menschen an den Rand gedrängt werden. Sie sind nicht mehr marktgerecht verwertbar. Die geschichtliche Erfahrung zeigt, daß die Durchsetzung dieser Verwertungskriterien die Existenz der Menschheit bedroht. Es ist dies die Logik, die Auschwitz möglich machte.

Heute werden keine Tötungsfabriken mehr gebaut, sondern durch dezentrale, bevölkerungspolitische Maßnahmen dieselben Ziele angestrebt. Massensterilisationen und Zwangsabtreibungen an schwarzen Frauen im Süden und Krüppelfrauen in den Metropolen sind die eine Seite. Die andere Seite ist der Versuch, mittels Entschlüsselung des menschlichen Genoms, die daran anschließende Manipulation des Erbmaterials sowie die Aufzucht von Embryonen außerhalb des Mutterleibs.

Die Durchsetzung von Humangenetik und Pränataldiagnostik auf "freiwilliger" Basis sind dabei Werkzeug und Zwischenschritt, um die Menschenzüchtung endgültig zu realisieren.

Für Alles suchen sie Gene. Für die Liebe, den Suff und den Kommunismus. Sie suchen ein Gen für Terrorismus, wie sie den berechtigten Widerstand nennen. Immer mehr gesellschaftliche Widersprüche werden biologisch erklärt. Das fängt an bei der sogenannten Überbevölkerung, die für den Hunger verantwortlich sein soll und endet bei Kriterien für Lebenswertigkeit. Wer nach diesen Definitionen keinen Wert (mehr) hat, gilt nicht länger als Mensch, verliert jeden Anspruch auf Würde und Lebensrecht, darf wie Müll umgehend vernichtet werden, falls nicht zuvor Recyclingverfahren angewendet werden können. Die ethischen Bemäntelungsversuche der Nützlichkeitsphilosophie der Präferenz-Utilitaristen sind nichts anderes als die Fortsetzung des faschistischen Menschenbildes. Gegen dieses faschistisch-rassistisch-sexistische Ideal von Gesundheit, Reichtum und "Jeder ist sich selbst der Nächste", den tragenden Strukturen und Befürwortern, muß Widerstand geleistet werden.

Imperialistische Kolonialpolitik, die Entwicklung des Kapitalismus, der nicht vollzogene Bruch zur faschistischen Durchdringung aller gesellschaftlichen Bereiche des NS und die durch diese Kontinuitätslinie bestimmte Politik der BRD, ist längst nicht mehr auf dieses Land begrenzt, sondern die Grundlage für das als "one world" bezeichnete, angestrebte Herrschaftssystem.

Widerstand soll mit allen Mitteln wie einbinden, psychiatrisieren, biologisieren, kriminalisieren und physische Vernichtung verhindert werden. Dies gilt sowohl für Menschen, die sich für den bewaffneten Kampf entschieden haben, als auch für diejenigen, die diesen Widerstand mit anderen Formen leisten. Als Beispiel dafür der 129a: Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, der auch auf Gentechnologie-GegnerInnen angewendet wurde.

Widerstand zu leisten, ist sicher keine Frage der körperlichen Kraft oder Funktionsfähigkeit. Die Grundlagen von Widerstand sind die Aufdeckung der Strukturen und ihrer Funktionsweisen auf allen Ebenen sowie, die Beteiligung zu verweigern. So gesehen, könnte die Frage auch lauten: Wie wollen wir Widerstand leisten? Oder, um nicht selbst zu TaterInnen zu werden: Wie müssen wir Widerstand leisten? Die Notwendigkeit, Widerstand zu leisten, ergibt sich nicht ausschließlich daraus, daß wir zu den Ausgegrenzten und Angegriffenen gehören, sonderen insbesondere, weil wir Teil der bestehenden Strukturen durch die Geschichte und "Staatszugehörigkeit" sind. Darüber hinaus ist es systemkonform, also menschenverachtend, andere vorzuschieben, damit sie "die Kohlen aus dem Feuer holen". Die Begründung dafür ist gleichgültig, da Jede/r ihren/seinen Teil an Verantwortung hat und über den Umgang damit entscheidet.

Die Formen des Widerstandes sind so vielfältig, daß sie unmöglich aufzuzählen sind. Sie reichen vom mündlichen und schriftlichen "Nein-sagen" über alle nur denkbaren Aktionen bis zum bewaffneten Kampf. Welche Form möglich und wirksam ist, kann nicht pauschal entschieden werden. Eine echte Kooperation mit Befürwortern und Integration in die angesprochenen Strukturen ist jedoch generell zum Scheitern verurteilt und wird im Höchstfall die eigene Ausgrenzung und Vernichtung lediglich hinauszögern. Zwei Beispiele, daß Widerstand zu leisten, auch unter extremen Bedingungen möglich ist, sind: Der Widerstand in den Konzentrationslagern im NS und der, in Isolationsfolter gehaltenen, politischen Gefangenen der BRD.

Wer versucht, andere gesellschaftliche Strukturen zu entwickeln und sie auch durchzusetzen, ist in ihren Augen ein krankhafter Querulant und wird deswegen weggesperrt in die Psychiatrie oder in den Knast. Ihre Strategie scheint aufzugehen: Auch die bisherige überzeugte Linke und sich kritisch gebärdende KrüppelInnen haben die Tragweite der kapitalistischen Verwertungskriterien nicht erkannt und zum Teil selbst verinnerlicht. Die Tötung von Behinderten, Kranken und alten Menschen wird auch von KrüppelInnen für diskutierbar gehalten. Inzwischen ist es für linke Frauen selbstverständlich, die vorgeburtliche Diagnostik zu nutzen, um ja kein behindertes Kind zu bekommen. Sie bezeichnen dies als "freie Entscheidung" und erhalten für die Begründung auch noch von Krüppelfrauen Absolution. KrüppelInnen begeben sich mit Versprechungen auf Anerkennung, Sendezeit und anderen Privilegien auf Talkshows, Kongresse etc. und beteiligen sich so an der Verwirklichung der mörderischen Ziele und am Verfeinern der dazu notwendigen Strukturen.

Gleichzeitig gibt es hier eine Kontinuität von Widerstand und Menschen, die begriffen haben, daß nur entschiedenes Handeln eine Chance für gesellschaftliche Veränderung eröffnet. Widerstand ist zur Zeit davon geprägt, etwas nicht zu wollen und davon, ein um's andere Mal zu versuchen, ihre Projekte zu verhindern. Gesellschaftliche Veränderung heißt aber mehr. Es bedeutet, nach den Umbrüchen der letzten Jahre, neue Werte und Kriterien zu entwickeln und gleichzeitig, entsprechende Strukturen aufzubauen. Die Entscheidung dafür, weiter Widerstand zu leisten oder überhaupt damit anzufangen, ist immer noch existenziell. Denn Schweigen heißt immer noch mitmachen. Die Widersprüche sind nach wie vor unversöhnlich: Für das Leben und die Freiheit zu kämpfen, heißt gegen dieses System zu sein, das das Lebensrecht der Mehrheit der Menschheit bedroht.

Wer nicht mitmacht, sich und andere Werte entgegenstellt und mit den jeweils entsprechenden Möglichkeiten kämpft, bekommt es zu spüren: Sie/er wird Respressionen ausgesetzt. Selbstverständlich gibt es auch hier ein abgestuftes Sortierungsverfahren. Es umfaßt Methoden von belächeln, diffamieren, ausgrenzen und in entsprechend konzipierten Institutionen (Heim, Psychiatrie, Knast, Hochsicherheitstrakt) zu zerstören und sie scheuen auch vor Tötungen nicht zurück. Als jüngstes Beispiel ist Wolfgang Grams zu gedenken, der seinen entschiedenen Widerstand mit dem Leben bezahlte. Er wurde am 27.6.93 durch einen aufgesetzen Kopfschuß förmlich hingerichtet.

Dies und die gesellschaftliche Situation machen Angst: Angst vor Übergriffen auf der Straße, Angst vor dem Entzug der materiellen Lebensgrundlagen, Angst, das Lebensrecht zu verlieren, Angst, den Repressionen standhalten zu können, wenn frau/mann sich wehrt, Angst, daß die (eigenen) Kräfte nicht ausreichen, um die angestrebten Ziele zu erreichen. Ängste sind Reaktionen auf reale, gefährliche Situationen mit sozialen Ursachen, Wirkungen und Folgen. Da soziale Situationen veränderbar sind, sind wir auch den Ängsten nicht schicksalhaft ausgesetzt. Die Funktionalisierung der Angst als Teil der Machtstrukturen aufzudecken, ist ein Teil ihrer Bewältigung. Ein anderer ist, sich nicht in der "ohnmächtigen Wut" zu verlieren, die entweder zu verschleißendem Aktionismus führt - und/oder nach dem (so) Ausbleiben dauerhafter Erfolge, die Wut auf einfacher zu erreichende "Gegner", wie Genossen oder sich selbst zu richten. Dies führt nicht nur zu einem Gefühl von Hilflosigkeit und zur Resignation, sondern nützt vor allem dem System nach dem Motto "teile und herrsche".

Die Kraft, die aus der berechtigten Wut gezogen werden kann, läßt sich sinnvoll nutzen, wenn frau/mann bedenkt: "... daß es in der Auseinandersetzung um eine neue politische Grundlage jetzt ganz entscheidend darum gehen wird, dieses "Übermachts-Denken" aufzubrechen - daß der Staat so stark ist, daß wir doch nie durchkommen mit unseren Zielen - und das Subjekt neu herausholen im ganzen politischen Begriff und Bewußtsein. ... Denn mit dieser Übermacht waren und sind ja wir genauso konfrontiert, wir sind genauso durch Niederlagen und Einbrüche gegangen, wie alle hier in diesen 25 Jahren. Aber unser Verhältnis war nie, daß deswegen nichts möglich ist in diesem Land. Es stimmt ja auch nicht, unsere Erfahrung ist genau, daß sehr viel möglich ist, wenn wir nicht stehenbleiben und uns den politischen Zugriff auf die sich verändernden Bedingungen immer wieder neu erkämpfen." (Zitat aus einem veröffentlichten Brief von Brigitte Mohnhaupt) ■

Hannelore Witkofski, Hamburg

Weil aus Holland nicht nur Käse kommt...

Beispiele antirassistischer Praxis in den Niederlanden, Berlin und Nordrhein-Westfalen

Antirassistische Praxis in den Niederlanden am Beispiel von RADAR und ARIC

Mitten im Zentrum von Rotterdam - das durch einen deutschen Luftangriff im Mai 1940 dem Erdboden gleichgemacht wurde - teilen sich zwei Organisationen eine Büroetage, die auf ihren Gebieten mittlerweile eine bedeutende Rolle in der niederländischen Anti-Rassismus-Bewegung spielen: der Rotterdamer-Anti-Diskriminierungs-Aktions-Rat (RADAR) und das landesweite Anti-Rassismus-Informations-Centrum (ARIC).

Im folgenden Bericht sollen die Arbeit dieser zwei Organisationen sowie einige Hintergrundinformationen über die Niederlande dargestellt werden. Ich schreibe dies nicht ohne Hintergedanken: Mittlerweile wurde in Berlin als Gemeinschaftsprojekt verschiedener Berliner Organisationen ebenfalls ein "interkulturelles, antirassistisches Zentrum ARIC-Berlin" gegründet; der Aufbau eines Anti-Rassismus-Informations-Centrums für Nordrhein-Westfalen (ARIC-NRW) ist für Ende des Jahres geplant. Der Artikel versteht sich demnach auch als Aufforderung an alle Menschen und Gruppen aus der antirassistischen Arbeit, über ihre Unterstützungsmöglichkeiten für diese Projekte verschärft nachzudenken und möglichst nicht beim Denken stehenzubleiben. (Einige kurze Hinweise und Kontaktadressen für weitere Informationen zu diesen beiden Projekten finden sich am Schluß des Artikels.)

Hintergrund: Rassismus und Anti-Rassismus in den Niederlanden

In den Niederlanden ist alles ganz anders als bei uns, und auch wieder nicht:
Zu dem, was anders ist, gehört beispielsweise das kommunale Wahlrecht für AusländerInnen, eine Reihe von Antidiskriminierungsmaßnahmen im Rahmen einer staatlichen Minderheitenpolitik seit Anfang der 80er Jahre und die Tatsache, daß beinahe die Hälfte der Minderheitenangehörigen die niederländische Staatsbürgerschaft besitzt (das betrifft v.a. Ein-



ARiC

wanderInnen aus den ehemaligen Kolonien Indonesien, Surinam und den niederländischen Antillen. Insgesamt liegt der Anteil der ethnischen Minderheiten, mit und ohne holländischem Paß, an der Gesamtbevökerung bei ungefähr 6,5 %. In der BRD sind es 7,8 %). Diese Rahmenbedingungen schlagen sich positiv in der offiziellen Selbstdefinition der Niederlande als Einwanderungsland, dem bekundeten Willen, die Diskriminierung ethnischer Minderheiten bekämpfen zu wollen, und einem stärkeren Gewicht von MigrantInnen-Organisationen in der Politik nieder. Es gibt eine Vielzahl antirassistischer Projekte und Organisationen, die öffentliche Gelder erhalten, Antirassismusarbeit ist stärker institutionalisiert und wird professionell betrieben.

Auch im Sprachgebrauch gibt es Unterschiede: Während in Deutschland meist von Ausländern oder/und Ausländerfeindlichkeit bzw. Fremdenhaß die Rede ist, sprechen die Politiker und die Medien in den NL über "Allochthone" und "Rassismus" (was sich allerdings in der Umgangssprache kaum durchgesetzt hat, auch hier dominiert der Begriff "Ausländer"). Ein Allochthoner ist kein Ausländer, sondern ein Angehöriger einer ethnischen Minderheit, (der durchaus die nl. Staatsangehörigkeit besitzen kann).

Die eben genannten positiven Merkmale der Niederlande in bezug auf den Umgang mit Einwanderung und Rassismus sind eine Entwicklung der 80er Jahre. Entscheidender Wendepunkt für die niederländiche Regierungspolitik in Sachen Minderheiten stellte die Veröffentlichung des WRR-Rapports im Jahre 1979 dar (WRR = Wissenschaftsrat): Die Idee, daß der Verbleib der EinwanderInnen in den NL zeitlich begrenzt wäre und man sich deshalb nicht weiter um diese Gruppen zu kümmern brauche (wie das vorher der Fall war), wurde von einem offiziellen "minderhedenbeleid" abgelöst. Die Politiker mußten einsehen, daß die NL längst ein Einwanderungsland geworden sind, d.h. die EinwanderInnen sich bleibend niedergelassen hatten. Diese Wende erfolgte wohlgemerkt mit der Einschränkung, daß neuer Einwanderung ein Riegel vorgeschoben werden müsse.

Vorausgegangen waren dieser Entscheidung Proteste und Aktionen (Ende der 70er Jahre), mit denen v.a. die jüngere Generation vom EinwwanderInnen aus den ehemaligen Kolonien eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse einforderte. Sie pochten mit aller Selbstverständlichkeit auf ihr Daseinsrecht in den Niederlanden, und als niederländische Staatsangehörige konnten sie nicht einfach ausgewiesen werden.

Ebenfalls Ende der 70er Jahre meldete sich der organisierte Rassismus in Gestalt der "Volksunie"-Partei zu Wort. Diese Partei plädierte offen für eine weiße Nation und konnte kleinere Wahlerfolge in mehreren Städten verbuchen. Obwohl diese Partei bald verboten wurde, konnte die Existenz von Rassimsus nun nicht mehr (wie bisher) geleugnet werden (wenn auch Rassismus in erster Linie als Problem der kleinen und ungebildeten Leute dargestellt wurde). Dem Verbot der "Volksunie" folgte die Gründung der ebenfalls rassistischen "Centrum Partij", der es 1982 gelang, einen Sitz im niederländischen Parlament zu bekommen.

Diese Phase zu Beginn der 80er Jahre markiert jedoch auch den Beginn einer breiten Anti-Rassismus-Bewegung: Überall in den Niederlanden enstanden örtliche antifaschistische und antirassistische Komitees, die sich mit ihren Aktionen anfangs vor allem gegen den organisierten Rechtsextremismus wandten. Um 1982 besaß jede mittelgroße Stadt in den Niederlanden wenigstens ein solches Komitee. Den meisten dieser Gruppen wurde allerdings bald klar, daß Rassismus längst ein integraler Bestandteil der niederländischen Gesellschaft geworden war, der orga-

nisierte Rechtsextremismus also nur die Spitze des Eisberges darstellte. Dementsprechend wurden die Aktivitäten ausgeweitet - Schulprojekte gestartet, öffentliche Informationsveranstaltungen abgehalten. Trotzdem ging die Bewegung in dieser Breite - wie Carmelita Serkei feststellt - "nach 1984 rasch zurück, zum einen, weil die Welle des Rechtsextremismus wieder abgeklungen war, zum anderen, weil die letztgenannten Aktivitäten nicht so einfach organisiert werden konnten. Außerdem befaßten sich mittlerweile offizielle Organisationen und Institutionen in zunehmendem Maße mit rassistischen Tendenzen" (Carmelita Serkei, S. 491). Serkei, selbst Mitarbeiterin des in dieser Zeit von Organisationen ethnischer Minderheiten gegründeten landesweit aktiven "Anti-Diskriminierungs-Rates" (ADO) in Utrecht, weist kritisch darauf hin, daß "die ethnischen Minderheiten in die Aktivitäten der antirassistischen und antifaschistischen Komitees so gut wie gar nicht eingebunden" gewesen seien (S. 492).
Aus vielen der örtlichen Komitees entstanden die ersten Anti-Diskriminierungs-Büros (ADB's) mit ihren Beschwerdestellen für Menschen, die rassistisch diskriminiert worden waren. Mittlerweile gibt es über 40 solcher ADB's in den Niederlanden. Was ein ADB ist und macht, will ich gleich am Beispiel von RADAR, einem der ersten und größten ADB's, erklären.

Festzuhalten ist an dieser Stelle, daß Rassismus auch in den NL ein tiefgreifendes gesellschaftliches Phänomen war und ist. Das zeigt sich u.a.:

- in einer äußerst restriktiven Flüchtlingspolitik (die Niederlande sind Mitglied im Schengener Abkommen, die Aufnahme von Flüchtlingen beschränkt sich auf einige tausend Menschen pro Jahr),
- Familienzusammenführung und Einwanderung werden zunehmend erschwert,
- die Position der ethnischen Minderheiten hat sich in sozialer Hinsicht während der letzten zehn Jahre trotz zahlreicher administrativer Maßnahmen eher noch verschlechtert (die Arbeitslosenquote liegt bei manchen Gruppen bei über 60 Prozent, im Schnitt bei 40-45 Prozent, während die Arbeitslosenquote für die Niederlande insgesamt bei ca. 14 Prozent liegt),
- erhalten rechtsradikale Parteien immer mehr Zulauf und sind seit den Kommunalwahlen 1990 in vielen Gemeindeparlamenten vertreten.
- ist mit vielfältigen Untersuchungen mittlerweile für nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche die Existenz eines erheblichen Potentials von Rassismus belegt, z.B. Erziehung, Medien, Arbeits-und Wohnungsmarkt, Alltag (was auch wieder für die Niederlande spricht, weil dort im Gegensatz zur BRD schon seit der ersten Hälfte der 80er Jahre zahlreiche empirischen Untersuchungen zum Ausmaß von Rassismus durchgeführt werden).

Nach Einschätzung antirassistischer Organisationen nehmen Rassismus und Diskriminierung auch in den Niederlanden zu, wenn auch nicht in annähernd terroristischem Ausmaß wie bei uns (vgl. dazu den WRR-Rapport von 1989, Motto: Minderheiten sind an ihre Lage selbst schuld, sie müssen härter angefaßt werden).

RADAR (Rotterdamer Anti-Diskriminierungs-Aktions-Rat)

RADAR ist ein unabhängiges Antidiskriminierungsbüro, das von der Stadt Rotterdam finanziert wird. Ziel ist die Auseinandersetzung, Untersuchung und Bekämpfung von institutioneller, struktureller, aber auch individueller Diskriminierung von Minderheitenangehörigen. Seine Gründung im Jahre 1983 ging auf die Initiative des damaligen Rotterdamer Stadtrates zurück, der mit der Bereitstellung von Geldern für diese antirassistische Arbeit auf das Erstarken der rechtsextremistischen "Centrum Partij" reagierte. Die Bereitschaft, sich für ein solches Projekt zu engagieren, ging (und geht) quer durch alle gesellschaftlichen Gruppen und Parteien: So finden sich im Vorstand von RADAR unter anderen Christdemokraten, Kommunisten, Kirchenleute und Unternehmer. Allerdings sind sie nicht namens ihrer Organisation Vorstandsmitglied, sondern als Einzelpersonen. Die praktische Arbeit wird derzeit von sieben festen MitarbeiterInnen - davon drei weißen NiederländerInnen und vier Migrantinnen - und einer großen Zahl von Freiwilligen und PraktikantInnen geleistet.

Wie sieht diese Arbeit nun konkret aus?

Eine türkische Frau will an einem Stand des Rotterdamer Wochenmarktes Schokolade kaufen und wird, während sie das Haltbarkeitsdatum kontrolliert, von dem zuständigen Verkäufer geschlagen: Er stößt die Frau brutal weg und beschimpft sie lauthals. Eine Woche später werden DemonstrantInnen während einer Kundgebung, auf der sie gegen das Verhalten des Mannes protestieren, von einer Verkäuferin desselben Marktstandes beleidigt und mit rassistischen Sprüchen beschimpft.
Die Betroffenen melden die Vorkommnisse dem RADAR-Klachtenmeldpunt (Beschwerdestelle). In gemeinsamen Gesprächen wird zunächst beschlossen, in beiden Fällen Anzeige bei der Polizei zu erstatten. Darüberhinaus nimmt RADAR Kontakt mit dem für die Anmeldung von Marktständen zuständigen Ordnungsamt auf und reicht Beschwerde gegen den Marktverkäufer ein. Mit Erfolg - dem Mann wird für die Dauer von drei Monaten der Verkauf auf dem Wochenmarkt untersagt. Die Ergebnisse der polizeilichen Anzeigen sind zur Zeit noch nicht bekannt.

Soweit ein typischer Fall aus der alltäglichen Arbeit des RADAR-Klachtenmeldpunts: Betroffene von rassistischer Diskriminierung melden sich und werden über ihre Möglichkeiten informiert, gegen die Diskriminierung vorzugehen. Die konkreten Schritte, die dann unternommen werden, sind je nach der Art des Falles, den rechtlichen und politischen Möglichkeiten und den Wünschen der Betroffenen, die oft aus Angst anonym bleiben wollen, sehr verschieden: Die Aktivitäten von RADAR reichen von einfacher Beratung und der Vermittlung von Gesprächen zwischen den Betroffenen (etwa bei Nachbarschaftkonflikten) bis hin zu offiziellen Beschwerden bei Verbänden oder Behörden, Pressekampagnen und gerichtlichen Auseinandersetzungen. Gerade bei juristischen Klagen zeigt sich jedoch, wie schwierig es ist, effektiv gegen rassistische Diskriminierung vorzugehen: Trotz eindeutigen Diskriminierungsverbots in der Verfassung und diverser strafrechtlicher Bestimmungen gelingt es nur selten, diskriminierende Äußerungen oder Handlungen gerichtsverwertbar nachzuweisen - die Mehrzahl der Klagen über Diskriminierung bewegt sich in der Grauzone des nur schwer dingfest zu machenden alltäglichen Rassismus, dem Angehörige der ethnischen Minderheiten beinah überall und ständig ausgesetzt sind.

Wenn auch die Bekämpfung der Diskriminierung auf individueller Ebene im konkreten Fall nicht immer Erfolg verspricht, so erfüllt der RADAR-Klachtenmeldpunt doch eine andere, äußerst wichtige Funktion: Über die genaue Registrierung vieler Einzelfälle wird es möglich, auf die dahinterliegenden Strukturen rassistischer Diskriminierung aufmerksam zu machen.

Von den insgesamt 439 registrierten Beschwerden im Jahr 1991 bilden z.B. die Kategorien Diskriminierung im Wohnviertel/Nachbarschaft, Diskriminierung auf dem Arbeidsmarkt und Diskriminierung durch Behörden und öffentliche Einrichtungen (hier v.a. der Polizei) mit Abstand die größten Gruppen. Obwohl sich in den eingehenden Beschwerden immer nur die Spitze des Eisberges zeigt, läßt die Häufigkeit der Beschwerden Rückschlüsse auf die Existenz struktureller Bedingungen von Rassismus zu und kann die Notwendigkeit von Gegenmaßnahmen etwa gegenüber Behörden oder der Polizei belegen.

Die Bekämpfung von Diskriminierung auf struktureller und institutioneller Ebene ist die eigentliche Hauptaufgabe von RADAR. Schwerpunkte dieser Arbeit sind die Sektoren: Bildungswesen, Arbeitsmarkt, Polizei/Justiz, Wohnungsmarkt und Öffentlichkeitsarbeit. Innerhalb von RADAR gibt es für jeden dieser Bereiche Arbeitsgruppen, die sich aus unterschiedlichen 'Fachleuten' (JuristInnen, SozialarbeiterInnen, LehrerInnen etc.) zusammensetzen und die festen RADAR-MitarbeiterInnen ehrenamtlich unterstützen. So beschäftigt sich

IMPRESSUM

Herausgeber:
"krüppeltopia" e.V. - Verein zur Förderung der Emanzipation Behinderter, Mombachstraße 17, 34127 Kassel,
Tel.: 0561 / 8 45 78

Ressorts & Redaktionsadressen

Anzeigenverwaltung:
Redaktion Berlin, Ursula Aurien,
Barbarossastraße 24,
10779 Berlin
Tel.: 030 / 2 18 43 76

Abo & Vertrieb:
Redaktion Kassel, Jörg Fretter,
Mombachstraße 17,
34127 Kassel,
Tel.: 0561 / 8 45 78; Fax 0561 / 89 65 32

Redaktion Essen, Ulrike Lux,
Huttropstraße 41,
45138 Essen,
Tel.: 0201 / 27 49 16

Ständige MitarbeiterInnen:
Ursula Aurien (Berlin), Ulrike Lux (Essen), Michael Knuffmann (Krefeld), Thomas Schmidt (München), Jörg Fretter (Kassel)
V.i.S.d.P.

Die Cassettenausgabe der randschau wird betreut durch Valeska Wnuck, Brentanostraße 50, W - 3500 Kassel

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Wir freuen uns natürlich auch über unverlangt eingesandte Beiträge und Infos. Um uns die Bearbeitung auf dem PC zu erleichtern, nehmen wir am liebsten Texte, die unformatiert auf WORD (alle Versionen) geschrieben wurden. Als Speichermedien bitte nur 3,5" und 5,25" Disketten verwenden.

ABO Preise:
Preis für 5 Ausgaben 25,- DM (1 Doppelnummer) / Ausland 35,- DM / auf Cassette 30,- DM / Cassette & Schwarzschrift 40,- DM / Einzelpreis 5,- DM / (Doppelnummer 7,- DM)

Bankverbindung:
Stadtsparkasse Kassel (BLZ: 520 501 51)
Konto-Nr.: 1009 422 Stichwort "krüppeltopia" e.V./die randschau

Auflage: 2.500

Titelfoto: UMBRUCH-Bildarchiv, Berlin

Satz:
LaserPrint, Elfbuchenstr. 5, Kassel

Druck:
COPY-Team, Holl.Str. 36-38, Kassel

die Arbeitsgruppe 'Arbeidsmarkt' z.B. mit dem Thema 'Positive Aktion' (eine Art Quotierung für MigrantInnen) und 'Contract Compliance' (Letzteres würde die Gemeinde Rotterdam verpflichten, Aufträge nur noch an solche Betriebe zu vergeben, die selber einen 'positiven Aktionsplan' für die Beschäftigung von MigrantInnen entwickelt haben): Wird das von der Gemeinde gesteckte Ziel eingehalten? Wie können Betriebe dazu bewogen werden, 'Positive Aktion' anzuwenden? Welche Widerstände gibt es? Was für Gestzesänderungen müßten stattfinden?
Die Arbeitsgruppen setzen sich immer wieder mit Behörden, Betrieben usw. auseinander, um ihnen Vorschläge und Kritiken zu unterbreiten. Ebenso führt RADAR eigenständige Untersuchungen zu den verschiedenen gesellschaftlichen Formen von Diskriminierung durch und veröffentlicht sie: Zur Zeit wird beispielsweise über Diskriminierung in Stellenanzeigen und bei Bewerbungsprozeduren geforscht.

Immer wieder wird RADAR auch von sich aus aktiv, wenn in der Stadt rassistische Vorfälle bekannt werden; gegen Diskriminierung soll auf allen Ebenen der Gemeindepolitik vorgegangen werden: So wurde im Juli 1991 bekannt, daß Taxifahrer nach "Farbigen" Ausschau hielten, die angeblich einen ihrer Kollegen während einer Messerstecherei getötet hatten. Auf's Geratewohl wurden in Frage kommende Leute angehalten und agressiv beschimpft. RADAR nahm daraufhin - und weil sich schon früher eine enge Verbindung von Taxivereinen und rechtsextremen Kreisen herausgestellt hatte - Kontakt mit dem Vorstand der Rotterdamer Taxi-Zentrale auf, um einen antirassistischen Verhaltenskodex für Taxifahrer auszuhandeln und KundInnen Beschwerdemöglichkeiten über diskriminierendes Verhalten einzuräumen. Trotz zahlloser Gespräche und erster Vereinbarungen gab es allerdings bis jetzt kein Resultat in dieser Richtung.

Ein anderes Beispiel: Im Oktober letzten Jahres äußerte sich ein prominentes Ratsmitglied öffentlich über "kriminelle türkische Jugendliche" und erklärte, daß bekanntermaßen gerade türkische Familien Mehrfachbezieher von Sozialhilfe seien. Zusammen mit türkischen MigrantInnen-Organisationen intervenierte RADAR erfolgreich gegen diese rassistischen Äußerungen: Das Ratsmitglied mußte unter öffentlichem Druck die betreffenden Äußerungen zurücknehmen, sein Verhalten wurde vom Stadtrat offiziell verurteilt.

Neben der hauptsächlichen Arbeit auf lokalem Niveau ist RADAR als eines der größten und ältesten Anti-Diskriminierungs-Büros auch überregional aktiv: RADAR ist Mitinitiator der landesweiten Vereinigung der niederländischen Anti-Diskriminierungs-Büros, die vor allem die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen ADB's koordiniert, gemeinsame Kampagnen organisiert und sich für eine bessere finanzielle Austattung einsetzt. Letzteres ist dringend notwendig, da nur wenige der insgesamt 46 ADB's über eine vergleichbare finanzielle und personelle Ausstattung verfügen können wie RADAR - die meisten ADB's erhalten nur wenige oder keine öffentlichen Gelder und verfügen kaum über hauptamtliche MitarbeiterInnen.

Die RADAR-MitarbeiterInnen begreifen sich und ihre Arbeit vor allem als pragmatisch, zu radikaleren Methoden greift man erst, wenn alles andere versagt: Schon der Name ist Kompromiß und Programm zugleich - es wurde bewußt auf den Begriff Rassismus verzichtet, um niemanden von vornherein abzuschrecken. Man scheut sich nicht nur nicht, mit Parteien, Polizei, Behörden und Unternehmern zusammenzuarbeiten, sondern hält dies für unvermeidlich, um Fortschritte gegen rassistische Diskriminierung durchsetzen zu können. Während RADAR in der Anfangsphase meist noch selbst auf die Existenz von Diskriminierung hinweisen mußte, gibt es nach Einschätzung der MitarbeiterInnen mittlerweile ein breiteres Problembewußtsein, das sich schon allein darin zeige, daß die Organisation häufig von den unterschiedlichsten Institutionen und Einrichtungen der Stadt um Unterstützung gebeten werde: sei es, daß die Polizei antirassistische Trainingskurse für ihre Kader durchführt, die regionale Presse um Informationen bittet oder die bürgerlichen Parteien um Argumentationshilfen fragen, wie sie sich den rechtsextremem Centrumsdemokraten gegenüber verhalten sollen. Bisher jedenfalls, so die Einschätzung der MitarbeiterInnen, hat "der gute Ruf, den wir mittlerweile haben", RADAR nicht davon abgehalten, Konflikte mit offiziellen Stellen notfalls mit öffentlichkeitwirksamen und juristischen Mitteln anzugehen. Ebenso wird mit den verschiedenen MigrantInnen-Organisationen eng zusammengearbeitet und Kontakt zu den örtlichen Antifa-Kommitees gehalten, mit denen es gerade zu Beginn der Arbeit immer wieder harte Auseinandersetzungen über die 'pragmatische Linie' von RADAR gab. Inzwischen und mit dem Abbröckeln der Antifa-Bewegung in den letzten Jahren geht man eher arbeitsteilig vor, vor allem, was den Informationsaustausch betrifft: Die Antifa-Gruppen melden rassistische Vorfälle oder Entwicklungen an RADAR, und umgekehrt gibt RADAR punktuell Informationen weiter, an die Antifa-Gruppen sonst eher nicht herankommen. So geschehen bei einem geplanten neofaschistischen Skinhead-Konzert im September 1992, das vom Bürgermeister der Stadt letztlich verboten wurde.

ARIC (Anti-Rassismus-Informations-Centrum)

ARIC ist ein landesweites antirassistisches Informationszentrum, das innerhalb der Anti-Rassismus-Bewegung in den Niederlanden mittlerweile eine zentrale Position

als Informationsstelle einnimmt. Finanziert wird ARIC hauptsächlich vom Ministerie van Welzijn, Volksgezondheid en Cultuur, dem Sozial- und Kulturministerium. Neben den drei festen MitarbeiterInnen (zwei weiße Niederländer und eine Migrantin) arbeiten ständig deutsche Freiwillige von Aktion Sühnezeichen, Friedensdienste sowie eine große Zahl freier MitarbeiterInnen und PraktikantInnen mit (z.Z. etwa sieben).

Die Geschichte ARICs ist eng mit der von RADAR veknüpft: Bald nach der Eröffnung des RADAR-Büros häuften sich die Anfragen nach Informationen über Rassismus und Diskriminierung derart, daß 1984 beschlossen wurde, eine eigene und organisatorisch getrennte Organisation für antirassistische Informations-und Aufklärungsarbeit ins Leben zu rufen.

Kernstück von ARIC ist die Bibliothek: ARIC sammelt Hintergrund- und Projektmaterial zu (Anti-)Rassismus, (Anti-)Diskriminierung und der gesellschaftlichen Situation der ethnischen Minderheiten. Das Archiv umfaßt derzeit 5000 Titel mit einem wachsenden Anteil an Publikationen in deutscher und englischer Sprache. Neben Büchern, Zeitschriften und Broschüren finden sich darunter auch Projektmaterialien, Videofilme und Ausstellungen. Alle Publikationen sind für die BenutzerInnen zugänglich und können ausgeliehen, kopiert oder auf Wunsch zugeschickt werden.

Die ARIC-Bibliothek ist in verschiedene Bereiche unterteilt:
● Grundlagenliteratur über (Anti-)Rassismus, (Anti-)Diskriminierung, Antisemitismus, Apartheid, Vorurteile
● Hintergrundmaterial über rassistische Entwicklungen, rechtsextreme Parteien und Gruppen
● Projektmaterial für die antirassistische Arbeit (Aufklärungsbroschüren, Aktionsvorschläge, Unterrichtsmaterial, antirassistische Trainingskurse, Ausstellungen)
● Informationen über die allgemeinen Lebensverhältnisse und die gesellschaftliche Stellung der ethnischen Minderheiten in den Niederlanden (unterteilt in die Bereiche: Bildung und Erziehung, Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt, Gesundheitsfürsorge, Recht, Medien, Kultur und Sport, Stadtteilarbeit)
● politische Maßnahmen und Strategien von Staat, Parteien, Kirchen, antirassistischen Verbänden und Initiativen, MigrantInnenorganisationen
● Die Situation der Flüchtlinge
● Literatur von und über MigrantInnen

Grundsätzlich begreift sich ARIC als eine Art Dienstleistungszentrum für Informationsbeschaffung, -verteilung und Beratung: Einzelpersonen, Gruppen, Organisationen, Behörden etc., die zu ARIC Kontakt aufnehmen, sollen die Möglichkeit erhalten, schnell und umfassend an Informationen zu gelangen und in ihrer Arbeit gegen Rassismus unterstützt werden.

Anders als bei herkömmlichen Bibliotheken beraten die MitarbeiterInnen auf Wunsch bei der Auswahl von geeignetem Material, Beschaffung von Hintergrundinformationen oder der Beantwortung von Spezialfragen.
Es wird versucht, so weit wie möglich auf die Bedürfnisse jedes einzelnen Fragestellers einzugehen: Einem Lehrer, der für ein Antirassismusprojekt nur drei Unterrichtsstunden aufbringen kann, wird kein sechsstündiges aufgedrängt. In Absprache mit den KundInnen stellt ARIC ein "maßgeschneidertes" Paket zusammmen - dabei bemühen sich die MitarbeiterInnen soweit wie möglich Faktoren wie Zeit, Zusammensetzung der Zielgruppe, methodische und thematische Erfahrung, persönliche Interessen, eventuelle Konflikte, Kosten etc. zu berücksichtigen.

Ebenso bietet ARIC Hilfestellung bei der Organisation von Workshops oder Kursen, der Vermittlung von ReferentInnen, der Erstellung von Literaturlisten, Informationspaketen etc.. Nur in Ausnahmefällen ist ARIC selbst Projektträger, es geht darum, bereits bestehende antirassistische Ansätze praktisch zu unterstützen und nicht ins Leere laufen zu lassen. Besonders Menschen mit geringen finanziellen Mitteln sollen dabei unterstützt werden. SchülerInnen und StudentenInnen etwa zahlen lediglich Porto- und Kopiekosten. Von besser ausgestatteten Klienten wird eine etwas umfangreichere Kostenbeteiligung erwartet.

Wie bei RADAR die Beschwerden, so werden bei ARIC Anzahl und Art der eingehenden Anfragen genauestens registriert: Seit seiner Gründung 1984 ist die Zahl der jährlich aus dem In- und Ausland eingehenden Informationsanfragen kontinuierlich gestiegen. Von den 1837 registrierten 'intakes' (Anfragen) im Jahr 1992, eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr von 50 Prozent, kamen fast ein Drittel aus dem Bildungsbereich: dahinter verbergen sich z.B. SchülerInnen, die Referate erstellen, StudentInnen auf der Suche nach Literatur, wissenschaftliche Forschungsvorhaben und LehrerInnen, die Projektmaterial für antirassistische Erziehung haben wollen. Andere große 'Benutzergruppen' sind Antidiskriminierungs-Büros, (lokale) Behörden, Stadtteilorganisationen und Jugendzentren. Die Anfragen kommen aus dem ganzen Land und werden oftmals von den anderen großen Antirassismus-Organisationen wie der Anne-Frank-Stiftung oder dem Landesweiten Büro für Rassismusbekämpfung (LBR) an ARIC durchverwiesen. Steigende Tendenz weisen auch die Anfragen aus dem Ausland auf, wobei hier vor allem Belgien und die BRD zu nennen sind.
Ein anderer Schwerpunkt der Arbeit von ARIC ist die Zusammenstellung und Herausgabe antirassistischer Publikationen und Aufiärungsmaterialien: Die Themen reichen von Sport und Diskriminierung, Rechtsextremismus in den Niederlanden und der BRD bis hin zu Utopien von MigrantInnen. Gemeinsam mit dem Landesweiten Antidiskriminierungs-Rat wurde im letzten Jahr ein "Antirassismus-Reader" publiziert, der ein umfangreiches Adressen-Verzeichnis antirassistischer Organisationen und Projekte sowie eine Kurzbeschreibung ihrer Arbeit enthält.

Schließlich versucht ARIC, die Vernetzung der Antirassismus-Bewegung in den Niederlanden voranzutreiben: Von besonderer Bedeutung war hierbei der Aufbau eines Informations- und Aufklärungsnetzwerkes mit über 40 Antidiskriminierungs-Büros. Ziel dieser Zusammenarbeit ist die Effektivierung antirassistischer Aufklärungsarbeit: Weiterreichende und spezialisierte Anfragen werden von den lokalen ADB's an ARIC weitergeleitet, während jene für die Vermittlung von eher allgemeinen Informationen zuständig sind. Kernstück der Vernetzung ist das eigens für ARIC entwickelte Computerprogramm ARICbase: Darin ist der gesamte Bibliotheksbestand gespeichert und auf einfache Weise auch für Laien zugänglich. Jeder Titel ist neben den üblichen Angaben mit einer kurzen Inhaltsangabe versehen und mit einem Schlagwortsystem auffindbar. Mit finanzieller staatlicher Hilfe wurde ARICbase mittlerweile von den am Netzwerk beteiligten Organisationen angeschafft und erleichtert so die Informationssuche vor Ort.

ARIC in Berlin und Nordrhein-Westfalen

Wie eingangs bereits erwähnt, gibt es auch in Berlin und Nordrhein-Westfalen erste konkrete Schritte zum Aufbau von Anti-Rassismus-Informations-Centren. Auch wenn beide Vorhaben in teilweiser Zusammenarbeit und mit Unterstützung von ARIC Rotterdam zustande kamen und sich in ihren Konzeptionen an dem Rotterdamer Vorbild orientieren, handelt es sich doch um selbständige Projekte mit jeweils spezifischer Ausformung:
ARIC-Berlin versteht sich als Gemeinschaftsprojekt verschiedener Berliner Organisationen und trägt damit selbst Netzwerk-Charakter.
Beteiligt sind an dem Projekt u.a.:
● "Verband der Initiativen in der Ausländerarbeit VIA e.V.- Landesverband Berlin-Brandenburg" (Träger des Projektes)
● "Stiftung Europäische Interkulturelle Kommunikation" (EIK)
● "Dokumentations- und Beratungszentrum für interkulturelle Arbeit in der Kulturinitiative '89 - Gesellschaft für demokratische Kultur e.V."
● "Antirassistische Initiative Berlin"
● "Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen e.V." (RAA)

Der Schwerpunkt des interkulturellen, antirassistischen Zentrums ARIC Berlin liegt in der computergestützten Dokumenta

tions- und Beratungsarbeit. Auf Grundlage der deutschen Version von ARICbase werden bereits seit Mai 1993 deutschsprachige Bibliotheksbestände eingespeist und dokumentiert. Ziel ist die Erstellung eines deutschen ARICbase-Paketes, das von antirassistischen Gruppen und Organisationen genutzt werden kann. Die langfristige Finanzierung des Projektes, das sei offen gesagt, ist im Moment allerdings ziemlich ungeklärt.

Nach einer sechsmonstigen Planungsphase einigten sich VertreterInnen verschiedener antirassistischer Organisationen im Juni diesen Jahres darauf, zur Gründung eines auf NRW bezogenen Anti-Rassismus-Informations-Centrum (ARIC-NRW) öffentlich aufzurufen. Daran sind folgende Organisationen beteiligt:

- AG SOS Rassismus NRW
- Materialdienst Asyl
- Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS)
- VIA-Bundesgeschäftsstelle

Neben dem Aufbau eines Anti-Rassismus-Archivs und der Beratungsarbeit sieht die bisherige Konzeption u.a. die Einrichtung eines antirassistischen Telefons, die Herausgabe eigener Materialien sowie die Vernetzung bereits bestehender Arbeitsansätze vor. Einer der Schwerpunkte soll in der Jugendarbeit liegen.
Für den 1. Dezember 1993 ist die Gründung von ARIC-NRW als Verein geplant. Bis dahin werden Gruppen, Organisationen und Menschen gesucht, die ein solches Projekt aktiv - sei es durch Spenden, Zuschüsse, Mitgliedschaft, Zusammenarbeit oder Kritik - unterstützen wollen. ■

Sigrun Scheve, Marburg

Literatur:

Carmelita **Serkei**: Antirassistische Strategien in den Niederlanden, in: Rassismus und Migration in Europa, Argument-Sonderband AS 201, Hamburg/ Berlin 1992, S.483 ff.

Philomena **Essed**: Multikulturalismus und kultureller Rassismus in den Niederlanden, in: Rassismus und Migration ...(a.a.O.), S.373ff.

Manfred **Budzinski**: Erfahrungen aus den Niederlanden: Wie läßt sich die Diskriminierung ethnischer Minderheiten bekämpfen?, epd-Dokumentation Nr.25/88, Frankfurt/M 1988

Tobias **Plöger**: Die Antirassismusarbeit in den Niederlanden, Vortrag gehalten auf dem PDS-Kongreß "Gegen eine Festung Europa" im November 1992 (zu beziehen über ARIC)

Adressen

Nähere **Informationen** können bei den folgenden Kontaktadressen angefordert werden:

ARIC-Berlin; c/o RAA e.V.;Schumannstr.5; 10117 Berlin; Tel: 030 / 2823079;Fax: 030 / 2384303

ARIC-NRW; c/o Sigrun Scheve; Ritterstr.11; 35037 Marburg; Tel.: 06421 / 24618; Fax: 06421 / 15839

RADAR oder ARIC; Grotekerkplein 5; 3011 GC Rotterdam; Tel.:010/4113911; Fax:010/4128433

Initiative für eine antirassistische Verfassung

Den folgenden Artikel haben wir aus der ZAG (Zeitungsprojekt antifaschistischer und antirassistischer Gruppen, Berlin) Nr. 6, Februar-April 93 übernommen. Angesichts der Kampagne für ein ADG und der Bemühungen für eine Grundgesetzänderung, d.h., ein Diskriminierungsverbot aufgrund von Behinderung in die Verfassung aufzunehmen, möchten wir anregen, die Diskussion im Sinn der Autorin dieses Artikels zu erweitern.

Initiative für eine nicht-rassistische Verfassung

Die Idee, einen Vorschlag für eine nicht-rassistische Verfassung zu entwickeln, entstand auf dem Hintergrund der Eskalation rassistischer und antisemitischer Gewalt. Im September 1992 haben sich Frauen aus verschiedenen Zusammenhängen unter dem Stichwort "Initiative für eine nicht-rassistische Verfassung" zusammengefunden. Vier Frauen übernahmen die Aufgabe, eine Diskussionsgrundlage zu erarbeiten, in der gezeigt werden sollte, inwiefern im geltenden Grundgesetz eine Haltung eingeschrieben ist, die Antisemitismus und Rassismus befördert. Als in diesem Sinne weichenstellend befanden wir (Mina Agha/Autonome Iranische Frauenbewegung im Ausland, Berlin; Martina Emme, Carola Wildt/Insitut für Sozialpädagogik, TU Berlin; Gotlinde M. Lwanga/ehemals Nozizwe, Multikulturelle Feministische Bildungsarbeit) Artikel 116, 16 und 3. Wir erarbeiteten ein ausführliches Positionspapier, das eine Einschätzung und Kritik der geltenden Fassungen, eine Auseinandersetzung mit Alternativvorschlägen sowie Formulierungen eigener Forderungen enthält.
Anfang Dezember 1992 schickten wir es an die Mitglieder der Verfassungskommission und einige Institutionen und Initiativen.

Mit unserem "Vorschlag für eine Neufassung der Artikel 115, 16 und 3 für eine nicht-rassistischer Verfassung" beabsichtigen wir u.a.:

- das Bewußtsein zu stärken, daß die Verfassung auch als Ebene für politisches Agieren von "unten" statt Reagieren auf "oben" genutzt werden könnte
- das Bewußtsein zu fördern, daß Rassismus und Antisemitismus nicht nur fundamental in dieser Gesellschaft verankert sind und Gegenmaßnahmen auch auf struktureller Ebene fundamental ansetzen müssen
- gegen die eigene Skepsis und Resignation den Versuch zu wagen, so radikal wie möglich eigene Vorstellungen positiv und offensiv zu formulieren
- dazu anzuregen, demokratische Handlungsspielräume genauer auszuloten und ihre Verwirklichung einzufordern (Notwendigkeit von Lobbyarbeit und Schaffung von Bündnissen).
- in diesem Sinne einen ersten Schritt zu unternehmen und die aktuelle Situation in der sog. Verfassungsreform für Öffentlichkeitsarbeit zu nutzen.

Die Reihenfolge 116, 16 und 3 umschreibt in Bezug auf Artikel 16 (2) (Asylrecht) den politischen Kontext der Asyldebatte. Die Abgrenzung nach außen steht in engem Zusammenhang mit der Angrenzung nach innen: die Abschottung der deutschen und europäischen Grenzen führt zu einer Verstärkung der Grenzen in den Köpfen der EinwohnerInnen. Eine Öffnung der Grenzen nach außen erfordert daher auch eine Neuorientierung des gesellschaftlichen Selbstverständisses. Die Verfassungskommission in Bonn setzt(e) für den 4. Februar 1993 einen Beratungstermin für Artikel 116, 16 und 28 an, bereits am 4. März soll abgestimmt werden. Diese Tagesordnung zeigt ganz deutlich, daß regierungsintern der Zusammenhang der Abgrenzung nach außen und nach innen gesehen und - hinter geschlossenen Türen - gezielt vorangetrieben wird. (Bei Artikel 28 geht es um das kommunale Wahlrecht für sogenannte AusländerInnen). Für Artikel 116 wurde aus "Mangel an Dis

kussionsbedarf" kein interner Anhörungstermin angesetzt. Es fehlt an einer lautstarken Lobby, die diesen "Diskussionsbedarf" einfordern könnte.

Zum Inhalt von Artikel 116

In Artikel 116 (1) ist festgelegt, wer zum Kollektiv der Gesellschaftsmitglieder gehört und damit implizit, wer nicht; auf welchen Kriterien diese Mitgliedschaft beruht und damit implizit, mit welchen Kriterien Ausschluß begründet wird. Da in Demokratien politische Entscheidungen mit dem Namen der "rechtmäßigen" Gesellschaftsmitglieder legitimiert werden, ist dieser Artikel für das Selbstverständnis des Gemeinwesens Bundesrepublik fundamental.
Als entscheidendes Kriterium - nicht nur für Staatsangehörigkeit sondern auch für BürgerInnenrechte - fungiert das "Recht des Blutes". Es ist in Artikel 116 angedeutet und im geltenden Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz konkretisiert. Die Bindung politischer Rechte an das Prinzip der Abstammung heißt, BürgerInnenrechte von biologischen Voraussetzungen abzuleiten, statt sie politisch-sozial zu begründen.
Im geltenden Artikel 116 (1) wird daher ein völkisches oder mono-ethnisches Selbstverständnis der deutschen Gesellschaft als Leitlinie der Politik und der staatlichen Organisation formuliert. Hier wird eine Norm gesetzt, daß die Bundesrepublik kulturell ein möglichst homogenes Gebilde sein soll, in dem Einbürgerung immer nur eine Ausnahme von der Regel sein kann und Assimilierungspolitik eine geradezu innere Notwendigkeit ist. Die "Aufnahmebereitschaft" von Flüchtlingen und ImmigrantInnen findet ihre "natürliche" Grenze da, wo jene nicht mehr "spurlos integrierbar" erscheinen und das Staatsziel "kulturelle Homogenität" in Frage gestellt wird. Die rassistische und antisemitische Gewalt der Straße folgt dem Prinzip der Abstammungsgemeinschaft und ist in diesem Sinne verfassungskonform. Der Staat kann daher nur in bezug auf den Ausdruck dieses Selbstverständnisses zwischen rechtlichen widerrechtlichen Mitteln unterscheiden (und auch das erfolgt zuweilen sehr halbherzig). Als Verstoß gegen die Würde des Menschen kann sie geahndet werden, während die Intention rassistischer Gewalttätigkeit - das Aufrechterhalten des "wahren" Deutschland, den offiziellen Grundkonsens trifft.

Vorschlag für eine Neufassung von Artikel 116 (1)

In unserem Alternativ-Vorschlag erweitern wir Artikel 116 (1) auf insgesamt 3 Absätze. Entscheidende Alternativ-Vorschläge sind:
116 (1)



Foto: Ursula Aurien, Berlin

● Trennung zwischen Staatsangehörigkeit und BürgerInnenrechten
● BürgerInnenrechte nach 2-jährigem Aufenthalt
● Rechtsanspruch auf Einbürgerung nach zweijährigem Aufenthalt#
● Förderung doppelter Staatsangehörigkeiten
● Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit beruht auf individdueller Freiwilligkeit

116 (2)
Artikel 116 (1) umschreibt, wer das Staatsvolk bildet. Historisch ist der Volksbegriff insbesondere in Deutschland ideologischer Ausdruck für "Völkisches" und stellt partikulare Interessen in den Vordergrund. Wir vermeiden daher den Begriff "Volk" und betonen stattdessen die politische Aufgabe der BürgerInnen, gesellschaftliches Denken und Handeln unter der Perspektive kosmopolitischer Verantwortung zu stellen.

116 (3)
Im Blick auf die Verantwortung der BRD im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft formulieren wir die Aufgabe der Bundesregierung, sich gegen Abschottungspolitik einzusetzen.

Inhalt und Alternativ-Vorschläge zu Artikel 16

Dieser Artikel ist überschrieben mit "Staatsangehörigkeit, Auslieferung und Asylrecht". Über das Asylrecht (Absatz 2, Satz 2) ist viel geschrieben worden, deshalb gehe ich an dieser Stelle nicht ausführlicher darauf ein: Zum Schutz von verfolgten Menschen muß es in jedem Fall erweitert werden, insbesondere um die Verfolgung aufgrund des Geschlechts.
In Absatz 1 äußert sich das geltende Grundgesetz zwar zum Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit, läßt aber offen, wie sie erworben wird. Um die Abkehr vom Abstammungsprinzip zu unterstreichen, schlagen wir daher vor, an dieser Stelle das Territorialprinzip einzuführen. Um zu vermeiden, daß diese Regelung wiederum für Betroffene Zwangscharakter enthält, betonen wir in Artikel 116 (1) die individuelle Freiwilligkeit, sie anzunehmen. Gleichzeitig stellen wir an dieser Stelle auch die von der Staatsangehörigkeit getrennten BürgerInnenrechte unter Schutz vor Entzug durch staatliche Willkür.
Laut Absatz 2 Satz 2 gilt das Verbot der Auslieferung an das Ausland nur für Deutsche. Nach unseren Vorstellungen handelt es sich in dieser Frage um ein Menschenrecht. Der Schutz vor Auslieferung und Abschiebung sollte für alle gelten.
Im Gegensatz zur Bundesregierung, die in der Ergänzung des Artikel 16 (a) das Asylrecht einschränken will, halten wir es für sinnvoll, an dieser Stelle den als Neueinführung geplanten Artikel "zum Schutz nationaler, sprachlicher und ethnischer Minderheiten" einzufügen. Die geplante Einführung dieses Artikels folgt weniger der Einsicht in die Notwendigkeit, sondern eher dem Druck des Völkerrechts und der Europäischen Vereinigung. Ganz explizit heißt es in den Grundlagenpapieren der Verfassungskommission des Bundesrates: "Eine inhaltsgleiche Ausgestaltung des Minderheitenschutzes auch für hier lebende Ausländergruppen erscheint als nicht notwendig und sinnvoll". Davon abgesehen, sind die hier vorgeschlagenen Formulierungen - welche schließlich übernommen werden soll, ist mir z. Zt. noch nicht bekannt - nichtssagend und schwammig. Indem wir in unseren Vorschlag den Schutz von ethnischen Gruppen in den Kontext des Artikel 16 einfügen, unterstreichen wir die Einbeziehung von ImmigrantInnen und Flüchtlingen in den rechtlichen "Minderheitenbegriff". Allerdings vermeiden wir den Begriff "Minderheit". Wir gehen davon aus, daß sich die Gesellschaft prinzipiell aus verschiedenen ethnischen Gruppen zusammensetzt, die bislang in einem strukturell und kulturell hierarchischen Machtzusammenhang leben, in

dem Unterschiede als Bedrohung erscheinen. Ein produktives Verhältnis zwischen ethnischen Gruppen und der bislang ethnisch-dominanten Gruppe wird dadurch verhindert. Wir fordern daher die Gleichberechtigung aller ethnischen Gruppen in ihren Unterschiedlichkeiten. Indem wir von Entfaltung sprechen, machen wir deutlich, daß diese Gruppen keine statischen Einheiten sind, sondern sich in einem kontinuierlichen Prozess kreativer Entwicklung befinden.

Inhalt und Alternativ-Vorschläge zu Artikel 3

Artikel 3 äußert sich auf verschiedenen Ebenen zum Thema "Gleichheit". In Absatz 1 geht es um die universelle Dimension der Gleichheit, in Absatz 2 um die Gleichberechtigung von Mann und Frau und in Absatz 3 um das generelle Verbot von Diskriminierungen aufgrund von Zugehörigkeit oder Überzeugung.
Verschiedene Fraueninitiativen haben sich im Rahmen der Verfassungsdebatte dafür stark gemacht, in Absatz 2 die staatliche Politik zu verpflichten, Gleichberechtigung von Frauen durch gezielte Maßnahmen zu fördern. In unserem Vorschlag greifen wir diese Forderung auf, wobei wir zusätzlich die Ursachen der strukturellen Benachteiligung von Frauen - Sexismus - explizit benennen.
In Absatz 3 fordern wir einerseits die Streichung des Vokabulars, das Rassismus befördert, wie die Begriffe "Rasse", "Abstammung" und "Heimat", andererseits erweitern wir die Benennung von Kriterien, an denen Diskriminierungen festgemacht werden wie Hautfarbe, ethnischer Zugehörigkeit, Alter, Krankheit, Behinderung, Lebensform etc. Angesichts der Toleranz gegenüber rechtsradikaler Gewalt betonen wir, daß grundaätzliche Meinungsfreiheit eine Grenze findet, wo sie sich gegen die Menschenwürde anderer richtet.
Schließlich schlagen wir vor, Artikel 3 um einen Absatz 4 zu erweitern, in dem einerseits die Unterdrückungsstrukturen von Antisemitismus und Rassismus explizit genannt sind, anderseits Maßnahmen gefordert sind, um zu ihrer Überwindung beizutragen.
In diesem Sinne würde die Bekämpfung und Überwindung von Sexismus, Rassismus und Antisemitismus den Rang von Staatszielen erhalten.

Das vollständige Positionspapier kann über die antirassistische Initiative bezogen werden. ■

G.M. Lwanga

Anschrift:
Antirassistische Initiative Berlin
Yorkstraße 59
10965 Berlin

Vorschlag für die Neufassung der Artikel 116, 16 und 3

Artikel 116

(1) Bürgerin oder Bürger der Bundesrepublik Deutschland ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als nicht-deutsche/r Staatsangehörige/r seit 2 Jahren ständigen Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland genommen hat. BürgerInnen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit haben ebenso wie ihre Kinder, die in der BRD geboren sind, jederzeit Rechtsanspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit. Die doppelte Staatsangehörigkeit wird gefördert.

(2) Allen Bürgerinnen und Bürgern obliegt die politische Verantwortung für die Verwirklichung gesellschaftlicher Gerechtigkeit mit Perspektive auf globale Anliegen. Dazu gehört, den politischen Willen aller hier lebenden ethnischen Gruppen in ihren Unterschiedlichkeiten als Gesamtheit dieser Gesellschaft anzuerkennen. Dazu gehört außerdem, die ökonomischen und ökologischen Grundannahmen dieser Gesellschaft an einer Ethik der Voraussicht und Bescheidenheit zu orientieren, die die Unrechtverhältnisse Arm-Reich im Weltmaßstab überwinden will.

(3) Es ist Aufgabe der Bundesregierung, sich auf europäischer Ebene für eine rechtliche Gleichstellung von BürgerInnen mit nicht-europäischer Staatsangehörigkeit einzusetzen.

(4) Frühere deutsche Staatsangehörige, denen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 die Staatsangehörigkeit aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen entzogen worden ist und ihre Nachkommen sind auf Antrag wieder einzubürgern. Sie gelten als nicht ausgebürgert, sofern sie nach dem 8. Mai 1945 ihren Wohnsitz in Deutschland genommen haben und nicht einen entgegengesetzten Willen zum Ausdruck gebracht haben.

Artikel 16

(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit wird durch Geburt innerhalb des Territoriums der Bundesrepublik in den Grenzen vom 3.10.1990 erworben. Die deutsche Staatsangehörigkeit und der BürgerInnenstatus dürfen nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit und des BürgerInnenstatus darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen der oder des Betroffenen nur dann eintreten, wenn die oder der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird, bzw. die BRD aus eigenem Wunsch für immer verläßt.

(2) Niemand darf in ein Land abgeschoben oder ausgeliefert werden, in dem ihr oder ihm die Todesstrafe, sexistische Verfolgung, Folter oder sonstige Verletzungen ihrer oder seiner Menschenwürde drohen.

(3) Verfolgte, auch aus den Gründen der Hautfarbe, Herkunft, Nationalität, Sprache, des Geschlechtes, sexueller Orientierungen bzw. Lebensweisen sowie wegen religiöser, weltanschaulicher oder politischer Überzeugungen genießen Asyl.

16 (a) Alle im Bundesgebiet lebenden ethnischen Gruppen sind in ihren Unterschiedlichkeiten gleichberechtigt. Sie haben gegenüber der dominanten Kultur das Recht auf persönliche, politische, kulturelle und sprachliche Entfaltung.

Artikel 3

(1) Alle Menschen sind in ihren Unterschiedlichkeiten in allen Bereichen der Gesellschaft gleichberechtigt.

(2) Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Der Staat ist verpflichtet, in allen gesellschaftlichen Bereichen Bedingungen zu schaffen und zu fördern, die Sexismus verhindern. Maßnahmen gegen Sexismus sind keine Bevorzugung aufgrund des Geschlechts.

(3) Niemand darf wegen des Geschlechts, der Hautfarbe, körperlicher, geistiger oder seelischer Beeinträchtigung, Alter, Krankheit oder Behinderung, sexueller Orientierung, Lebensform, sozialer Stellung, Herkunft, ethnischer Zugehörigkeit, Nationalität, Sprache sowie wegen religiöser, weltanschaulicher oder politischer Überzeugungen benachteiligt oder bevorzugt werden.
Die Toleranz einer Überzeugung endet da, wo Angriffe auf die Menschenwürde geschehen.

(4) Der Staat ist verpflichtet, in allen gesellschaftlichen Bereichen Bedingungen zu schaffen und zu fördern, die Antisemitismus und Rassismus verhindern. Maßnahmen gegen Antisemitismus und Rassismus sind keine Bevorzugung aufgrund der Zugehörigkeit.

INTERVIEW

"Gewalt gegen Behinderte, ist eine Form der Gesamtgewalt"

Zum Thema Gewalt gegen Behinderte erschien im Mai d.J. die Dokumentation 'Deutschland im Herbst, herausgegeben vom Behindertenbeauftragten des Landes Niedersachsen, Karl Finke. Welchen Hintergrund sieht Finke für die Angriffe auf behinderte Menschen, aws kann er als Behindertenbeauftragter tun? Jörg Fretter und Ursula Aurien fuhren nach Hannover und befragten ihn dazu.

In Ihrer Dokumentation DEUTSCHLAND IM HERBST schreiben Sie, daß Ihnen Ursachen für die zunehmende Gewalt nicht bekannt sind.

Natürlich kann man begründen, daß Umverteilungsprobleme in der Bundesrepublik sind. Man kann sagen, daß in der alten DDR alte repressive Strukturen nicht mehr da sind, die neuen Strukturen noch nicht fassen und es von daher zu Brutalitäten kommt. Das hört sich relativ gut an, lenkt aber vielleicht auch davon ab. Das beschreibt vielleicht auch nur einen Teil der Ängste, die da entstehen. Sowas wie die Aussage Perspektivlosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit ist in dem Bereich auch nicht das, was unmittelbar greift.

Es ist, das haben Sie ja auch geschrieben, eine zunehmende Gewalt festzustellen. In welchem Zusammenhang sehen Sie das?

Ein Teil ist sicherlich aufkommender Nationalismus und aufgrund allgemeiner Unsicherheit und allgemeiner Perspektivlosigkeit zu treten gegen alles, was anders ist, daß man sich zurückzieht auf überkommene Werte. Das andere ist, daß man versucht auszugrenzen, was unter einem ist und sicherlich auch das Bemühen, sich als Gruppe stark zu fühlen und sich gegen andere zu wenden.

Wenn ich keine differenzierte Ursachenforschung betreibe, fehlen mir auch die Ansatzpunkte, wo ich was tun kann, wo ich der Gewalt und der steigenden Gewaltbereitschaft auch was entgegensetzten kann.

Ich kann für mich Ursachen sehen darin, daß es zuwenig Berührungspunkte und Kontakte zwischen Behinderten und Nichtbehinderten gibt. Zunehmend ist die allgemeine Verängstigung, Verunsicherung breiter Bevölkerungsschichten, die



Foto: Ursula Aurien, Berlin

Karl Finke, Behindertenbeauftragter des Landes Niedersachsen im Interview.

merken, daß ihnen immer mehr Lasten aufgebürdet werden und sie von daher auch merken, daß es soziale Ungleichheiten gibt und anstatt das solidarisch zu lösen, lösen sie das, indem sie andere Gruppen ausgrenzen.

Wenn ich sage, andere haben Angst vor mir und deshalb werde ich angegriffen oder deshalb besteht potentiell die Möglichkeit, daß ich angegriffen werde, kriege ich den schwarzen Peter zugeschoben.

Das verstehe ich jetzt nicht ganz.

Ich bin dann Auslöser, Ursache oder Anlaß für Gewalt. Ich hätte in dieser Logik die Aufgabe, die Angst zu verringern, für Verständnis zu sorgen und und und. Das ist für meine Begriffe eine unpolitische Sichtweise.

Das ist der eine Standpunkt. Ich bin schon der Meinung, daß die Erfahrungs- und Austauschebenen sich bedingen zwischen Behinderten und Nichtbehinderten: zu wissen, was eine Behinderung ist, daß man so auch Ängste, auf Behinderte zuzugehen, die Viele haben, abbaut. Das andere Phänomen ist eine politische Sache, daß wir eine Situation haben, wo umverteilt wird zu Lasten der Armen.
Auch die Forderung nach Schutz und Förderung Behinderter als Verfassungsrang oder ein Antidiskriminierungsgesetz; angenommen im Grundgesetz stände, niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt oder diskriminiert werden. Das würde momentan auch nichts ändern, sondern hätte Appelcharakter an alle nachgeordneten Gerichte. Oder wir haben ein Antidiskriminierungsgesetz, dann könnte man Behinderte von der Sozialschiene wegnehmen und sagen: Behinderte sind

nicht mehr diejenigen, die permanent Gegenstand sozialer Leistungen sind, sondern das soziale Gefüge ist so zu organisieren zwischen Menschen, daß behinderte und nichtbehinderte Bürger gleichrangig am Leben teilhaben können. Ich denke, daß es wichtig ist, Personengruppen und Minderheiten, die auch in ihrer Geschichte häufig Übergriffen und Verfolgungen ausgesetzt waren und sind, daß man dies in der Verfassung deutlich macht.

Die Verfassungskommission hat es erstmal abgelehnt. Was werden Sie dafür tun, daß es ggf. noch einmal in den Bundestag eingebracht wird?

Ich werde mich darum bemühen, daß es nochmal im Bundestag diskutiert wird. Allerdings nach meinem Kenntnisstand ist die Koalition da ziemlich eng, steinhart. Wir haben das in Bonn mitbekommen, als das Forum behinderter Juristen die Tagung durchgeführt hat.

Was können Sie in Ihrer Funktion und im Rahmen Ihrer Arbeit der politischen Situation und der Gewalt gegen Behinderte entgegensetzen?

Verstärkt Öffentlichkeitsarbeit, im politischen Umfeld ganz gezielt Bemühen um integrative Erziehung und Beschulung, um gemeinsame Arbeitsprojekte und Wohnformen Behinderter, zügige Umsetzung des Berichts der Fachkommission, Verstärkung von Selbsthilfegruppen und Selbsthilfeinitiativen, nicht nur unter Behinderten, sondern mit Selbsthilfegruppen und Selbsthilfezusammenschlüssen.

Sie haben gesagt, für übertriebene Angst bestünde kein Anlaß. Was meinen Sie damit?

Ich hab das deshalb so deutlich gesagt, damit Behinderte, die mir auch geschrieben haben, die selbst noch nicht Opfer von Übergriffen waren und die nicht mehr oder nur noch in Begleitung rausgehen wollten, sich ängstlich in ihre Wohnung zurückziehen, daß die auf jeden Fall weiter am Leben teilhaben und auch sich aktiv dagegen wehren. Wenn sich Behinderte erstmal freiwillig zurückziehen und praktisch ihre inneren geschlosssenen Einrichtungen bauen, dann ist das Ergebnis ja erreicht, was durch solche Ausgrenzungen und aggressiven Verhaltensweisen mit bewirkt werden soll, daß Behinderte einfach wieder aus dem Blickfeld verschwinden.

Können Sie sagen, ob sich das eher gegen Einzelpersonen richtet, wenn jemand angegriffen wird? Es gab ja auch Angriffe gegen Schulen bzw. Einrichtungen für Behinderte.

Der Grund für mich, an die Öffentlichkeit zu gehen, war ja, daß auf drei Ebenen gleichzeitig Übergriffe gegen Lebensmöglichkeiten Behinderter sich dargestellt Das haben: Einmal die konkreten Übergriffe aus der rechten Szene, dann die ausgrenzenden Verhaltensweisen von Durchschnittsbürgern, und zeitgleich aber auch - alles so im Oktober, November vergangenen Jahres - das Flensburger Urteil, Erlangen und die Ankündigung des Rowohlt-Verlages, das Buch von Singer/Kuhse zu veröffentlichen. Wenn an drei Kanten zeitgleich solche Erscheinungen festzustellen sind, verschiebt sich was in der Gesellschaft.
Dann haben mich einzelne Behinderte angeschrieben, auch ein Kostenträger, der hat gesagt: bei der zunehmenden Gewaltbereitschaft gegen Behinderte könnten auf Sicht die großen Einrichtungen gefährdet sein. Welche Eltern schicken ihr Kind schon in eine Einrichtung, die vielleicht Gegenstand von Übergriffen sein könnte?

geschieht, aufzugreifen, entsprechend gegenzusteuern, im Rahmen der Möglichkeiten, die die haben, Öffentlichkeitsarbeit zu machen und mit dazu beizutragen, daß ein Klima, das das gesamte soziale Klima infrage stellt, nicht entstehen kann.

Wäre es sinnvoll, sich bedeckt zu halten und das Thema nicht zu erörtern, Gewalt nicht zum Thema zu machen?

Man muß das in jedem Fall sensibel entscheiden. Aber ich denke mal, gesellschaftliche Erscheinungen, die nicht benannt werden, gegen die kann man sich nicht verhalten. Ganz im Gegenteil, die Folgen werden permanent vertuscht, bis aus einem Schneeball eine Lawine geworden ist und eine Lawine, die am Rollen ist, ist schwer zu stoppen.

Karl Finke

l 45 J. ● Studium der Erwachsenenbildung in Hannover ● Abiturienten- und Hochschulberater in der Arbeitsverwaltung ● Abteilungs- und Fachbereichsleiter an der VHS Hannover ● paralell dazu Engagement im Selbsthilfe-Bereich ● ehemals Sprecher des Arbeitskreises von Körperbehinderten in Hannover ● seit 2 1/2 Jahren erster Behindertenbeauftragter des Landes Niedersachsen ● Mitglied der SPD ● Schwerpunkte der Tätigkeit als Behindertenbeauftragter: im letzten Jahr Beschäftigung und Arbeit, in diesem Jahr Stärkung der Partizipation und Mitwirkung Behinderter, Schaffung und Unterstützung von Selbsthilfe-Initiativen und Behindertenbeiräten, im Wohnbereich Förderung der Gründung von FOKUS-Projekten.

Welche Reaktionen haben Sie aus Schulen, aus Heimen oder von Verbänden?

Wir haben sehr unterschiedliche Reaktionen gehabt, auch zu Anfang. Es gab eine Großeinrichtung, da hab ich die Nachricht bekommen, Herr Finke, hätten Sie nur eher was gesagt, wir hätten uns daran beteiligt und drei Tage später war eine Konferenz der Träger, da wurde gesagt, bei uns ist nie was vorgekommen, wir haben ein prima Verhältnis zu unserer Umwelt, zum Umfeld.

Wie erklären Sie sich das?

Natürlich haben die Heime von sich aus erstmal ein Interesse, frohe Botschaften zu verkünden und zu bestätigen: wir sind in unser Umfeld hervorragend integriert, wir haben keine Probleme damit. Ein Heim, das sowas nach außen trägt, wird ja u.U. auch Gesprächsthema. Wir haben auch Einrichtungen, die ihre Erfahrungen berichtet haben, in der Regel über den sozialen Dienst, über Betroffene selbst; von Einrichtungen direkt nur sehr begrenzt.

Wo sehen Sie die Aufgaben für Verbände und Institutionen, beim Thema Gewalt gegen Behinderte anzusetzen?

Verbände und Institutionen haben zunächst die Aufgabe, das, was vor Ort

Ist das für Sie rassistische Gewalt, wenn Behinderte angegriffen werden?

Das ist eine Frage des Begriffs von Rassismus, aber im weiteren Sinn auf jeden Fall, ja.

Wenn ich Gewalt gegen Behinderte in einen gesamtpolitischen Zusammenhang stelle, dann rollt die Lawine schon.

Sie ist gewaltig in Fahrt gekommen. Gewalt gegen Behinderte ist eine Form der Gesamtgewalt. Das Zitat des Sprechers der vietnamesischen Behinderten "Heute sind wir Ausländer dran, morgen Behinderte, dann Frauen und Kinder", genau das trifft den Kern, die Aussage, die der spontan gemacht hat, als unten die Flammen loderten.
Wir wollen auch ganz bewußt reinbringen, daß keine Jugendlichenschelte reinkommt, weil, daß Behinderte den Stand an Integration haben oder gesellschaftlicher Teilhabe, ist ja auch zum großen Teil darauf zurückzufühgren, daß es eben Jugendliche gibt, die ein freiwilliges soziales Jahr machen oder den Zivildienst absolvieren.

Die Broschüre sollte doch in erster Linie Öffentlichkeitsarbeit machen. Ich glaube, daß, mit den Medien Öffentlichkeit zu schaffen, nicht mehr zwangsläufig für den Einzelnen Schutz bedeutet.

ist immer recht schwierig. Wir haben über die Medien auf jeden Fall drei Dinge erreicht: Das Thema ist im allgemeinen Bewußtsein drin. Das Thema ist als Handlungsebene im politischen Raum drin. Das Thema ist im Bundestag Gegenstand von Diskussionen, das Thema ist Gegenstand von Gesprächen des Bundespräsidenten und Spitzenpolitikern. Es hat eine aktuelle Stunde extra gegeben hier im niedersächsischen Landtag. Es hat Initiativen gegeben von Behinderten, die sich selbst organisiert haben.

Haben Sie noch andere Reaktionen auf die Doku?

Mich haben Personen aus dem kirchlichen Umfeld angerufen, ich war auf ner Veranstaltung der GRÜNEN in Wolfenbüttel. Von einer Großeinrichtung wurde gesagt, diese Form von Übergriffen hätten sie gar nicht erlebt, aber eine andere Form von Übergriffen hätten sie erlebt, nämlich die permanenten sexuellen Nötigungen ihrer behinderten Mitarbeiterinnen. Wir haben täglich noch Anschreiben und Meldungen, Anforderungen dazu und Stellungnahmen. Das wird ja an allen Behinderteneinrichtungen diskutiert. Ich hab auch von den Gruppen noch Hinweise, insbesondere vom Bereich der Lern- und Geistigbehinderten, die jetzt auch was sagen, die vorher nie was gesagt haben.

Wenn Angriffe in den Medien individualisiert und ausgeschlachtet werden. dann könnten Sie doch Ihre Funktion als Behindertenbeauftragter in die Waagschale werfen und sagen: Ich protestiere gegen so eine Form von Berichterstattung.

Das könnten wir machen. Und wenn Sie z.B. sehen, daß wir uns gegen die Veröffentlichung der Bücher von Singer und Kuhse öffentlich und auch durch eine Kampagne gewehrt haben, haben wir bewiesen, daß wir dazu bereit und in der Lage sind.

Ich meine nicht nur solche spektakulären Geschichten wie mit Rowohlt, sondern die Alltagsberichterstattung, wo das dann, wenn es berichtet wird, nicht sehr hilfreich ist.

Da muß man überlegen, ob es sinnvoll ist. Es kann den Medien ja nichts Besseres passieren, als wenn man durch eine entsprechende Kontroverse das auch wieder hochschaukelt.

Wissen Sie, ob es ähnliche Aktivitäten wie in Niedersachsen in den anderen



Foto: Ursula Aurien, Berlin

Bundesländern gibt?

Eigentlich nicht, nein. Die Frage Gewalt gegen Behinderten wird von meinem Büro am deutlichsten verfolgt und wir haben ja bundesweit die Ereignisse gesammelt und entsprechend darauf eingewirkt, daß im Rahmen der Möglichkeiten gegengesteuert wird. Die Behindertenbeauftragten der anderen Bundesländer, sofern sie Behindertenbeauftragte haben, haben das in Teilen unterstützt und in Teilen auch gesagt, sie hätten solche Erfahrungen dort nicht vorliegen.

Gewalt gegen Behinderte

Bewertungen der Verbände

Angesichts der rassistischen Angriffe auf behinderte Menschen wollte "die randschau" wissen, wie sich die großen Verbände bzw. Interessenvertretungen behinderter Menschen dazu äußern. Zu folgenden Fragen erbaten wir eine Stellungnahme:

1) Wie schätzen Sie die zunehmenden Angriffe bzw. Überfälle auf behinderte Menschen ein? Sehen Sie eine Veränderung oder halten Sie die Diskussion für eine Überbewertung?

2) Wie wird dieses Thema innerhalb Ihres Verbandes diskutiert und welche Möglichkeiten sehen Sie, etwas zu tun?

3) Was müßte gesellschaftlich-politisch getan werden?

Vom **Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte** und vom **Reichsbund** erhielten wir **Stellungnahmen**, die wir als solche abdrucken. Der Allgemeine Behindertenverband in Deutschland (**ABiD**), der Paritätische Wohlfahrtsverband (**DPWV**) und die **Lebenshilfe** schickten **Material**: Zeitungsartikel, Zeitschriften, die das Thema Gewalt gegen Behinderte zum Teil sehr ausführlich behandeln, eine dreiseitige Presseerklärung, die Antworten der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage von Seifert/Gysi/PDS/Linke Liste. Vielen Dank. Aus Platz- und Kapazitätsgründen können wir aber nur auszugsweise und notgedrungen schlaglichtartig darauf eingehen.
Der Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner (**VdK**) reagierte zwar nicht auf unsere Anfrage, wir zitieren aber aus seiner **Verbandszeitschrift** vom Januar 93.
Gar nicht reagiert haben leider **auch** die Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte (**BAGH**), die Bundesarbeitsgemeinschaft der Clubs Behinderter und ihrer Freunde (**BAGC**) und die Interessengemeinschaft Selbstbestimmt Leben Deutschland (**ISL**).

VdK

... Fremdenhaß nimmt zu. Wenn irgendwo gegen Ausländer gewütet wird, stellen sich Gaffer hin und feuern den gewalttätigen Mob an. Eine seltsame Welt. Sie kann eigentlich nur von Menschen bestimmt sein, die vom schweren Schicksal selber noch nicht getroffen wurden. Denn sonst könnten sie nicht so böse sein.
... Wir dürfen unseren Staat, den wir über Jahrzehnte aufgebaut haben, nicht kaputtmachen lassen. Und wir dürfen das Ansehen Deutschlands in der Welt nicht durch eine kleine aber militant-brutale Schar unverbesserlicher und krimineller Rechtsextremisten in den Boden stampfen lassen.
... Gewiß: Eine Grundgesetzänderung allein hilft uns nicht weiter. Dennoch sollte die Gemeinsame Verfassungskommission ein Signal setzen für alle. Sie sollte endgültig klarstellen: Behinderte sind Menschen wie Du und ich. Sie sollten klarstellen, daß sie wegen ihrer Behinderung - ein wahrlich schweres Schicksal! - nicht diskriminiert, ausgegrenzt und verhaftet werden dürfen.
... So appelliere ich erneut an die Mitglieder der Verfassungskommission: Erkennen Sie die Zeichen der Zeit und handeln Sie, bevor es zu spät ist! Die Behinderten werden es Ihnen danken. ■

Walter Hirrlinger
VdK-Präsident
in: Die Menschenwürde schützen. VdK-Zeitung, Januar 1993, S. 2

Reichsbund

Zu 1) Tatsache ist, daß Gewaltanwendung gegen Behinderte zunehmend ein öffentlich registriertes und diskutiertes Thema geworden ist, ohne daß damit der Beweis erbracht ist, daß sie tatsächlich zugenommen hat. Im Interesse der intellektuellen Redlichkeit möchte ich noch weiter differenzieren: In welchen Fällen liegt Gewalt gegen Behinderte vor, weil sie Behinderte sind?
Dazu ein Beispiel, bei dem eine Einrichtung des Reichsbundes betroffen war, weshalb ich Umstände und Hintergründe gut kenne und beurteilen kann. Ich meine den Überfall auf eine Klasse von Rehabilitanden im Reichsbund Berufsbildungswerk Stendal im September 1992. Da war in der Presse von einem Übergriff von Rechtsradikalen die Rede. Tatsächlich handelte es sich um eine ganz private Eifersuchtsgeschichte, und die Täter waren teilweise schon vorbestrafte Rowdies. Das hätte auch anderswo und auch ohne betroffene Behinderte passieren können. Dieses Ereignis wird aber immer wieder - obwohl die Tatsachen auf dem Tisch liegen und die Täter schon verurteilt sind - in die Rubrik "Gewalt gegen Behinderte" eingeordnet, z.B. auch zuletzt in der Dokumentation des Behindertenbeauftragten des Landes Niedersachsen vom April 1993.

Ich will damit die Gewalt gegen Behinderte nicht bagatellisieren, sondern auf die Gefahren aufmerksam machen, die durch eine undifferenzierte Behandlung des Themas entstehen: Wir verunsichern durch ein so ausgeweitetes Bedrohungspanorama in erster Linie die Behinderten selbst, was dazu führen kann, daß sie nach Möglichkeit die Öffentlichkeit meiden und sich selbst isolieren. Das ist kontraproduktiv. Zum anderen kennen die Kriminalisten Nachahmungstaten. Lenken wir die Aufmerksamkeit potentieller Täter durch eine so intensiv geführte Debatte vielleicht gerade auf die Behinderten?

zu 2) Wir versuchen, das Thema weder über-, noch unterzubewerten und beobachten aufmerksam die Entwicklung.

zu 3) Ich neige nicht dazu, die Frage der Gewalt in unserer Gesellschaft in einzelne Komplexe (Gewalt gegen Ausländer, Behinderte, Frauen, Kinder usw.) aufzuspalten, weil das Gewaltproblem, wenn überhaupt, nur insgesamt lösbar ist, aber nicht für einzelne Segmente. Tatsache ist, daß sich Gewalt gegen Schwächere richtet, gegen alle Schwächeren, wenn man die Opfergruppen überschaut. Das bedeutet aber auch: Die Aufspaltung ist bei der Lösung des Problems eher hinderlich, weil sie gruppenspezifische Gesichtspunkte dabei herausarbeitet, die allgemeinen Aspekte aber vernachlässigt und die notwendige Solidarität aller Schwächeren dabei untergräbt. Sie erweckt den Eindruck, als sei Gewalt gegen bestimmte Opfergruppen (Ausländer/Behinderte) anders zu beurteilen als gegen andere (Frauen/ Kinder/Obdachlose). Auf diese Weise werden von den Opfergruppen her die

Auszüge aus der **Antwort der Bundesregierung** v. 1.4.93 auf die **Kleine Anfrage** der Abgeordneten Ilja Seifert, Gregor Gysi und der Gruppe PDS/Linke Liste:

Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse darüber vor, daß Behinderte in stärkerem Maße als andere Bürger Opfer von Gewalttaten sind.
Die Bundesregierung verurteilt die ihr bekanntgewordenen Angriffe auf Behinderte. Das Bundesministerium des Innern hat die zuständigen Landespolizeibehörden über das Bundeskriminalamt gebeten, die einschlägigen Sachverhalte zu überprüfen.

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse über eine generelle Zunahme gewalttätiger Ausschreitungen gegen Behinderte vor. Aus einzelnen Vorkommnissen, über die in den Medien berichtet wurde, läßt sich nicht auf einheitliche Ursachen schließen. Nach Erkenntnissen des Bundeskriminalamtes sind Übergriffe auf Menschen mit Behinderungen keine Handlungsschwerpunkte rechtsextremistischer oder fremdenfeindlicher Straftäter.

Die Möglichkeiten behinderter Menschen, sich vor Gewalttätern zu schützen, unterscheiden sich nicht grundsätzlich von denen nichtbehinderter Personen; diese Möglichkeiten sind bekanntermaßen sehr begrenzt. Deshalb sieht die Bundesregierung vorrangig auch weniger in der Stärkung der Selbstverteidigungskräfte als vielmehr in einer stärkeren Polizeipräsenz ein Mittel, die Sicherheit Behinderter in der Öffentlichkeit zu gewährleisten - ebenso wie die aller Bürger oder besonders gefährdeter Personengruppen wie beispielsweise Frauen oder Ältere. ... Zur Abwehr rechtswidriger Angriffe steht einem behinderten Menschen, wie jedem Bürger, das Recht zur Verteidigung gemäß den Grundsätzen der Notwehr (§ 32 Strafgesetzbuch) zu.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß sich einzelne Straftäter durch die angesprochenen Ausführungen über "nicht lebenswertes" Leben bei ihrem verwerflichen Tun gegen Behinderte bestärkt fühlen. Einen Anlaß zur Verallgemeinerung dieser These sieht die Bundesregierung allerdings nicht; ebensowenig hat sie konkrete Hinweise auf derartige Kausalzusammenhänge.

13. Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen den zunehmenden Verteilungskämpfen bzw. sozialen Ängsten der Bürger und Bürgerinnen und der wachsenden Behindertenfeindlichkeit?

Der Bundesregierung liegen dazu keine Erkenntnisse vor.

Motive der Täter definiert - ob es zutrifft oder nicht. Aus mehr oder weniger historischen Gründen werden Täter gegen Ausländer und Behinderte als rechtsradikal oder rassistisch eingeordnet, während Gewalt gegen Frauen und Kinder (auch die zunehmende Gewalt zum Beispiel an Schulen) eher zum individuellen Problem mit beschränkter gesellschaftspolitischer Relevanz herabgestuft wird. Daraus ergeben sich gesellschaftspolitische Entlastungseffekte, weil ein Teil des Gewaltproblems ausgeklammert wird.

Ich bestreite nicht, daß es auch rassistische Tendenzen gibt, ob Rassismus - wohlgemerkt als Weltanschauung - für die vorwiegend jugendlichen Täter eine gewichtige Rolle spielt, wage ich zu bezweifeln. Zu auffällig ist für mich - aber in der Öffentlichkeit ziemlich unbeobachtet - der zumindest zeitliche Zusammenhang, daß im selben Augenblick, als die früher an jedem Wochenende zu beobachtende Randale in den Fußballstadien endete, die Übergriffe gegen Ausländer und Behinderte begannen. Bei dem potentiellen jugendlichen Täterkreis hat anscheinend ein Wechsel des Identifikationsmusters stattgefunden: Statt des Fußballvereins jetzt "Deutschland". Der schnelle Wechsel des Identifikationsmusters - wenn das zutrifft - deutet auf Oberflächlichkeit: Nicht Sportbegeisterung oder Lokalpatriotismus für den Verein, sondern Frontstellung gegen andere Vereine; kein Engagement für Deutschland, unsere Kultur und Lebensweise, sondern haßerfüllte Ablehnung des Andersseins.

Offenbar vermittelt unsere Gesellschaft zu wenig positive Werte. Wenn seit zehn Jahren das Schlagwort "Leistung muß sich wieder lohnen" gebetsmühlenhaft wiederholt und - wie jetzt wieder - in Zusammenhang mit sozialem Abbau gesetzt wird, dann gewinnt die Kürzung von sozialen Leistungen für die Betroffenen den Charakter einer Kollektivstrafe für Nichtleistung, obwohl die Gesellschaft immer mehr Menschen gar keine Gelegenheit zur Leistung mehr gibt. Das ist kein Plädoyer gegen die Leistungsgeselschaft, wohl aber dagegen, daß "Leistung" in diesem Sinne nur in Geld bemessen, aber nicht an sittliche, soziale und humane Werte gebunden wird.

Es ist kein Zufall, daß die Opfer der Gewalt - Ausländer, Frauen, Kinder, Obdachlose - zugleich auch die Adressaten des sozialen Abbaus waren und sind oder dessen Konsequenzen zu tragen haben. Ebenso ist erkennbar, daß zumindest ein Teil der jugendlichen Gewalttäter zu Schichten gehört, die im Kampf um die Chancen in dieser Gesellschaft unterlegen sind und deren Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit in sinnlose Gewalt gegen vermeintliche Sündenböcke umschlägt.

Wenn wir erkennen, daß ein gnadenloser Konkurrenzkampf um Chancen in unserer Gesellschaft zur Ausgrenzung und Orientierungslosigkeit der Verlierer führt, dann wäre das ein wichtiger gesellschaftspolitischer Schritt. Gerade Behinderte, die selbst von Ausgrenzung bedroht sind, dürften das nachvollziehen können. Nicht härtere Strafen helfen gegen die Gewalt, sondern die Bekämpfung der Ursachen der Gewalt in einer sozial gerechten Gesellschaft, um soziale Deklassierung zu vermeiden, die immer rechtsradikalen Rattenfängern den Zulauf gebracht hat.

Das ist sicherlich nur ein Aspekt, aber ich glaube, es ist ein wesentlicher Gesichtspunkt. ■

Prof. Dr. Walter Franke
1. Vorsitzender

BV für Körper- und Mehrfachbehinderte e.V.

Wachsender Individualismus, zunehmende Ellenborgenmentalität und unverhohlener Egoismus lassen das Klima angesichts knapper werdender Ressourcen in unserem Land kälter werden. In der Diskreditierung des sozialen Netzes als "soziale Hängematte" kommt die ganze Verachtung gegen die vermeintlich Erfolglosen zum Ausdruck. Dies ist der bürgerliche Nährboden, auf dem die rechtsextreme Gewalt gedeiht. Die Täter, selbst an den Rand gedrängt, suchen Opfer, an denen sie sich und anderen ihr letztes erbärmliches Stück Überlegenheit beweisen können. Behinderte Menschen und ihre Verbände haben allen Grund, diese Zusammenhänge aufzuzeigen.

Der Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte und seine Mitgliedsorganisationen versuchen dies durch Veröffentlichungen und durch die Beteiligung an örtlichen Aktionen und Initiativgruppen, die sich jedoch häufig nicht alleine gegen Gewalt gegen Behinderte richten, sondern gegen Ausschreitungen und Ausgrenzungen aller Randgruppen der Gesellschaft.

Behinderte Menschen standen selten so sehr im Licht der Medien. Als Opfer spektakulärer Gewalttaten lassen sie sich ausgezeichnet vermarkten. Für die alltägliche tausendfach in Deutschland wiederkehrende strukturelle Gewalt und Unterdrückung behinderter Menschen interessiert sich kaum jemand. Was ist der im Altenheim lebende junge Körperbehinderte, der wegen fehlenden Pflegepersonals nicht aus dem Bett kommt, schon gegen den umgestürzten Rollstuhlfahrer? Viele Funktionäre aus Behindertenorganisationen und Wohlfahrtsverbänden sind in die Medienfalle getappt. Die Verlockung, von der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden, war wohl zu groß. Behinderte Menschen werden wieder einmal in der Öffentlichkeit auf ihre Opferrolle reduziert. Die Opfer sind hilflos, bemitleidenswert, sie sind alleingelassen, sie haben keine Rechte oder können sich keine verschaffen; ihr Wohlergehen ist in das Ermessen von Tätern und Beschützern gestellt. Einmal mehr schließt sich der Teufelskreis des verhängnisvollen Mitleids. Das ist nicht das Bild behinderter Menschen, das wir in der Öffentlichkeit zeichnen wollen.

Gewalt und Rassismus sind keine behinderungspezifischen Themen, sondern gesellschaftliche. Jeder sollte an der Stelle, an der er steht, wachsam sein und sich einmischen. Das gilt selbstverständlich auch für behinderte Menschen und ihre Organisationen. ■

Norbert Müller-Fehling
Geschäftsführer

Bundesvereinigung LEBENSHILFE

Aus dem Offenen Brief von **Annemarie Griesinger, Bundesvorsitzende der Lebenshilfe an Bundeskanzler Helmut Kohl**:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

... Wir fühlen uns ermutigt, Sie um Schutz für die Menschen zu bitten, die uns besonders am Herzen liegen: Menschen mit geistiger Behinderung, ihre Angehörigen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Lebenshilfe. Auch bei ihnen wächst die Angst.
... Angst machen vor allem Mord- und Bombendrohungen gegen Schulen für behinderte Kinder. Menschen mit Behinderungen werden überfallen, gequält, sogar angezündet - feige Gewalttaten gegen Wehrlose.
... Wachsamkeit, Zivilcourage und Solidarität bieten wirksameren Schutz als Mauern. Darauf sind behinderte Menschen angewiesen. Wir bitten Sie, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, diese Tugenden von unseren Mitbürgern einzufordern.
Bei allem Verständnis dafür, daß wir noch sparsamer sein müssen als bisher, möchten wir Sie dennoch herzlich bitten: Lassen Sie es nicht dazu kommen, daß gerade in dieser Zeit mit einer weiteren Diskussion um Kosteneinsparungen im Sozialbereich der Öffentlichkeit vermittelt wird: Mehr sind uns die Schwächsten nicht wert. Viele Menschen könnten daraus ableiten: Behinderte Menschen sind weniger wert." ■

aus: Die Lebenshilfe Zeitung, Nr. 1, Februar 1993

"ERTÖTUNG ALLER SELBSTHEIT"

Das anthroposophische Dorf als Lebensgemeinschaft mit geistig Behinderten

Ein Jahr lang hat die Sozialpädagogin Kathrin Taube, Jahrgang 1964, in verschiedenen antroposophischen Dorfgemeinschaften gelebt. Ihre Beobachtungen, Erfahrungen wie Erkenntnisse in Bezug auf die antroposophische Theorie (Steiner) hat sie zu einem Buch verarbeitet: "Ertötung aller Selbstheit. Das antroposophische Dorf als Lebensgemeinschaft mit geistig Behinderten". Es wird wahrscheinlich im September 93 bei der AG-SPAK erscheinen. Auf dem Hintergrund ihres freiwilligen sozialen Jahres führte Katrhin Taube außerdem noch zahlreiche Recherchen durch. Ein Bericht aus der Praxis auf der Basis fundierter Informationen und, so die AG-SPAK: "Ein Buch von bösem Witz." 'die randschau' bringt in einem Vorabdruck einen Auszug:

Essen

"Wenn mehrere Menschen unter einem Dach zusammenleben, wird das gemeinsame Essen zu einer Arena gesellschaftlichen Lebens." schreibt Nils Christie, der lange in verschiedenen norwegischen anthroposophischen Dorfgemeinschaften mitgearbeitet hat. Damit hat er nicht unrecht, denn der Ablauf der Mahlzeiten spiegelt sowohl die Atmosphäre als auch die Sozialstruktur und Gruppendynamik in einer Dorffamilie wider.

Den Familien stehen sogenannte Hauseltern vor, die in der Regel Ehepaare mit eigenen Kindern sind und sich auf Dauer in der Dorfgemeinschaft niedergelassen haben. Es gibt aber auch zusammengewürfelte Paare, die keine intime Beziehung miteinander leben. In B-dorf war ich sogar im Haus einer "alleinerziehenden" Hausmutter untergebracht, aber dieser Zustand war ausdrücklich als Übergangslösung gedacht.

Die Hauseltern werden von meist jungen MitarbeiterInnen unterstützt (Zivildienstleistende, PraktikantInnen, Lehrlinge aus den Werkstätten und aus der Landwirtschaft oder Gärtnerei), deren Aufenthalt meist von vornherein begrenzt ist. Die Zahl der geistig Behinderten, die in der Familie betreut werden, hängt von der Größe des Hauses und, in Maßen, von der Kraft und Energie der Hauseltern ab. Im Idealfall sollte die Familie zwölf Mitglieder haben. Wenn in meiner A-dorfer Familie auch die jugendlichen Kinder meiner Hauseltern mitaßen, quetschten sich immerhin 18 Personen um den großen Eßtisch (das kam allerdings nicht sehr oft vor, weil die Kinder meistens ihre eigenen Wege gingen). In der Gärtnerfamilie hingegen ging es direkt "familiär" im modernen Sinn der Kleinfamilie zu, da das Haus nur vier Behinderten Platz bot.



Rudolf Steiner, 'Vater' der Anthropophie (1920)

Es wurde grundsätzlich gemeinsam mit dem Essen begonnen. Vorher wurde gebetet, zu jeder Tageszeit ein anderes Gebet, aber alle stammten aus anthroposophischer Feder. Ich kann mich nur noch an das Mittagsgebet erinnern; es lautete: "Erde, die uns dies gebracht, Sonne, die es reif gemacht, liebe Sonne, liebe Erde, euer nie vergessen werde." (Ich habe mir diesen Spruch wahrscheinlich deshalb gemerkt, weil es der Einzige der in A-dorf aufgesagten Sprüche war, den ich problemlos inhaltlich nachvollziehen konnte - siehe Kapitel "Gemeinschaftsrituale".)

Nach dem Gebet faßten sich alle bei den Händen, wobei man die linke Hand nach oben drehte und die rechte Hand nach unten; so wurde "Geben und Nehmen" symbolisiert. Dabei wünschte man sich im Chor "gesegnete Mahlzeit!" Anschließend teilten die Hauseltern oder die MitarbeiterInnen das Essen aus, und wenn jede/r was hatte, begann man zu essen. Diese Vorbereitungen dauerten mitunter ziemlich lange, weil man häufig auf Einzelne warten mußte, und ich sah manche von der Hauswirtschaftsgruppe fabrizierte Köstlichkeit bedauernd lau werden.

Protokoll B-dorf: "Mittagessen klassisch: Vor lauter Warten, Beten und Konflikten wurde das Essen kalt. M. sprach irgendwas Unbotmäßiges an (ich komme auf den Konflikt später noch zu sprechen!) und wurde scharf angeredet, das sei kein Tischgespräch. Als sie nicht lockerließ, warf die Hausmutter sie raus. M. zog sich heulend mit ihrem Teller ins Wohnzimmer zurück. Niemand griff ein. Undenkbar bei der Lebenshilfe..." (Zumindest in den Gruppen, die ich durch eigene Mitarbeit kenne.)

Was bei Tisch gesprochen wird, hängt natürlich immer von der Zusammensetzung der Essenden ab. In unserer Familie

dominierten oft die Behinderten das Tischgespräch, indem sie von der Arbeit, den Begegnungen mit anderen Dorfbewohnern, von Zuhause, den Eltern und den Ferien erzählten. Die Hauseltern neigten dazu, die Eloquenz zu dämpfen, es sollte ja jede Art von Aufregung vermieden werden.

Zurechtweisungen hinsichtlich des Eßverhaltens der Behinderten nahmen einen breiten Raum ein. Essen hat für sie meiner Ansicht nach eine stark kompensatorische Komponente. Die Körperlichkeit war vielen Verboten oder zumindest Kanalisierungen unterworfen; orale Befriedigung von Körperwünschen durch Essen aber war erlaubt bzw. nicht zu verhindern und nahm leicht unmäßige Formen an. Die BetreuerInnen mußten diesen "Hunger" im zweifachen Sinn aber bremsen, damit die Behinderten nicht zu dick wurden und man keinen Ärger mit den Eltern bekam (natürlich auch aus gesundheitlichen Gründen). Die Folge war ein ständiges Klima der Ermahnung und der Kontrolle. Das war auch in B-dorf so. Die dortige Hausmutter kommentierte in vorwurfsvollem Ton das Eßverhalten einer Schwerbehinderten, die mit uns am Tisch saß: "Sie stopft nur in sich rein, schmeckt gar nichts, kann nie genug kriegen." Weiter Protokoll B-dorf: "Ma. wird eigentlich nur angeschrien, zum einen, weil er fast taub ist, v.a. aber, weil er 'Grenzen' braucht, wie es die Hausmutter formulierte. Wenn man ihm seinen Willen ließe, könne niemand anderes sonst hier wohnen. Als er sich heute einen halben Löffel zuviel Nudeln nahm, puffte ihn ein Mitarbeiter in die Seite, entriß ihm die Nudeln und fauchte ihn böse an."

Was vor allem das Frühstück und das Abendbrot prägte, war das Herumreichen von Brot, Butter, Käse etc. - an sich kein Problem: In einer Wohngruppe der Lebenshilfe in Berlin, in der ich gearbeitet habe, gab es auch einen großen Tisch und wenn jemand etwas brauchte, sagte er/sie es eben; wenn es laut und lebhaft zuging, mußte er/sie es vielleicht mehrmals sagen, bis sich jemand seiner/ihrer erbarmte. Eine ganz pragmatische Angelegenheit! In anthroposophischen Dörfern, die ich kennengelernt habe, kursiert das Schlagwort "Bedürfnisse anderer erspüren", d.h. daß die Aufmerksamkeit eher auf die Bedürfnisse der anderen gerichtet werden soll, als auf die eigenen. Bei Tisch wartet man also eher ein Weilchen, bis jemand den Notstand registriert und Abhilfe schafft. Die meisten sitzen folglich ziemlich angespannt bei Tisch, denn der Unaufmerksamkeit anderen gegenüber bezichtigt zu werden, ist sehr peinlich, schwingt doch gleich der Vorwurf darin, egoistisch und zerstreut zu sein - und nicht "wach" (ein sehr häufig benutzter Ausdruck in A-dorf) und selbstlos. Am schlimmsten war es, wenn meine Hausmutter oder Hausvater von der anderen Seite des Tisches sich demonstrativ fast über den Tisch warf, um einem Behinderten Tee einzuschenken, der direkt neben mir saß. Diese Art von Streß zwischen ständigen Rundblicken und Schuldgefühlen lähmte die Tischgespräche natürlich zusätzlich.

Die schwerbehinderte Frau in B-dorf, von der eben schon die Rede war, hatte "das ständige Erspüren fremder Essensbedürfnisse total internalisiert, offeriert einem Butter, Brot und Marmelade ungefragt und penetrant." (Protokoll B-dorf). Penetrant deshalb, weil sie in ihrer offensichtlichen Panik, sich wieder Schelte zuzuziehen, gar nicht darauf achtete, ob überhaupt Bedarf für ihre Dienstleistung bestand. Die Situation machte mich vollkommen konfus, weil ich ihre Ängstlichkeit und Unterwürfigkeit von mir selber so gut kannte aus den A-dorfer Zeiten, ebenso die lauernden Blicke der Hausmutter und die um Bestätigung und Anerkennung bettelnden Blicke der Behinderten - nur, daß ich jetzt als Besucherin in B-dorf auf der anderen Seite stand. Und angesichts diese Szene des Psychoterrors war es wiederum unmöglich, sich während des Essens zu unterhalten ...
Zum Glück war die Atmosphäre beim Essen nicht in jedem Haushalt so verkrampft. Zwei meiner ehemaligen KollegInnen aus A-dorf berichteten von hochinteressanten Tischgesprächen in ihrer Familie - ihr Hausvater war allerdings auch der führende intellektuelle Kopf des Dorfes -, die nach dem Essen häufig noch bei einer Tasse Kaffee(!) fortgesetzt wurden.
Die Mahlzeit wurde beendet, wenn alle fertig waren; dann reichte man sich wieder die Hände und rief:"Wir danken!"

"Die Geisteswissenschaft (d.h. der Blick in höhere Welten, K.T.) wird bis auf die einzelnen Nahrungs- und Genußmittel alles anzugeben wissen, was hier in Betracht kommt, wenn sie zum Aufbau einer Erziehungswissenschaft aufgerufen wird." (Steiner) Das ist bekanntlich in Form der Waldorfschule geschehen.

Wir versuchten in A-dorf, uns mit dem Speiseplan an die Vorschläge Rudolf Steiners zu halten. Z.B. hatte er jedem Wochentag eine Getreideart zugeordnet (Sonntag war Weizen-Tag, Montag Reis-Tag etc.), das möglichst am entsprechenden Tag verspeist werden sollte. Außerdem sollte man sich nicht von exotischen Früchten ernähren, sondern von dem, was die heimische Fauna und Flora hergibt. Paradoxerweise fiel Reis nicht unter diese Regel, dafür aber Kartoffeln. Diese wurden zwar in A-dorf angebaut (und sie schmeckten phantastisch), aber relativ selten gegessen und zwar deswegen, weil sie angeblich müde und träge machen. "Seht ihr denn nicht, was der Kartoffelgenuß in Europa für Zustände herbeigeführt hat?" (Steiner)
Man aß gesund, d.h. ballaststoffreich, meist vegetarisch - donnerstags war Fleischtag, sowohl in A- als auch in B-dorf - und reichlich. Der Speiseplan richtete sich stark nach den Jahreszeiten, da wir das Gemüse ja frisch aus der eigenen Gärtnerei bezogen. Ich habe den Jahresrythmus, der sich dergestalt auf's Essen auswirkte, als einleuchtend und wohltuend empfunden, auch als im Winter allmählich das eingekellerte Gemüse rar wurde. Daraufhin ging es verstärkt an's Eingemachte, die Früchte unserer Schufterei während der Erntezeit. Und irgendwann brachte der Gärtner ohnehin das erste Frühgemüse.

Allein das Frühstück war ausgsprochen frugal (und denkbar preisgünstig). Es bestand aus einem Getreidebrei und Kräutertee. Das Getreide - meistens das Getreide, das Steiner dem jeweiligen Wochentag zugeordnet hatte - wurde am Vorabend geschrotet und in Wasser eingeweicht, morgens wrude es dann mit etwas Salz ca. 20 Minuten lang gekocht. Wir servierten den Brei mit einem Schlag Dickmilch und ein paar Apfelscheibchen oder einem Klecks Marmelade. Der Geschmack dieses Frühstücks war derart gewöhnungsbedürftig, daß Neulingen in Sachen Brei eine mehrwöchige Schonfrist eingeräumt wurde, in der sie Butterbrote essen durften. Zumindest in meiner Familie wurde aber dauerhafte Breiverweigerung nicht geduldet. Wer nach dem Brei noch Hunger hatte, schmierte sich noch ein Käsebrot.

Der Kräutertee, der morgens übrig blieb, kam mittags mit Wasser verdünnt wieder auf den Tisch. Abends gab es wieder frischen Kräutertee. Über einige Lebens- und Genußmittel war eine Art Bannspruch gelegt: Kaffee, schwarzer Tee, Alkohol, Zucker, weißes Mehl, Süßigkeiten, Pfeffer, Knoblauch. Mit manchen Lebensmitteln wurde ziemlich gegeizt, vor allem mit denen, die nicht im Dorf hergestellt wurden und deshalb verhältnismäßig viel kosteten (z.B. Eier und Gewürze), aber auch die dorfeigenen Milchprodukte unterlagen einer Rationierung; zur Landwirtschaftsfamilie zu gehen und ihr ein Extrastück Käse abzutrotzen, gehörte nicht gerade zu den beliebten Aufgaben in unserer Familie, da wir ohnehin aus irgendwelchen Gründen mit den durchschnittlichen Ausgaben pro Verpflegungstag an der Spitze des Dorfes lagen und wir deshalb ständig Gefahr liefen, als verschwenderisch und genußsüchtig verschrien zu werden.

Eisenmeier stellt in seiner Schrift über die Sozialgestalt der Lebensgemeinschaft Sassen-Richthof die unterschiedliche Kostspieligkeit der Haushaltsführung als Ausdruck individuell verschiedener Bedürfnislagen und hauswirtschaftlicher Fähigkeiten dar, die großzügig toleriert werden und daher auch öffentlicher Kenntnisnahme ausgesetzt sein könnten, aber in A-dorf benützte man diese Offenheit eher, um den unterschwelligen Konkurrenzkampf der Familien mit handfesten Daten anzureichern.

In B-dorf stellte ich mit Erleichterung fest, daß man dort mit den Lebensmitteln

wesentlich weniger dogmatisch vefuhr. Allerdings haben hier wie dort die Behinderten wenig Einfluß auf die Art des Essens, weil die Küche in der Regel stark von der jeweiligen Hausmutter dominiert wurde. Das ist insofern verständlich, als es für die Hausmütter ja auch die einzige Küche war, in der sie sich austoben konnten. Andere BetreuerInnen, z.B. in der Lebenshilfe, können die Küche durchaus den Kochkünsten und kulinarischen Vorlieben der Behinderten überlassen, da normalerweise kein Anlaß dazu besteht, sich mit der Küche im Heim emotional zu verbinden. Allerdings stellt sich darüber hinaus die Frage, ob es pädagogisch sinnvoll und fair ist, die Behinderten verantwortungs- und gestaltungsmäßig von der Küche fernzuhalten.

Morgenkreis

Der Morgenkreis war ein Gemeinschaftsritual, das in A-dorf nahezu täglich stattfand und dem man sich nicht entziehen konnte. Die ganze Dorfgemeinschaft stellte sich im Saal im Kreis auf, wobei eine gewisse aufrechte Haltung erwünscht ist; tadelnde Blicke erfolgten von den Hauseltern, wenn sich jemand schläfrig gegen die Wand lehnte. Es werden verschiedene Sprüche aufgesagt, z.T. sind es richtige Spruchzyklen. So gibt es die "Wahrspruchworte" und den "Seelenkalender" Rudolf Steiners und die "Baumsprüche": Jedem Wochentag ist ein Baum und ein Planet zugeorndet, auf die sich der Spruch dann bezieht. Die Baumsprüche können die meisten Dorfbewohner auswendig, weil sie sie schon so oft gehört haben, und deshalb spricht man sie gemeinsam.

Der Montags-Spruch: "Es spricht der silberne Mond zur Maienzeit durch den blühenden Kirschbaum, deren Blüten im Sommer zu Früchten reifen: Oh Mensch (hier folgte eine kurze Sprechpause), verwandle gleich der Pflanze das Untere in das Obere, werde reif und ernte Lebensfrüchte."
Der Mittwochs-Spruch: "Es spricht der quecksilbrige Merkur durch das lebendige Wachstum der Ulme und deren beflügelte Samen: Oh Mensch, bewege Dich, sei regsam, lebendig und schnell, finde in allen Lebenslagen die Aufrichtekraft zur Höhe."
Die Sprüche selbst sind eigentlich gar nicht so übel, sie sprechen die sinnlichen und moralischen Empfindungen des Lesers an, ein wenig suggestiv durch das pathetische "oh Mensch"; der Aufforderungscharakter ist unüberhörbar und duldet keinen Widerspruch. Die Formulierungen wirken etwas gespreizt, und die genial-absurde Wortschöpfung "Aufrichtekraft" reizt eigentlich zum Lachen, aber das ist es eben: Die Sprüche werden wahnsinnig ernst genommen. Dieser Ernst kommt auch durch die Art des Sprechens zum Ausdruck: Die Anthroposophen in A-dorf sagen den Spruch nicht mit normaler Sprechstimme auf, sondern straffen die Schultern, drücken die Brust tendenziell raus, heben die Kopf ("fühle die Verantwortung für die Not deiner Zeit") und richten den Blick in die Ferne, die Stimme pendelt sich auf einer gleichbleibenden Tonhöhe ein, das "r" wird mit der Zunge gerollt, so, wie sie es beim anthroposophischen Sprachgestalter gelernt haben. Die oft rauhen, dunklen und stotternden Stimmen der Behinderten runden das dumpf-ernste Ritual ab.

Wenn ich an diese Atmosphäre zurückdenke, wünsche ich den Anthroposophen immer ein wenig Leichtigkeit und Humor; daß sie ihre Dorfgemeinschaft nicht ständig in den Kosmos, die Unendlichkeit und das Weltganze einordnen, schwer und abgehoben zugleich ...

Die Sprüche aus dem "Seelenkalender" mögen das verdeutlichen:
"Ins Innere des Menschenwesens ergießt der Reichtum Sinne sich, es findet sich der Weltengeist, im Spiegelbild des Menschenauges, das seine Kraft aus ihm sich neu erschaffen muß." oder: "Natur, dein mütterliches Sein, ich trage es in meinem Willenswesen, und meines Willens Feuermacht, sie stählet meines Geistes Triebe, daß sie gebären Selbstgefühl zu tragen mich in mir." oder: "Es spricht zum Weltenall, sich selbst vergessend und seines Urstands eingedenk, des Menschen wachsend Ich: In dir, befreiend mich aus meiner Eigenheiten Fessel, ergründe ich mein echtes Wesen."

Das sind nur drei von 365 Sprüchen, die den Anthroposophen klingend und schwingend durchs Jahr begleiten. Der tänzelnde Rythmus, von dem man beim Lesen und v.a. beim Hören leicht erfaßt wird (und der einen vielleicht ein bißchen abheben läßt), tritt in den Hintergrund, wenn man die großen und übergroßen Begriffe, mit denen Steiner und seine AnhängerInnen täglich umgehen, mit dem Verstand nachvollzieht. Es ist ja nicht so, daß all diese Wörter einen zwar machtvollen, aber letztlich sinnlosen Sprachfluß ergeben. Das zeigt am ehesten der letzte der hier zitierten Sprüche.

Auffällig an den Sprüchen ist nicht nur der fehlende Bezug zur Realität, sondern auch die Einsamkeit der kleinen menschlichen Seele, die mit so übermächtigen Gewalten wie dem Weltenall, Feuermächten, Willenswesen, des Geistes Triebe (was auch immer das heißen mag), Weltenhöhen etc. konfrontiert ist. Ich stelle mir Steiner vor, den beziehungslosen, asketischen, fanatischen Egozentriker, der frei durch den Kosmos fällt, umwirbelt von seinen selbstgeschaffenen Mächten, Lichtgestalten, Engeln, Teufeln und anderen Wesenheiten, auf der Suche nach der Weltformel, nach der Idee, die alle sich bekämpfenden Mächte und alles Materielle, das ihn noch belastet, in eschatologisch-ewige Lichtfluten auflöst. An dieser Stelle möchte ich, wie es auch schon Kayser und Wagemann getan haben, auf die eindrucksvollen Ausführungen des Psychiaters Wolfgang Treher verweisen, der an Steiners "Akasha-Chronik" massiv schizophrene Züge diagnostiziert hat.

Aber zurück zum Morgenkreis. Nach dem ersten, in der beschriebenen Anspannung aufgesagten Spruch steht man bequem, jemand verkündet die Ergebnisse der Morgenbesprechung: Was heute in welcher Werkstatt oder auf dem Feld zu tun ist, wer zu Besuch kommt; Neulinge werden vorgestellt; Geburtstagskinder werden geehrt (Händefassen: "Wir gratulie—ren!") und dürfen sich ein Lied wünschen. Gesungen wird sowieso jeden Morgen und zwar die ganze Woche hindurch - wie ich dem A-dorfer Rundbrief entnehme, jetzt sogar zwei Wochen lang - dasselbe Lied. Manchmal waren es lustige, fast fetzige Lieder, meistens jedoch entstammten sie dem anthroposphischen Liedgut, das sich durch schwierige, wenig rythmische Melodien, sehr christliche Texte und zahllose Strophen auszeichnet.

Mehrere Monate lang hatte ich die Ehre, im Morgenkreis aus dem anthroposophischen Taschenkalender die Geburts- und Todesdaten wichtiger Persönlichkeiten vorzutragen und ihr Werk oder besondere Leistung kurz zu erläutern. Die Hauseltergruppe ("Interne Konferenz") hatte mir aus vorwiegend pädagogischen Gründen diese Aufgabe übertragen (vermutlich wollte man mich wieder in die Gemeinschaft einbinden, von der ich mich durch meinen passiven Widerstand gegen sämtliche Gebete und Sprüche zu distanzieren drohte), eine Aufgabe also, die mich intellektuell ein wenig forderte und mich zugleich überdeutlich in die anthroposphischen Schranken wies, denn *ihrem* Urteil über wichtige und erwähnenswerte Persönlichkeiten hatte ich mich zu beugen. Unter diesen Persönlichkeiten befanden sich z.B. anthroposophische Dichter, deren schauerlich epigonale Dichtkunst den Konservationslexika, die ich nach weiteren Informationen durchstöberte, keine Zeile oder nur ein paar Schmähungen wert war. Auf der anderen Seite fielen wesentliche Vertreter zeitgenössischer Literatur, Kunst, Musik und Politik - von SchauspielerInnen und Feministinnen ganz zu schweigen - anthroposophischer Ignoranz und Borniertheit zum Opfer. Bemerkenswerterweise haben die A-dorfer inzwischen ihren Horizont etwas geweitet. Im Rundbrief findet sich der Hinweis, daß sie den Kalender aus dem Verlag Urachhaus durch die Bände ""Große Frauen der Welt" und "Große Frauen des 20. Jahrhunderts" ergänzen. Ich mißbrauchte mein Amt nur wenige Male, indem ich die Helden der anthroposophischen Lyrik mit etwas Ironie bedachte oder dem versammelten Morgenkreis den Geburtstag eines Popstars unterjubelte, sehr zur Freude einiger behinderter Dorfbewohnerinnen übrigens. Den Haus-

eltern gefiel das nicht, und irgendwann entzogen sie mir das Amt.

Wenn nicht gerade astronomische Erläuterungen zum Stand der Sterne erteilt wurden, was nur zeitweise der Fall war, beschloß man den Morgenkreis mit nochmaligem Händefassen und dem frohen Ruf: "Wir wünschen uns einen guten Tag."

Einen großen Vorteil hatte der Morgenkreis: Man konnte hingebungsvoll mit seinem/seiner Liebsten Händchen halten. Diese Gelegenheit wurde von den Behinderten, denen Liebschaften und Schmusen damals verboten waren und manchen jungen MitarbeiterInnen, deren Sexualkontakte man zähneknirschend duldete, weidlich genutzt. Als zwei Behinderte, die sich schon seit Jahren innig zugetan waren, das Händchenhalten auf dem Weg zur Arbeit fortsetzten, pfiff sie der Landwirt an: "A.! Hörst du nicht, wenn ich mit dir rede! ... Wie würde das denn aussehen, wenn jeder hier eng umschlungen herumlaufen würde?" (Ich wußte damals zwar noch nicht, daß ich mal über die Dorfgemeinschaften schreiben würde, habe aber in Gefühlszuständen besonderer Wut, Empörung oder Erstaunen den einen oder anderen Ausspruch der Hauseltern notiert.) Ja - wie würde das aussehen? ■

Kathrin Taube:
Ertötung aller Selbstheit.
Das anthroposophische Dorf als Lebensgemeinschaft mit geistig Behinderten.
ca. 250 Seiten, DM 32,-
AG SPAK München, erscheint vorauss. im September 1993

Probleme und Erwartungen haupt-amtlicher HelferInnen

Am 17.03.1993 fand in Marburg eine fib-Veranstaltung zum "Berufsbild BehindertenhelferIn" statt.
Günter Pütz ist seit Juni 90 als Helfer in der individuellen Schwerstbehindertenbetreuung beim Verein zur Förderung der Integration Behinderter - fib e.V. in Marburg beschäftigt, seit Anfang 92 hauptamtlich. Von ihm erhielten wir folgende Stellungnahme. Es wäre sicher spannend, die Diskussion dazu weiterzuführen.

Vorbemerkung: Teile meiner folgenden Aussagen sind Produkt von Diskussionen mit Kolleginnen und Kollegen. Da die Ausarbeitung einer gemeinsamen Position auf breiterer Grundlage bislang aber nicht möglich war und ich nicht sicher weiß, für wen ich außer mir noch spreche, sind sie zunächst als rein persönliche Stellungnahme anzusehen.

Die Verwendung des Begriffs "BehindertenhelferIn" entspringt mehr der Gewohnheit als einer Abgrenzung gegenüber der Kategorie "Assistenz"; ich bitte um Nachsicht.

1. Bei der derzeitigen Beschäftigungspraxis hauptamtlicher Helferinnen und Helfer wird meines Erachtens relativ ohnmächtig darauf vertraut, daß das zwischenmenschliche Verhältnis zwischen Kunde bzw. Kundin und Helfer oder Helferin "schon irgendwie stimmt". Arbeitshorizont und erworbene Fertigkeiten beschränken sich auf diesen engen Raum. Auf dieser schmalen Grundlage fällt es schwer, eine dauerhafte Perspektive zu entwickeln. Endet ein solches Arbeitsverhältnis, weil man sich mit dem Kunden oder der Kundin überworfen hat, bleiben vermutlich kaum allgemeingültige Kompetenzen, die sich anderweitig verwerten ließen.

Eventuell besteht die Möglichkeit, sich noch in anderen Beschäftigungsverhältnissen zu probieren und einige weitere Erfahrungen zu sammeln, an der prinzipiellen Bestimmung der Arbeit als einer angelernten Tätigkeit, bei der eigene Kompetenzen kaum vorausgesetzt werden, ändert sich jedoch nichts.

Ein derart beschriebenes Arbeitsverhältnis ist statischer Natur bzw. die Summierung statischer Zustände. Mein Anliegen ist, daß versucht würde, bestimmte Momente von Entwicklung in die Beschäftigung von Helferinnen und Helfern hineinzutragen und ferner Einrichtungen zu schaffen, in denen eine Auseinandersetzung mit verschiedenen Aspekten der Tätigkeit und die Aneignung dazu notwendiger Kenntnisse vom einzelnen Beschäftigungsverhältnis abgekoppelt sind.

Hauptamtlichen Helferinnen und Helfern sollte demzufolge beispielsweise die Möglichkeit geboten werden
a) sich weitergehende Kenntnisse zu Notwendigkeiten und zur Ausführung der Grundpflege sowie
b) zu medizinischen Grundlagen verschiedener Behinderungen und daraus resultierender Erfordernisse anzueignen und
c) systematisch und unter Anleitung über ihre Arbeit zu reflektieren. Dies könnte durch Supervision, aber auch durch Seminare zu ausgewählten Fragen und möglichen Konflikten in der Individuellen Schwerstbehindertenbetreuung geschehen.

Dem gelegentlich von Seiten der Kundinnen und Kunden vorgebrachten, sehr ernstzunehmenden Argument der Angst vor Bevormundung und Kontrolle halte ich die Vermutung entgegen, daß durch eine externe Vermittlung weiterreichender Kenntnisse und Zusammenhänge die Einsicht in bestimmte Notwendigkeiten besser gefördert werden und demzufolge auch die Bereitschaft zur Erfüllung bestimmter Anforderungen des Kunden oder der Kundin wachsen kann.

Was die Austausch- und Reflexionsmöglichkeiten anbelangt, ist meines Erachtens der Aspekt der Gesprächsleitung unverzichtbar. Nur so ist ein verantwortungsvoller Umgang mit Erfahrungen bei der Arbeit möglich und gewährleistet, daß derartiges nicht zum Kaffeeklatsch über die Intim- und Privatsphäre einzelner Kundinnen und Kunden wird. Es hieße allerdings, sich in die Tasche zu lügen, wenn man glaubte, daß durch die Verwehrung solcher Gesprächsmöglichkeiten ein Reden über die persönliche Sphäre der Kundschaft vermieden werden könnte. Es können immer Erlebnisse auftauchen, die man nicht allein oder direkt mit dem Kunden bzw. der Kundin bearbeiten kann. Es geht darum, das Ventil an der richtigen Stelle anzubringen.

2. Zu Beginn der aktuellen Überlegungen im fib zur "Professionalisierung der HelferInnentätigkeit" setzte ich größere Hoffnungen darauf, daß eine - noch genauer zu entwerfende - Ausbildung und eine daraus folgende Definition als "Beruf" die Perspektive bei dieser Arbeit quasi automatisch verbessern würde. Im Laufe der Diskussion hat sich diese Sichtweise jedoch verändert. Auf das Problem der gesellschaftlichen Verortung und Anerkennung solcher Tätigkeiten wurde im Referat von Eckhard Cappell bereits hingewiesen. Gleichwohl denke ich, daß jenseits dessen ein Ambulanter Dienst von sich aus einen

erheblichen Beitrag zu einer dauerhafteren und weitergehenderen Perspektive der hauptamtlichen Helferinnen und Helfer leisten könnte. Zum Beispiel durch die Vermittlung seiner Entstehungsbedingungen und Entwicklung sowie seiner Konzepte.

Dadurch könnte ein tieferer Einblick in seine Arbeit - jenseits der unmittelbaren Organisation der Dienstpläne - und in Zusammenhänge von Behindertenpolitik gewährt und ein eventueller Umstieg auf eine andere Tätigkeit ermöglicht werden. (Diese Gedanken greifen zurück auf ein Diskussionspapier von Albrecht Rohrmann, das jedoch hier nicht zum Vortrag kommt.)

Abgesehen von Auf- und Umstiegsmöglichkeiten innerhalb eines Ambulanten Dienstes glaube ich, daß umfassende Kenntnisse über die gesellschaftliche Situation Behinderter und über Behindertenpolitik zu einem anderen und dauerhafteren Bezug zur Tätigkeit als Helferin bzw. Helfer führen können.

Fazit: Meines Erachtens gibt es erheblich mehr allgemeingültige Aspekte im Umfeld der Helferinnen- bzw. Helfertätigkeit, als ein erstes Nachdenken darüber vermuten läßt. Vermittels dieser Aspekte könnte eine bessere Einbindung und Würdigung der Arbeit der Helferinnen und Helfer versucht werden. Es ist für mich zumindest der Überlegung wert, ob die Bereitschaft zur dauerhaften Ausführung einer stark routinemäßigen Arbeit nicht auch dadurch steigen kann, daß zumindest auf der Bewußtseinsebene Entwicklungsmöglichkeiten geboten werden. ■

Günter Pütz, Marburg

DOKUMENTATION:
Berufsbild Behindertenhelferln

Eben erschienen ist die Dokumentation eines Workshops, den am 17. März diesen Jahres der fib (Verein zur Förderung der Integration Behinderter e.V.) in Marburg veranstaltete. Unter dem Thema "Berufsbild Behindertenhelferln") wurde über die Professionalisierung von Helferlnnen/Assistentlnnen im Bereich der ISB diskutiert. Sowohl die gesellschaftlichen Entwicklungen in der ambulanten Pflege bzw. Assistenz für behinderte Menschen als auch die unterschiedlichen Erwartungen von Seiten der Helferlnnen/ Assistentlnnen und der assistenzbedürftigen Personen wurden angesprochen. Die Broschüre "BERUFSBILD BEHINDERTENHELFERIN" beinhaltet die einzelnen Referate und die Zusammenfassung der Diskussionsbeiträge. Sie umfasst 28 Seiten und kann gegen einen Unkostenbeitrag von 4,- DM (4 Broschüren 10,- DM) in Briefmarken bestellt werden beim
fib e.V., Bereich ISB, Biegenstr. 34, 35037 Marburg

Der Bundespräsident, die Behinderten und der Zeitgeist

Vier Jahre nach dem geplatzen Symposium der LEBENSHILFE, die Peter Singer ein öffentliches Forum für seinen (ersten) Auftritt in der Bundesrepublik geben wollte, nimmt sich nun auch die Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte (BAGH), ein Dachverband für über 70 Behinderten-Selbsthilfe-Verbände, des konfliktträchtigen Themas "Ethik und Behinderung" an. Unter dem Motto "ES IST NORMAL, VERSCHIEDEN ZU SEIN" lud sie für den 1. und 2. Juli nach Bonn in's Gustav-Heinemann-Haus.



Foto: Ursula Aurien, Berlin

Behinderte Menschen sind zwar auch zu sehen, doch erst einmal beherrscht die Anzug-Fraktion, ob aus den Verbänden oder sonstwie 'offiziell', das Bild. Denn wenn als Hauptredner unser "sehr geehrter Herr Bundespräsident" angekündigt ist, ist das Erscheinen ein Muß. Als ein "wertvolles Signal" bezeichnet Friedel Rinn, Vorsitzender der BAGH, das Bekenntnis des Bundespräsidenten zu behinderten Menschen, er setze große Hoffnungen darauf.

Behinderte sind Menschen wie Du und ich und irgendwie sind wir doch alle behindert. Daß Nicht-Behinderte diese Feststellung im Tonfall einer großen Erkenntnis treffen, ist ja nicht neu. Wenn ein Bundespräsident im Rahmen der ersten Grundsatzrede seiner Amtszeit zum Thema "Behinderte" zu einer solch überwältigenden Einsicht kommt - und daraus auch gleich ein Bekenntnis macht - ist der Auftritt perfekt. Pastoraler hätte es selbst Pfarrer Sommerauer nicht hinbekommen.

Über den Widerspruch, daß da einer, nämlich Richard v. Weizsäcker, offenbar die Notwendigkeit sieht, ein Bekenntnis abzulegen - gleich im ersten Satz fragt er: Wie bekennen wir uns zu Menschen mit Behinderungen? - und daß ein anderer, Wolfgang van den Daele, meint, eine reale Bedrohung für Behinderte sei "nicht wahrscheinlich" und damit wohl nicht gegeben, über diesen Widerspruch scheint niemand gestolpert zu sein. Zumindest ist *dies kein* Thema. Der Eine wie der Andere erhält lebhaften Beifall.

Van den Daele vom Wissenschaftszentrum für Sozialforschung in Berlin ist außerdem Mitglied der Enquetekommission "Chancen und Risiken der Gentechnologie" des Deutschen Bundestages. Er ist der Meinung, daß sich "in mancher Hinsicht die Lage der Behinderten eher ideologisch als real verbessert" habe, der Trend gehe aber "eindeutig in Richtung einer zunehmenden Anerkennung der Normalität behinderten Lebens in der Gesellschaft" (was immer dies heißen mag). Eine Umkehrung dieses Trends durch die Pränatale Diagnostik und die Genomanalyse sieht van den Daele nicht. Woher er die Zuversicht dafür nimmt, bleibt allerdings offen. Das durch die Geburt begründete absolute Lebensrecht könne durch keine Güterabwägung relativiert werden. Daß das Lebensrecht behinderter Menschen zur Disposition stehen kann, gehört für van den Daele in die Barbarei,

die haben wir ja bekanntlich hinter uns. Daß das Lebensrecht behinderter Menschen bereits wissenschaftlich und faktisch zur Disposition steht, ist van den Daele offenbar nicht gewillt, zur Kenntnis zu nehmen. Sicher, niemand könne uns davor schützen, daß "absurde Vorschläge" gemacht würden, "Aber wir brauchen kaum damit zu rechnen, daß diese Vorschläge politische Realität werden."

Und weil die Technik an sich nicht schlimm sei, ist es natürlich auch verfehlt, sie zu bekämpfen. Der Druck, die Technik auch zu nutzen, werde weder vom Staat noch von den Versicherungen ausgehen, sondern vom sozialen Umfeld der Frauen. Auch hier bleibt völlig unklar, worauf van den Daele seine Einschätzung stützt.

Was dieses "Umfeld" ausmacht, warum überhaupt Druck entsteht, in welche Richtung, zu wessen Lasten, mit welchen Interessen, diese Fragen bleiben bei van den Daele außen vor. Wer die gesellschaftlichen Verhältnisse solcherart entpolitisiert, kann auch zu der beruhigenden Feststellung gelangen, es sei absurd, mit der Selektion behinderter Föten "Investitionen in die Verbesserung der Lage behinderter Menschen erübrigen" zu können. Da wäre es natürlich auch absurd, aus der Kosten-Nutzen-Analyse von Herrn Stackelberg zur pränatalen Diagnostik und humangenetischen Beratung eine Bedrohung für behinderte Menschen ableiten zu wollen. Von der Sonderbehandlung behinderter Föten (Recht auf Abtreibung über die sonst geltende Frist hinaus; orientiert am Stand der Technik) ist bei van den Daele nicht die Rede. Auch nicht vom sog. Liegenlassen behinderter Neugeborener, der gezielten Nichtbehandlung zum Zweck des Sterbens. Auch nicht von der Kampagne zur Legalisierung der aktiven Sterbehilfe. Auch nicht von der bereits erfolgten Legalisierung der Möglichkeit zur Sterilisation ohne Einwilligung. Wenn ich so die Bedrohung für behinderte Menschen zu Einzelphänomenen erkläre, die keine Relevanz für die gesellschaftliche Entwicklung hätten, kann ich frohgemut zu der Forderung kommen, nicht die behinderten Menschen müßten geschützt werden (denn die sind ja nicht bedroht), sondern die Autonomie der Frau. In Bezug auf die Abtreibung konstruiert van den Daele lediglich den Widerspruch ungeboren/geboren. Die eugenische Selektion geht anscheinend darin auf. Die Geburt eines behinderten Kindes gilt als Zumutung. Daß Wissenschaftler von scheinbar freiwilliger, weil verinnerlichter Eugenik schwärmen, ist nicht neu. Der Sozialmediziner Grotjahn beispielsweise fand schon vor rund 70 Jahren diese Form der Eugenik optimal.

Da war doch aber noch was. Ach ja. Den Betroffenen müsse geholfen werden, meint van den Daele, "die Last dieses Bewußtseins zu tragen". Ganz ersparen könne man uns, den "Betroffen", diese Last aber nicht. Mit der Zumutung der Gesellschaft *eigentlich gehörst Du verhindert* müssen die überlebenden Behinderten fertig werden, die 'Zumutung' eines behinderten Kindes dagegen ist für van den Daele per se eine "untragbare Konsequenz".

Wie schon in Köln beim "Dialog" mit den HumangenetikerInnen betont der Psychiater Klaus Dörner, es komme darauf an, die Leistungsangebote der Pränatalen Diagnostik und humangenetischen Beratung einzufangen und segensreich zu machen. Es sei gefährlich, wenn wir die Hoffnung aufgäben, diese Errungenschaften zu sozialisieren. Nach Dörner besteht dazu auch kein Anlaß, "es sei denn, daß wir uns in die momentane Verschlechterung bis zum Selbstmitleid verlieben".

So einfach ist das. Auch Dörner scheint, im Gegensatz zu seinen früheren Äußerungen zur 'Euthanasie'-Diskussion, gewillt, die Entwicklung zu verharmlosen und zu entpolitisieren. Es sei gefährlich, von "Zeitgeist" zu reden, weil man ihn dadurch anerkenne. Gut, vielleicht weiß Dörner ein schöneres Wort. Aber auch er kann doch nicht glauben, der "Zeitgeist" sei per Definition einfach zu vernachlässigen. Das käme einer fatalen Verkennung machtpolitischer Faktoren gleich.

So ist es ein billiger Trost, wenn Dörner neben die "Logik der Ausgrenzung" (die habe es immer schon gegeben) die "Logik der Integration" setzt und auch der Rückgriff auf den Kritiker Wolfensberger (USA) nutzt da nichts mehr. Auf dem Hintergrund der beschriebenen Entpolitisierung hat Dörner - zumindest in dieser Frage - seine Glaubwürdigkeit verspielt. (Nebenbei wäre es interessant zu wissen, ob Dörner seine wissenschaftlichen Kollegen mit der gleichen Art von Improvisation beglückt, wie er es in Bonn und in Köln vorgeführt hat.)

Ganz anders dagegen Andreas Jürgens, Richter am Amtsgericht Kassel: Wir müssen uns mit dem Thema beschäftigen, weil sich unsere Gegner damit beschäftigen. Die Diskussion sei nicht freiwillig, sondern aufgedrängt. Bisher scheinbar Selbstverständliches, das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit für Behinderte, sei in Frage gestellt und bringe uns in Rechtfertigungsdruck. Jürgens geht, ganz im Gegensatz zu Dörner und van den Daele, von einer realen Bedrohung aus. Die entsprechenden Positionen, die das Leben behinderter Menschen in Frage stellen, seien "innerhalb kurzer Zeit an deutschen Universitäten, bei Professoren und Philosophen, auf durchaus fruchtbaren Boden" gefallen. Es gehe in ihnen darum, die These, behindertes Leben sei "ein solches minderer Güte und seine Vernichtung daher kein oder jedenfalls nur ein geringes Unrecht" wieder salonfähig zu machen. Jürgens sieht Parallelen zwischen den neuen "Ethikern" und der Naziideologie (was m.E. zu kurz greift, denn die Ausmerzeideologie ist viel älter), die Tötung Behinderter werde erst begründbar, wenn ihnen das Mensch-Sein abgesprochen werde. Als einziger Referent versucht Jürgens, die Interessen, die hinter der Tötungs-Diskussion stehen, aufzugreifen. Es sei "an der Zeit, sich einmal Gedanken darüber zu machen, wieso Menschen eigentlich gegenüber Behinderten solche Tötungsphantasien entwickeln ... Warum wird es für notwendig gehalten, andere Menschen ... auszugrenzen, für minderwertig zu erklären, deren Tötung in ver-

schiedenen Varianten für akzeptabel oder sogar sinnvoll zu halten?"

Ja, es ist mehr als "an der Zeit", über diese Fragen öffentlich nachzudenken. Doch an diesem Punkt scheint so etwas wie eine kollektive Verdrängung einzusetzen. Die wenigen wirklich kritischen (Diskussions)-Beiträge stehen relativ allein und allemal unter Zeitdruck. So gesehen, gerät die Kritik von Jürgens zum Alibi für die Veranstalter. So gesehen, stellt sich wieder einmal die Frage, wie denn eigentlich eine kritische Auseinandersetzung (die für die "Betroffenen" gleichzeitig Notwehr und Widerstand bedeutet) aussehen könnte.

Georg Antor von der Heilpädagogischen Fakultät der Universität Köln besetzt die bei weitem undankbarste Rolle: als letzter Referent hat er nichts Spektakuläres mehr zu bieten. Immerhin hören wir bei ihm etwas von einer sprachlichen Kontinuität des Sozialdarwinismus, von der Herstellung des Sozialen und der Notwendigkeit seiner politischen Absicherung, von Normalisierung durch Veränderung der Bedingungen (und nicht der Behinderten). Allerdings schließt Antor die Herstellung von "Normalität" durch die Institution Sonderschule nicht aus.

Gut gemeint sind sicherlich auch die immer wieder dazwischengeschobenen Statements behinderter Männer und Frauen. Manche/n mögen sie beeindrucken - warum eigentlich? Was ist so toll daran, wenn behinderte Menschen erzählen, daß sie es - oder wie sie es - "geschafft" haben. Solange andere zu Tränen gerührt sind, nur weil behinderte Menschen (glaubhaft) äußern, daß sie gerne leben (wollen) - nachdem ihr "Leiden" öffentlich vorgeführt wurde - solange ist doch etwas faul. Faul deshalb, weil hier Menschen auf ihre Behinderung reduziert werden - und deren "Überwindung", das "Meistern des Schicksals". Solange wir damit zufrieden sind, werden wir von den Klischees über die "armen", ersatzweise die "tollen Behinderten" nicht wegkommen. Und solange wir unterscheiden in "Betroffene" und "Experten", je nachdem, ob behindert oder nicht (die einen "bereichern die Diskussion", die anderen "sagen, wo's lang geht"), brauchen wir uns auch nicht zu wundern.

Zugegeben: ich bin auch beeindruckt. Von der Klarheit und Vehemenz, mit der Fr. Stock vom Deutschen Gehörlosenbund das Recht auf Gebärdensprache einfordert und das Verbot der Gebärdensprache an den Schulen heftig kritisiert. Die Gebärdensprache, "das ist unser Leben", stellt sie fest. Ohne Dolmetscher läuft nichts, sind Verständigung und Orientierung nicht möglich. Die Gebärdensprache nicht anzuerkennen, bedeute vergleichsweise, einem Rollstuhlfahrer den Rollstuhl wegzunehmen und zu sagen: *Du brauchst Dich nur anzustrengen, dann kannst Du laufen. Du mußt nur wollen.* Dem ist nichts hinzuzufügen. ■

Ursula Aurien, Berlin

Akzeptanzschaffung für Humangenetik - jetzt auch auf dem Kirchentag

Daß unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit über das Lebensrecht behinderter Menschen diskutiert wird, ist traurige Realität; daß dies jetzt auch auf dem gerade vergangenen Deutschen Evangelischen Kirchentag in München geschah, ist m. E. eine schlimme und bedrohliche neue Eskalationsstufe.

Zum ersten Mal gab es bei einem Evangelischen Kirchentag ein Zentrum mit Veranstaltungen zum Thema Behinderte mit dem provokativen Titel: 'Behindert: Annahme verweigert!?' Symptomatisch für die Situation behinderter Menschen in dieser unserer Gesellschaft war die Lage dieses Veranstaltungsortes: etwa 10 km entfernt vom Messegelände - des Mittelpunkts der Großveranstaltung - in einem am Rande der Stadt gelegenen Stadtteil, der nicht einmal mit der in München behindertenfreundlich gestalteten U-Bahn, sondern nur mit dem Bus erreichbar war. Hier verirrte sich sicher keiner der 125 000 Teilnehmer hin, der sich nicht außergewöhnlich stark für die Thematik interessierte! (In einer Veranstaltung, in welcher dies thematisiert wurde, teilten die Organisatoren dem Publikum mit, daß sie von der Kirchentagsleitung vor die Alternative gestellt wurden, die Veranstaltungen in diesen Räumlichkeiten stattfinden zu lassen oder eben gar nicht - knallharte Politik!)

Wenn auch die Örtlichkeiten alles andere als optimal waren, so sollte mensch wenigstens annehmen, daß die thematische Ausrichtung der einzelnen Veranstaltungen im Sinne behinderter Menschen ist. Doch wieder einmal stellte sich heraus, daß es kräftig daneben geht, wenn Nichtbehinderte etwas in unserem Interesse organisieren.

Ich wählte mir die Veranstaltung mit dem Titel aus "Über die 'Pflicht', ein gesundes Kind zur Welt zu bringen". In meiner Naivität war ich davon überzeugt, daß es das Konzept dieser Veranstaltung sein würde, eindeutig Stellung gegen diese These zu beziehen. Pustekuchen! Sie entpuppte sich wieder mal als eines der 'üblichen' pro- und contra-Gespräche über unser Lebensrecht. Die Diskutanten waren Prof. Dr. Stengel-Rutkowski, eine Humangenetikerin, die in München als Beraterin tätig ist, Dr. Eva Schindele, Mitarbeiterin der unabhängigen Beratungsstelle zur vorgeburtlichen Diagnostik 'cara' in Bremen und Anne Waldschmidt, eine behinderte Sozialwissenschaftlerin aus Bonn/Siegen. Anwesend waren ca. 40 (meist jüngere) KirchentagsteilnehmerInnen.

Prof. Dr. Stengel-Rutkowski sprach die typische Sprache einer Humangenetikerin. Kern ihres Statements war die Mär von der neutralen und nichtdirektiven Beratung, die es m. E. nicht, schon gar nicht von HumangenetikerInnen, geben kann. Stolz darauf, die humangenetische Beratungsstelle in München gegründet zu haben, gestand sie Fehler der HumangenetikerInnen bezüglich der mangelnden Akzeptanz für behinderte Menschen ein und zeigte sich lernbereit, schließlich arbeite sie im Kinderzentrum München. (Das Kinderzentrum ist eine überregional bedeutsame und anerkannte Frühförderungseinrichtung mit dem Ziel einer Integration von Behinderten und Nichtbehinderten. Daß sie dort arbeitet, muß mensch sich auf der Zunge zergehen lassen!).

Ihrer Position wurde von Eva Schindele energisch widersprochen. Sie thematisierte vor allem den Risikobegriff in dem Sinne, daß die werdende Mutter sich etwas vormache, wolle sie durch humangenetische Beratung bzw. Diagnostik sicherstellen, ein nichtbehindertes Kind zu bekommen. Sie berichtete von ihrer Beratungsstelle, deren Ziel es sei, die zunehmende Routine in der Anwendung zu durchbrechen und einen reflektierten Umgang mit vorgeburtlichen Untersuchungen zu fördern. Wie aus dem von ihr zu Beginn der Veranstaltung verteilten Informationsfaltblatt hervorgeht, werden jedoch medizinische Maßnahmen nicht generell abgelehnt.

Einzig Anne Waldschmidt vertrat 'unsere' Position. Sehr präzise arbeitete sie heraus, daß die eugenische Indikation, verschleiert als embryopathische Indikation, durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum 218 wieder enorm aufgewertet wurde - Abtreibungen, die wegen einer 'Schädigung' des Embryos vorgenommen werden, bezahlen die Krankenkassen ja weiterhin - und machte den Anwesenden die Tatsache deutlich, daß

auf der einen Seite Sozialleistungen gekürzt werden, aber zugleich humangenetische Beratungsstellen massiv gefördert werden und wozu dies führt. Sie fragte provokativ, ob den Behinderten diese Gesellschaft zugemutet werden könne und stellte dar, wie die Humangenetik die Tatsachen verdreht: daß auf einmal das behinderte Kind zum Problem gemacht werde, statt die das Kind behindernde Umwelt. Leider sprach sie sich nur für eine Austrocknung humangenetischer Beratung und Diagnostik aus, nicht aber für ein generelles Verbot.

Die allgemeine Diskussion mit den Anwesenden, die zu einem relativ späten Zeitpunkt eröffnet wurde, machte - gottseidank - deutlich, daß Frau Stengel-Rutkowski ziemlich mit dem Rücken zur Wand stand. Die, die sich an der Diskussion beteiligten, griffen ihren Berufsstand ausnahmslos an. Hervorzuheben ist m. E. der Redebeitrag einer Frau, die erzählte, wie sie sich vor ihrer Frauenärztin in Rechtfertigungszwang fühlte, weil sie eine humangenetische Untersuchung, zu der ihr als sog. Spätgebärende geraten wurde, ablehnte. - Leider ist jedoch anzunehmen, daß diejenigen, die Frau Stengel-Rutkowski Recht gaben, zu diesem Zeitpunkt bereits gegangen waren.

Hatte ich durch die Diskussionsbeiträge angenommen, Frau Prof. Dr. Stengel-Rutkowski vertrete eine nicht ganz so scharfe Position, so wurde ich eines Besseren belehrt, als ich nach Ende der Veranstaltung einen Wortwechsel mithörte: 'Wir sind wieder einmal keinen Schritt weitergekommen!' [Was kann das anderes bedeuten als: ... auf dem Wege der Akzeptanzschaffung für die Humangenetik?]

Am nächsten Tag kam es m. E. noch schlimmer:
In einer großen Messehalle, die gut gefüllt war (ca. 500-800 Teilnehmer - ich kann schlecht schätzen -) hatte Frau Prof. Dr. Schroeder-Kurth, Leiterin der humangenetischen Beratungsstelle der Universität Heidelberg und Mitglied des Kirchentags-Präsidiums (!) die Gelegenheit, einen ca. 70-minütigen Vortrag zum Thema "Wer verfügt über die Grenzen des Lebens?" zu halten, nach dem ganze 20 Minuten für eine Diskussion mit den Publikum vorgesehen waren. Sie baute ihren Vortrag geschickt auf, so daß sie jeweils die Position der KritikerInnen der Humangenetik vorwegnahm, um sie im Anschluß daran scheinbar zu widerlegen. Beginnend bei der Todesstrafe als eine Unterminierung des Rechts auf Leben staatlicherseits und der Darstellung verschiedener möglicher Versuche, den Zeitpunkt zu bestimmen, wann Leben beginnt bzw. endet - sie brachte in diesem Zusammenhang die, m. E. höchst problematischen, Begriffe 'Lebensinteresse' und 'soziale Akzeptanz' ins Spiel - über sehr problematische Gedanken zum 218, näherte sie sich der 'Euthanasie'thematik an, bei der sie sich gegen eine generelle bzw. theoretische Diskussion zugunsten einer pragmatischen Herangehensweise aussprach. 'Natürlich' distanzierte sie sich von der Euthanasiepraxis in den Niederlanden.
Gleich zu Beginn ihres Vortrags vertrat sie die Meinung, daß mit Vertretern der Kosten-Nutzen-Analyse diskutiert werden sollte und müßte. Daß sie von Behinderung als 'schwerwiegende nichtbehebbare Schädigung' sprach, versteht sich fast von selbst ...

Ich habe mir vorgenommen, bei der **Vorbereitung** eines Zentrums für Behinderte **auf dem nächsten Kirchentag 1995 in Hamburg** mitzuarbeiten, damit oben beschriebene Skandale verhindert werden. Außerdem habe ich in den Vorbereitungskreis für den **Kirchentag von unten 1994 in Dresden** die Forderung nach Veranstaltungen mit dem thematischen Schwerpunkt 'Behinderte' eingebracht.
Wer mich unterstützen will oder Ideen dazu hat, melde sich bitte bei:
Martin Seidler, Am Weingarten 2, 68169 Mannheim. ■

Martin Seidler, Mannheim

DOKUMENTATION

Kommission für Öffentlichkeitsarbeit und ethische Fragen der Gesellschaft für Humangenetik e.V. - Der Vorsitzende -

Institut für Humangenetik und Anthropologie
Breisacher Str. 33, 7800 Freiburg i.Br.
24.5.1993

Offener Brief

Betr.: Fachtagung: Vom Recht auf Anderssein am 27.-28. April 1993 in Köln

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit diesem Schreiben möchte die Kommission für Öffentlichkeitsarbeit und ethische Fragen der Gesellschaft für Humangenetik e.V. noch einmal Stellung zu der obengenannten Fachtagung nehmen. An dieser Veranstaltung haben 4 der 5 Mitglieder der Kommission für Öffentlichkeitsarbeit und ethische Fragen der Gesellschaft für Humangenetik e.V. sowie weitere Mitarbeiter humangenetischer Institute und genetischer Beratungsstellen teilgenommen. Die Tagung hätte die Chance bieten können, den Dialog zwischen Selbsthilfeorganisationen und Humangenetik fortzusetzen, der auf lokaler Ebene ja schon seit vielen Jahren im Gange ist und auf überregionaler Ebene auf der Tagung: "Selbsthilfegruppen und Humangenetiker im Dialog" im Dezember 1991 in Bonn begonnen wurde. Allerdings wurde schon im Vorfeld der Kölner Tagung und bei der Programmplanung deutlich, daß den Veranstaltern wenig an einem echten Dialog mit Humangenetikern lag. Wie ist es sonst zu erklären, daß Herrn Prof. Walther Vogel nur zögerlich die Möglichkeit eingeräumt wurde, wenigstens das Selbstverständnis von genetischer Beratung, so wie es innerhalb der Humangenetik praktiziert wird, darzustellen? Der Umgang mit den anwesenden Humangenetikern selbst und deren Diskussionbeiträgen zeigte, daß Antworten bereits vor den Fragen feststanden, daß Unterstellungen Fakten ersetzten, und daß statt Dialog ein Tribunal stattfinden sollte, in dessen Vordergrund ein dumpfes Feindbild von Humangenetik stand, nach dessen Bestätigung man beständig suchte. Bestenfalls wurden Humangenetiker als hilflose Akteure oder naive Mitspieler in einer von dunklen Mächten gesteuerten, verhängnisvollen Entwicklung dargestellt. Während der Diskussion gestellte, ultimative Forderungen, zu komplexen Themen kurze und endgültige Statements abzugeben, ohne die Möglichkeit zu einer differenzierten und - wie bei allen anderen Beiträgen - vorbereiteten und ausgearbeiteten Stellungnahme einzuräumen, lassen ebenfalls nicht gerade auf Diskussionsfreudigkeit und Dialogbereitschaft schließen. Schließlich hat die Feindseligkeit der Stimmung auf der Tagung bei mehreren Teilnehmern, die auf lokaler Ebene sehr gut und sehr intensiv mit Betroffenen und deren Gruppen zusammenarbeiten, große Betroffenheit und weitgehend Unverständnis ausgelöst. Unseres Erachtens wurde eine Chance zum gemeinsamen Dialog auch dadurch vertan, daß die Humangenetiker dezidiert von dem Dialog und der Verantwortung für die Erklärung nach der Veranstaltung ausgeschlossen wurden. Wir können es uns auch nur als eine Folge dieser Dialogverhinderung erklären, daß im Kuratorium der Aktion Sorgenkind die Bezuschussung einer Fortbildungsveranstaltung zu ethischen und psychologischen Aspekten genetischer Beratung für Mitarbeiter genetischer Beratungsstellen von den Eltern- und Selbsthilfeverbänden stark problematisiert wurde und Bedenken gegen die Bewilligung bestanden. Ist es naiv anzunehmen, daß gerade solche Aktivitäten von den Eltern- und Selbsthilfeverbänden nach Kräften unterstützt werden müßten? Uns würde interessieren, weshalb die Förderung einer zentralen Fortbildungsveranstaltung zu ethischen und psychologischen Aspekten genetischer Beratung problematisiert wird.

Wir möchten ausdrücklich betonen, daß

wir die in Köln vorgetragenen Positionen respektieren und den Dialog hierüber fortsetzen möchten. In diesem Zusammenhang verdient festgehalten zu werden, daß einzelne Beiträge Betroffener selbst oftmals differenzierter waren als die anderer Teilnehmer. Dementsprechend erreichten uns nach der Tagung auch Anrufe von Teilnehmern aus Selbsthilfeverbänden, die den vorherrschenden Tenor der Kölner Tagung bedauerten und feststellten, daß diese Tagung im Vergleich zu der Bonner Tagung* inhaltlich einen ausgesprochenen Rückschritt darstellt. In Anbetracht der uns entgegengebrachten, scharfen Kritik an der Bonner Tagung, auf der Teilnehmer und Veranstalter in einem ständigen Dialog um die Differenzen und Gemeinsamkeiten gerungen haben, müssen wir aber doch die Unausgewogenheit und Einseitigkeit der Kölner Veranstaltung kritisieren. Diese Kritik bezieht sich auch auf die einseitige und dogmatische Behandlung der Problematik des Schwangerschaftsabbruches nach einer festgestellten kindlichen Erkrankung oder Behinderung. Gerade die Problematik der ständigen Ausweitung pränantaler Diagnosemöglichkeiten und die mögliche Auswirkung auf die soziale Wahrnehmung von und den Umgang mit genetisch bedingter Behinderung bzw. Erkrankung müssen diskutiert werden.
Selbstverständlich soll pränatale Diagnostik nicht als Problemlösungsstrategie zur Reduzierung der Prävalenz von Behinderungen angesehen werden. Wir sind uns bewußt, daß Behinderung auch ein soziales Konstrukt ist, das auf negativer sozialer Zuschreibung, Diskriminierung, Ignoranz und Intoleranz beruht. Allerdings können wir nur bedauern, wenn diese letzgenannten sozialen Mechanismen ihrerseits wie in Köln geschehen bei der Bewertung humangenetischer Beratung und pränataler Diagnostik Geltung erlangen. Dialogbereitschaft auf beiden Seiten ist erforderlich.

In diesem Zusammenhang müssen wir nochmals - wie auch schon auf der Kölner Tagung - auf die Stellungnahme der Kommission für Öffentlichkeitsarbeit und ethische Fragen der Gesellschaft für Humangenetik e.V. zur vorgeburtlichen Diagnostik und zum Schwangerschaftsabbruch verweisen, die offensichtlich nicht oder nicht genügend zur Kentnis genommen wird (s.Anlage). Diese Erklärung versucht, der Kompliziertheit und Konflikthaftigkeit pränataler Diagnostik und des Schwangerschaftsabbruches gerecht zu werden. Es erscheint uns dringend erforderlich, daß diese und andere Stellungnahmen, die den Diskussionsstand innerhalb der Gesellschaft für Humangenetik e.V. und des Berufsverbandes Medizinische Genetik e.V. widerspiegeln, endlich zur Kenntnis und als Diskussionsgrundlage ernst genommen werden. Auf dieser Basis sollte es unseres Erachtens möglich sein, den Dialog auch auf der überregionalen Ebene fortzusetzen. Innerhalb der Humangenetik werden die Eltern- und Selbsthilfeverbände hierfür jederzeit offene Ansprechpartner finden.

Mit freundlichen Grüßen
für die Kommission
PD Dr. med. G. Wolff
(Vorsitzender)

Verteiler:
* Bundesvereinigung Lebenshilfe für geistig Behinderte e.V.; * Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte e.V.; * Kuratorium der Aktion Sorgenkind e.V.; * Vorsitzender des Berufsverbandes Medizinische Genetik, Herrn Prof. Dr. Jörg Schmidtke, Abt. Humangenetik, Medizinische Hochschule Hannover; * Vorsitzender der Gesellschaft für Humangenetik e.V., Herrn Prf. Dr. Eberhard Passarge, Institut für Humangenetik der Universität Essen; * Redaktion Medizinische Genetik, Abt. für Pädiatrische Genetik der Kinderpoliklinik der Universität München

* Dokumentation in: Zerres K. Rüdel R (Hrsg) Selbsthilfegruppen und Humangenetiker im Dialog. Enke. Stuttgart, 1993

Mitglieder der Kommission:
Priv.Doz. Dr. med. G. Wolff, Vors.
Priv.Doz. Dr. rer. soc. I. Nippert, stlv..Vors.
Prof. Dr. med. E. Schwinger
Prof. Dr. med. W. Vogel
Prof. Dr. med. K. Zerres
Dr. rer.nat. H. Neitzel (ständiges beratendes Mitglied)

Bubis gegen 'Euthanasie'-Diskussion

Mitte Mai fand in Frankfurt ein Treffen zwischen Ignatz Bubis, Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland, und Leuten aus dem Kreis des bundesweiten Anti-Eugenik-Forums statt. Der aktuelle Anlaß war der Versuch, die vom Rowohlt-Verlag geplante Übersetzung des Buches 'Should the baby live' von Peter Singer und Helga Kuhse zu verhindern. Das Gespräch hatte äußerst positive Ergebnisse. Ignatz Bubis bezog klare Positionen, wir wir sie von Funktionsträgern - etwa aus der Behindertenfürsorge - in der Eindeutigkeit und mit solcher Selbstverständlichkeit nicht kennen.

Für den Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland darf es keine Diskussion um Lebensrechte geben. Denn, so Bubis, schon die Debatte mit einem Für und Wider eröffnet Zweifel, die fatale Konsequenzen nach sich ziehen werden. Angesprochen auf den Vorwurf des Antisemitismus, den die KritikerInnen von Singer hier und da zu hören bekommen, meinte Bubis, daß dies ausgemachter Quatsch sei: Es geht um die Positionen von Singer und nicht darum, ob er der Jüdischen Gemeinde angehöre. Bubis versprach, bei seinen öffentlichen Auftritten und in seinen Vorträgen auf die Gefahren der neuen 'Euthanasie'-Diskussion aufmerksam zu machen.

Das waren keine leeren Worte. Auf einer Gedenkstunde Ende Juni in der ehemaligen Tötungsanstalt Hadamar zur Erinnerung an mindestens 37 ermordete jüdische Kinder und Jugendliche nannte Bubis es verwerflich, daß Wissenschaftler wieder darüber nachdenken, “ob minderwertiges Leben erhaltenswert” sei. Und weiter: “Wir müssen nachdenken, ob wir mit Blick auf die heutigen Ereignisse aus der Geschichte etwas gelernt haben”. Es sei ein Skandal, wenn sich Wissenschaftler heute die Frage stellten, ob Kranke oder Behinderte bei der Geburt getötet werden sollten. Offensichtlich habe die Bestrafung der Täter von damals nicht dazu geführt, Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen (FR, 21.6.93).

Für die am Gespräch mit Ignatz Bubis Beteiligten war es eine neue und ermunternde Erfahrung, inhaltliche Zustimmung und Unterstützung zu bekommen, auch ohne erst noch mit weitschweifigen Erklärungen überzeugen zu müssen. Und das bei einem Gegenüber, der sicher kein Fachmann für behinderten- und gesundheitspolitische Fragen ist. ■

Udo Sierck, Hamburg

***Anmerkung der Redaktion*:**

Die deutsche Fassung von SHOULD THE BABY LIVE? ist inzwischen - leider - im Harald Fischer Verlag in Erlangen, erschienen. Einziger Trost: Es ist *nicht* zum Taschenbuchpreis zu haben, sondern ziemlich teuer. In einem Fax an sämtliche Buchhandlungen preiste der Verlag das Buch (zu deutsch: 'Muß dieses Kind am Leben bleiben? - Das Problem schwerstgeschädigter Neugeborener') unlängst lautstark an. In einer Anzeige im Deutschen Börsenblatt wirbt der Verlag mit den Worten: "... der zweifelhafte Erfolg jener, die die Publikation dieses Buches verhinderten, liegt darin, daß man sich hierzulande nun weiterhin über die Brisanz des Themas wird betrügen können."

REZENSION

Der Pannwitzblick

Es ist da - das Buch zum Film "Der Pannwitzblick". Nun kann noch etwas über den Film nachgelesen werden, der seit einigen Monaten in Kreisen der Krüppelszene und darüber hinaus diskutiert wird.

Es ist sicherlich nicht schlecht, noch etwas zu lesen, damit die verschiedenen Aspekte deutlicher werden. Der Gesamtzusammenhang wird dadurch jedoch nicht einfacher. Neben den verschiedenen inhaltlichen Ebenen des "Pannwitzblicks" wird im Buch auch der Aufbau des Films selbst zum Gegenstand. Diese Auseinandersetzung lohnt sich, da das Zusammenwirken der einzelnen Filmsequenzen in diesem Montagefilm ungewöhnlich ist und viel zur inhaltlichen Aussage beiträgt.



Foto: Medienwerkstatt Freiburg

In diesem Buch, das Udo Sierck und Didi Danquart herausgeben, werden die verschiedenen Aspekte in einzelnen Aufsätzen vertieft. Die meisten AutorInnen haben auch am Film mitgearbeitet. Nach einem Vorwort von Udo Sierck, in dem deutlich wird, daß die Thematik an Aktualität immer noch gewinnt, gibt Didi Danquart nähere Erläuterungen zum Aufbau des Films: "Mir geht es in erster Linie um das Schauen, wie wir 'Normalen' auf die behinderten Menschen schauen." (S. 16) Ihm ist es gelungen, in die inhaltliche Thematik einzuführen, indem er einen Bogen von der NS-Sozialpolitik zur aktuellen Auseinandersetzung um Sterbehilfe spannt und die Menschen vorzustellen, die in ihm vorkommen. Die verschiedenen Themen werden später aufgegriffen, auch wenn der Zusammenhang nicht immer erkennbar ist.
Karl Heinz Roth stellt in seinem Artikel dar, wie sich die Kindereuthanasie im Nationalsozialismus entwickelt hat und die dazugehörigen Propagandafilme entstanden sind, aus denen Sequenzen im "Pannwitzblick" verarbeitet wurden. Cornelius Schwehr beschäftigt sich mit der Filmmusik in den Sequenzen aus dem Film: "Ich klage an". Einerseits ist es sicherlich interessant mitzubekommen, wieviel Details bei der Filmproduktion berücksichtigt wurden, andererseits nimmt dieses Detail einen unverhältnismäßig breiten Raum ein. Birgit Korn zeigt eine andere Perspektive auf. Ihre persönlichen Wahrnehmungen als nichtbehinderte und behinderte Frau verdeutlichen Sichtweisen von Behinderung, wie sie im Film nicht unbedingt erwähnt werden, jedoch eine gute Ergänzung darstellen. Dabei beschreibt sie ihre Erfahrungen durch den plötzlichen Verlust ihrer körperlichen Selbständigkeit und wie sie ihre Gehfähigkeit und ihre damit verbundene gesellschaftliche Anpassungsfähigkeit mit all ihren Widersprüchen zurückgewinnt. Die Artikel über die 'Euthanasie'-Diskussion von Udo Sierck und über das Zauberwort *Selbstbestimmung* von Theresia Degener verdeutlichen die historischen und sozialpolitischen Zusammenhänge, die in den Auseinandersetzungen in den letzten Jahren eine Rolle gespielt haben.

Es fällt mir schwer, das Buch ohne den Film zu beurteilen. Sein Reiz liegt in der Art, wie die verschiedenen Problembereiche zusammen verarbeitet werden und wie sie sich ergänzen. Auch die AutorInnen des Buches haben versucht, die verschiedensten Themen anzusprechen. Da ein Buch jedoch ein anderes Medium ist, stehen die verschiedenen Probleme eher für sich. So wird die Kindereuthanasie im Faschismus ebenso erörtert, wie die ersten Erfahrungen nach einer erworbenen Behinderung und die aktuelle Euthanasiediskussion. Für mich, die ich die Diskussion schon mehrere Jahre verfolge, ist es schwer einzuschätzen, wie weit durch die Zusammenstellung des Buches die Aussagen des Films klarer werden. Sicherlich liefert es gute Hintergrundinformationen über die DarstellerInnen und woher die einzelnen Filmsequenzen stammen. An diesem Punkt setzt der Film sehr viel voraus.

Den einzelnen Aufsätzen ist für alte Hasen nicht viel Neues zu entnehmen, wenn sie auch das schon öfter Gesagte gut zusammenfassen. Die neue Qualität des Montagefilms, die künstlerische Zusammenstellung, klingt nur in den Aufsätzen an, die den Film selbst zum Thema haben. Diese Artikel finde ich interessant, da sie meinen Blick schärfen für die Art, wie inhaltliche Aussagen und filmerische Verarbeitung ineinander greifen.
Hingegen vermisse ich in dem Buch einen Aufsatz, der das Gesamtthema, den Blick und die damit verbundene Gewalt auf behinderte Menschen, in den verschiedenen Dimensionen anspricht. Dies scheint mir das wirklich Neue zu sein.

Wenn Udo Sierck im Vorwort schreibt, daß das Buch auch für Leute, die den "Pannwitzblick" nicht kennen, eine Antwort auf die Frage bietet, wie Gewalt gegenüber Behinderten entsteht, hat er insofern recht, als die einzelnen Aufsätze auch ohne die Kenntnis des Films verständlich sind. Aber der thematische Gesamtzusammenhang des "Pannwitzblicks" wird allein durch das Buch nicht deutlich. Vor allem stiftet der hinten abgedruckte Filmtext, wenn er von Leuten gelesen wird, die den Film nicht kennen, vermutlich starke Verwirrung.

Lesenswert ist es auf jeden Fall für Leute, die sich beim Sehen des Filmes zum ersten Mal mit der Entstehung von Gewalt gegen Behinderte beschäftigen und sich nun weiter damit auseinandersetzen wollen. ■

Katrin Metz, Berlin

Udo Sierck, Didi Danquart (Hg):
Der Pannwitzblick. Wie Gewalt gegen Behinderte entsteht. Hamburg, 1993, 147 S.; 18,- DM

REZENSION

DIE REVOLTE FRUSTRIERT IHRE VÄTER

Über Lothar Sandforts Buch "Esmeralda - ich liebe dich nicht mehr"

Wenn einer ein Buch veröffentlicht, der zu den Pionieren der bundesdeutschen Behindertenbewegung gehört, der am Krüppeltribunal maßgeblich beteiligt war und später Redakteur der "randschau", dann sind die Erwartungen hoch, aber auch widersprüchlich (zumal, wenn der Leser, wie ich, erst sehr viel später dazugekommen ist). So ein Buch soll Erfahrungsbericht sein, kritische Reflexion der eigenen Geschichte, Einführung in die theoretischen Ansätze der Behindertenbewegung, Standortbestimmung und noch einiges mehr.

Vielleicht hat Lothar Sandfort diese verschiedenen Erwartungen gespürt; jedenfalls, so scheint es, hat er sich nicht recht entscheiden können, welche davon er erfüllen will. Sein Buch ist von all dem etwas, aber nicht ganz. Das ist schade, denn es stellt eine Reihe wichtiger Fragen. Zuviele Fragen vielleicht für knappe 100 Seiten; jedenfalls wird vieles davon nur angerissen, aber nicht zuende diskutiert. Das hinterläßt zuweilen ein Gefühl der Ratlosigkeit, auch wenn (oder gerade weil) das Buch nicht Anspruch erhebt, sämtliche Fragen in Zusammenhang mit Behinderung erschöpfend zu behandeln. Es will laut Klappentext "Gebrauchsbuch" sein, "anregen, Ursachen zu verstehen, Lösungswege kennenzulernen und eigene Entdeckungen zu versuchen".

Die Entdeckungsreise beginnt mit einem historischen Überblick im Schnelldurchgang über die Stellung Behinderter in verschiedenen Gesellschaftsordnungen seit der Antike. Bei aller Kürze werden dabei zumindest ansatzweise die Brüche, aber auch die Kontinuität der Bedrohung behinderten Lebens deutlich von der Aussetzung behinderter Kinder bei den alten Germanen über die Massenvernichtung im Faschismus bis zur aktuellen Lebenswertdebatte.

In den folgenden Abschnitten versucht der Autor, die tieferliegenden Gründe der ungebrochenen Behindertenfeindlichkeit zu analysieren. Er beschreibt ausführlich, wie kulturelle Leistungs- und Schönheitsnormen über die Wertschätzung von Menschen entscheiden, Behindertenfeindlichkeit wird erklärt als die nach außen gerichtete Angst davor, diese Normen nicht erfüllen zu können.

Sandforts Untersuchung gesellschaftlicher Werthaltungen kreist um zwei zentrale Begriffe: "Heros" und "Lepros". Sie sind Kürzel für Wertschätzung einerseits und Verachtung andererseits, wobei Behinderung im gesellschaftlichen Bewußtsein alles das repräsentiert, was den "Lepros" ausmacht: Schwäche, Unattraktivität, Abhängigkeit.

Es folgt eine Beschreibung der Mechanismen, die die Gesellschaft entwickelt hat, um sich die Konfrontation mit dem "Lepros" zu ersparen; von der Aussonderung in Anstalten bis zur pränatalen Diagnostik. Gezeigt wird aber auch, wie Behinderte selbst durch Anpassung, Überkompensation und Ausgrenzung Schwächerer dem verbindlichen Ideal des "Heros" näherzukommen suchen.

Das alles ist nicht unbedingt neu und hätte vielleicht auch kürzer als auf einem Drittel des gesamten Buches abgehandelt werden können. Auch ist mir nie ganz klar geworden, was die immer wiederkehrenden Begriffe "Heros" und "Lepros" eigentlich erklären sollen; für das Verständnis der von Sandfort beschriebenen Phänomene scheinen sie mir jedenfalls nicht wesentlich. Immerhin bietet dieser Abschnitt einen brauchbaren Überblick über einen wichtigen Aspekt gesellschaftlicher Ausgrenzung.

Der Autor selbst sieht das anders: Die kulturellen Normen sind für ihn eben nicht nur ein Aspekt unter anderen, sondern die zentrale Erklärung für Behindertenfeindlichkeit schlechthin. Dabei bleibt sein Kulturbegriff merkwürdig diffus. Kultur erscheint als mysteriöses "Wesen", das ein geheimnisvolles Eigenleben führt und von Menschen nur sehr begrenzt beeinflußbar ist. Daß aber die Normen, die zur Ausgrenzung des Unangepaßten führen, auch von Interessen bestimmt sind und etwas mit Macht zu tun haben, findet nur am Rande Erwähnung.

Lothar Sandfort ist Psychologe. Er wendet sich gegen eine Gesellschaftskritik, die alle Schuld an der alltäglichen Diskriminierung bei äußeren, klar bestimmbaren Gegnern sucht. Für ihn sitzt der Gegner tiefer, nämlich im Bewußtsein jedes Einzelnen und nicht zuletzt in dem von uns Behinderten selbst. Emanzipation bedeutet für ihn zuallererst, sich selbst von verinnerlichten Idealbildern freizumachen.

Daran ist sicher viel Richtiges. Ärgerlich finde ich es aber, wenn der Autor für die eigene Deutung zwischen den Zeilen eine Art Absolutheitsanspruch erhebt und zu diesem Zweck andere Erklärungsansätze verkürzt wiedergibt. Sandfort wirft der "progressiven" Behindertenbewegung vor, es sich mit ihrer Kapitalismuskritik zu einfach zu machen, indem gesellschaftliche Ausgrenzung ausschließlich auf Verwertungsinteressen zurückgeführt werde. Dieser Vorwurf wäre zutreffend, wenn die von ihm Kritisierten tatsächlich so platt ökonomistisch argumentieren würden, wie er es unterstellt. Im Bemühen, jede Kritik am Kapitalismus sanft zu beerdigen, unterschlägt er alle Ansätze einer differenzierteren Argumentation. Diese begreift Kapitalismus eben nicht nur als ökonomische Struktur, sondern zugleich als individuelle Werthaltung; beides bedingt sich gegenseitig und ist zusammen Gegenstand der Kritik. Das aber scheint der Autor nicht zur Kenntnis zu nehmen; ansonsten hätte er bemerken können, daß es da durchaus Berührungspunkte zu seinen Thesen gibt. Vielleicht will er das auch gar nicht bemerken, denn die Beschäftigung mit Machtverhältnissen ist ihm offenbar eher lästig. Haben da die langen Jahre grüner Realpolitik ihre Spuren hinterlassen? So fällt der Vorwurf, den er anderen macht, auf ihn selbst zurück, denn seine Analyse wirkt streckenweise gerade so

eindimensional, wie er es den linken KapitalismuskritikerInnen vorhält.

Die Ablehnung schneller Schuldzuweisungen durch den Autor klingt zunächst sympathisch und vernünftig. Im Ergebnis führt sie bei ihm aber dazu, daß irgendwie alle und eigentlich niemand an Diskriminierung schuld ist. Alle Beteiligten, ob PolitikerInnen oder HumangenetikerInnen, werden auf diese Weise allzu schnell aus ihrer Verantwortung entlassen; sie sind letztlich auch nur Opfer der gesellschaftlichen Orientierung am Ideal des "Heros". Wie und warum der "Heros" aber entsteht und mit bestimmten Inhalten gefüllt wird, dazu sind die Aussagen des Buches eher dünn. Leider verzichtet Sandfort weitgehend auf eine ideologiekritische Auseinandersetzung mit diesen Idealbildern und begnügt sich mit einer rein psychologischen - um nicht zu sagen: psychologisierenden - Beschreibung.

Mit Interesse habe ich dagegen die letzten Kapitel des Buches gelesen, in denen der Autor die Geschichte der bundesdeutschen Behindertenbewegung mitsamt ihren Spaltungen nachzeichnet und einige treffende Anmerkungen zur gegenwärtigen Situation macht. Er stellt bei den übriggebliebenen Gruppen die Tendenz fest, sich in der täglichen Kleinarbeit aufzureiben und nicht mehr über den eigenen Tellerrand hinauszublicken. Insgesamt zieht Sandfort ein eher ernüchterndes Fazit seiner behindertenpolitischen Arbeit. Dies mag seine Unlust erklären, sich auch weiterhin auf direkt politisches Engagement einzulassen.

Anregend waren für mich seine Gedanken zum Verhältnis von Behindeten und Nichtbehinderten in aktiven Gruppen, sowie zu den besonderen Bedingungen emanzipatorischer Behindertenpolitik, die sich von denen der Vorbilder (Frauenbewegung, Schwulen- und Lesbenbewegung) grundlegend unterscheiden. Der Autor betont zurecht, daß unsere Einschränkungen eben nicht nur gesellschaftlich bedingt und damit prinzipiell aufhebbar sind, sondern sehr real und meist unveränderlich. Mit diesem Hinweis verbindet er die Mahnung, die eigenen Einschränkungen nicht zu leugnen, sondern Zweifel und auch Trauer zuzulassen, auch zu akzeptieren, daß Behinderung mitunter tatsächlich mit Leiden verbunden ist.

An die Adresse mancher KrüppelaktivistInnen richtet sich sein Vorwurf, durch die Demonstration von Stärke und Selbstbewußtsein ein falsches Bild zu zeichnen und damit letztlich das herrschende Leistungsideal zu reproduzieren. Darüber lohnt es sich, nachzudenken.

Sandfort trauert ein wenig den Krüppelgruppen aus der Bewegungsfrühzeit nach und wünscht sich eine Rückbesinnung auf ihren selbsterfahrungsorientierten Ansatz. Dabei bleibt jedoch offen, wie sich dieser mit politischer Arbeit vereinbaren läßt, erst recht unter den Bedingungen eines enorm verschärften äußeren Drucks.

Daß Lothar Sandfort ausgerechnet die Independent-Living-Bewegung als einen Lösungsweg anpreist, ist für mich dabei nicht ganz nachvollziehbar - höchstens erklärbar: Jede/r findet den eigenen Laden eben besonders toll. Deshalb ist natürlich auch meine eigene Empörung rein subjektiv, wenn ich lesen muß, das Forum der Krüppel- und Behinderteninitiativen habe "seine ursprüngliche Berechtigung überlebt". Dabei scheinen mir allerdings auch Sandforts Bemerkungen zu diesem Thema eher unter die Rubrik zu fallen: "Die enttäuschte Liebe des Lothar S. zum Krüppelforum".

Das Buch ist gut lesbar und wird immer wieder durch belletristische Zwischentexte aufgelockert; mal anekdotisch ("Wißt Ihr noch, wie Franz Christoph den Bundespräsidenten ans Bein gehauen hat?"), mal persönlich (wie z.B. der - fiktive? - Brief an die Ex-Geliebte). Sie verdanken ihren (unterschiedlich großen) Reiz weniger literarischem Anspruch, als einem gewissen Wiedererkennungseffekt. Es werden Situationen und Gefühle beschrieben, die wahrscheinlich jede/r Behinderte in ähnlicher Form kennt; sie illustrieren plastisch die Themen des Autors über die Verinnerlichung von Normen und die Möglichkeit, diese zu überwinden.

Lothar Sandfort schreibt in einem Stil, der mir durchaus sympathisch ist. Er redet viel von sich und vermeidet schroffe Töne. Mit dieser Art von Freundlichkeit erreicht er, daß manche kleine Unverschämtheit und Unterstellung erst beim zweiten Lesen auffällt.

Je weiter ich in dem Buch vorgedrungen bin, desto öfter stellte sich das Gefühl ein, einzelne Passagen schon gelesen zu haben. Wenn es um "sein" Thema geht, schreckt Sandfort auch vor Wiederholungen nicht zurück. Über manches Andere wiederum hätte ich gerne mehr gelesen und war entsprechend enttäuscht, wenn der Autor nach wenigen Zeilen das Thema wechselte. So hätte ich gerne mehr darüber erfahren, welche Entstehungsbedingungen nach Meinung des Autors für gesellschaftliche Normen maßgeblich sind und wie diese verändert werden können; oder darüber, wieweit eine emanzipatorische Behindertenbewegung auch moralisch argumentieren muß. Manche von Sandforts Thesen hätten dadurch vielleicht an Überzeugungskraft gewonnen. Das wäre dann allerdings ein anderes Buch geworden. ■

Thomas Schmidt, München

Lothar Sandfort:
Esmeralda, ich liebe dich nicht mehr - Behinderte emanzipieren sich.
Haag + Herchen Verlag, Frankfurt/M. 1993

Aufruf zum Ersten Aufruf zum Frauenstreik 1994



Am 8. März 1994 - dem Internationalen Frauentag - werden Frauen streiken. Sie werden die Hausarbeit niederlegen, ihre Erwerbsarbeitsplätze bestreiken oder Dienst nach Vorschrift machen, nicht einkaufen, keinen Kaffee kochen, die Kinder den Männern mit auf die Arbeit geben. Und, und, und. Frauen protestieren gegen die Wiederherstellung eines großen Deutschland auf Kosten von Flüchtlingen, auf Kosten der 'Anderen' der Schwachen, der Armen und auf Kosten von Frauen. Frauen protestieren gegen den Abbau von Grundrechten, gegen den Abbau von Sozialleistungen und die wachsende Armut von Frauen, gegen die Zurückdrängung bereits erreichter Frauenrechte, gegen die Zerstörung der Umwelt und gegen die Vorbereitung deutscher Kriegsbeteiligungen.
Alle Frauen sind aufgerufen, sich mit eigenen Ideen zu Aktionen und Diskussionen am Streik zu beteiligen.

So lautet zusammengefasst der Erste Aufruf zum Frauenstreik 1994 des Streikkommitees Köln/Bonn (Adresse wie unten). Da behinderte Frauen hierin keine Erwähnung finden, gibt es einen Aufruf zum ersten Aufruf zum Frauenstreik 1994, den wir im folgenden abdrucken:

In der Bundesrepublik leben mindestens vier Millionen Frauen mit einer Behinderung. Behinderte Frauen werden in Schule, Ausbildung und beruflicher Rehabilitation benachteiligt, auf dem Arbeitsmarkt beiseitegeschoben. Sie müssen von Arbeitslosengeld, Soziahlhilfe oder niedriger Rente leben. Sie finden keine behindertengerechten Wohnungen, die sie bezahlen können. Frauen mit Behinderungen sind in hohem Maße von sexueller Gewalt betroffen und häufig gezwungen, in Sondereinrichtungen, in sozialer Isolation und Abhängigkeitsverhältnissen zu leben. Die Kürzungen im Gesundheits- und Sozialbereich treffen sie mit besonderer Härte. Die neue bioethische Debatte, die das Lebensrecht von Menschen mit Behinderungen in Frage stellt, hat sie als potentielle Opfer im Visier. Die rassistische Gewalt der Straße wendet sich mehr und mehr auch gegen Behinderte.

Vor diesem Hintergrund haben wir mit Verwunderung zur Kenntnis genommen, daß Frauen mit Behinderungen und chronischen Krankheiten in dem Ersten Aufruf zum Frauenstreik 1994 mit keinem Wort erwähnt werden. Wir wenden uns gegen die Ignoranz von behinderten Frauen in der feministischen Diskussion und plädieren dafür, den Aufruf um folgende Sätze zu ergänzen:

"[... Wir wollen die gleichmäßige Verteilung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit unter Frauen und Männern und eine eigenständige Existenzsicherung für jede erwachsene Person.] **Wir wollen, daß alle Frauen selbstbestimmt und unabhängig von ihrem Gesundheitszustand, ihrer Mobilität und ihren Kommunikationsmöglichkeiten am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Frauen und Männer mit körperlichen, geistigen und seelischen Beeinträchtigungen dürfen nicht länger diskriminiert werden.**"

Wir rufen alle Frauen dazu auf, diesen Aufruf zum Aufruf durch ihre Unterschrift zu unterstützen und ihn an die beiden Koordinationsstellen zu senden:

Streikkomitee Köln/Bonn c/o "Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis e.V."
Niederichstr. 6, 50668 Köln
oder an:
Unabhängiger Frauenverband (UFV)
Friedrichstr. 165, 10117 Berlin.

Verbreitet diesen Aufruf! Setzt Euch dafür ein, daß Frauen mit Behinderungen nicht länger unsichtbar bleiben und übersehen werden! Entwickelt Aktionsformen zum ***Frauenstreik 1994***, in denen die gesamte feministische Vielfalt und Kreativität Platz haben!

Die Erstunterzeichnerinnen:
Anne Waldschmidt, Sozialwissenschaftlerin, Bonn/Siegen, Prof. Dr. Ulrike Schildmann, Köln/Siegen, Monika Strahl, Sozialwissenschaftlerin, Bremen, Swantje Köbsell, Behindertenpädagogin, Bremen



Postvertriebsstück * Entgelt bezahlt
Hg.: krüppeltopia e.V., Mombachstr. 17, 34127 Kassel
Versand: 'die randschau', Mombachstr. 17, 34127 Kassel

1P 4356 F

Die nächste Ausgabe (Nr. 5/93, September/Oktober) erscheint mit dem Schwerpunkt

»Behinderte Frauen«

Ende Oktober, Mitte November

Redaktionsschluß: 15.9.93

Berlin, 1.6.1993

Presseerklärung

Das Urteil zum 218 und die Folgen für Behinderte Aufwertung der eugenischen Indikation

Die Empörung über die Entscheidung der Karlsruher Richter zur Neuregelung des Abtreibungsrechts ist in den letzten Tagen von den unterschiedlichsten Frauengruppen und -verbänden auf vielfältige Weise zum Ausdruck gebracht worden. Auch wir schließen uns diesen Protesten an.

Der parteiübergreifende Kompromiß, der zumindest für die Frauen der ehemaligen BRD eine erhebliche Verbesserung bedeutet hätte, wird für alle Frauen in sein Gegenteil verkehrt. Die neue Qualität der Karlsruher Bestimmungen besteht nicht allein darin, daß sich Frauen zukünftig einer direktiven Beratung unterziehen müssen, sondern daß die Möglichkeit einer Abtreibung von ihrer sozialen und ökonomischen Situation abhängt (Abtreibung wird, von Ausnahmen abgesehen, als "Rechtswidrigkeit" gewertet und von den Krankenkassen nicht mehr finanziert). Dies bedeutet sogar einen Rückschritt gegenüber der bisher geltenden Indikationsregelung, denn die Frauen, die bislang die soziale Indikation in Anspruch nehmen konnten (ca. 90 % der gestellten Indikationen), müssen nun für die Finanzierung eines Schwangerschaftsabbruchs selbst sorgen.

Weiterhin finanziert wird ein Schwangerschaftsabbruch nur noch, wenn eine medizinische, krimonologische oder eine embryopathische Indikation vorliegt. Embryopathische bzw. eugenische Indikation erlaubt eine Abtreibung, wenn eine Behinderung des Kindes zu erwarten ist. Durch diese Regelung wird deutlich, daß sich der so häufig beschworene "Schutz des ungeborenen Lebens" nicht in gleicher Weise auf alle Föten bezieht. Durch die nicht mehr finanzierte soziale Indikation erfährt die eugenische Indikation eine Aufwertung. Sie wird somit zum "Hintertürchen" einer restriktiven Abtreibungspolitik, durch die nicht nur die Anzahl, sondern auch die "Qualität" der Neugeborenen gewährleistet werden soll.

Um eine mögliche Behinderung des Fötus festzustellen, werden Frauen zur Nutzung pränataler Diagnoseinstrumente gedrängt (humangenetische Beratung, vorgeburtliche Untersuchung). Dies wiederum führt zu steigender Akzeptanz, Legitimation und damit verbunden weiterer Präzisierung dieser Technologien. Die Quote behinderter Neugeborener wird sich durch diese Technologien nicht wesentlich verändern. Verändern wird sich allerdings die Stimmung gegenüber Behinderten, die zunehmend unter Legitimationsdruck geraten, wenn sie politische Forderungen stellen. Abtreibung kann sich nicht nach der Qualität des zu erwartenden Kindes richten. Statt Geld dafür auszugeben, Behinderung zu verhindern, müssen Bedingungen geschaffen werden, die ein Leben mit Behinderung akzeptabel werden lassen.

Krüppelfrauengruppe Berlin, c/o Katrin Metz, Sinsheimer Weg 2, Berlin 44, Tel. 687 10 85